

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Beilage „Kleine Anzeigen“ 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite über deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (setzgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteilung täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 17. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitages findet der diesjährige in Essen a. d. Ruhr statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteio rganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 15. September,
 abends 7 Uhr,

nach Essen in das Lokal des Herrn Raas, Rüttenscheid-Essen, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 15. September, abends 7 Uhr:

Vorversammlung, Konstituierung des Parteitages, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung, Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 16. September, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes:
 - a) Allgemeines. Berichterstatter: F. Ebert.
 - b) Kasse und Presse. Berichterstatter: A. Gerisch.
 - c) Parteischule und Bildungsausschuß. Berichterstatter: S. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Raden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Südekum.
4. Bericht vom Internationalen Kongreß. Berichterstatter: P. Singer.
5. Reisebericht. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage. Berichterstatter: A. Bebel.
7. Die Alkoholfrage. Berichterstatter: E. Wurm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am 19. August im Besitze des Vorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68,
 Lindenstr. 69,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14, Absatz 2 der Parteio rganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstände und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Wilhelm Ostkamp, Essen a. d. Ruhr,
 Kirchstr. 20.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau: W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 zu beziehen, der Versand erfolgt vom 19. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 22. Juni 1907.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Der Konflikt in Belfast.

London, 14. August. (Fig. Ber.)

Der Mangel an einer täglichen Arbeiterzeitung in London macht sich gerade heute sehr fühlbar, da wir in bezug auf die Vorgänge in Belfast auf bürgerliche Korrespondenzen angewiesen sind, und diese haben selbstredend in gewerblichen Konflikten die Neigung, zu ungunsten der Arbeiter zu berichten.

Vor allem sei hier festgestellt, „daß“ — wie der Kriegsminister Mr. Galdane gestern im Unterhause mitteilte — „die am Streik beteiligten Arbeiter dem Zusammenstoße mit dem Militär ganz fern standen“. Die Angriffe auf Polizei und Soldaten kamen zum größten Teile von Frauen und jugendlichen Personen.

Wir haben in der gestrigen Korrespondenz auf die religiösen und nationalen Scheidungslinien der Bevölkerung Irlands hingewiesen. Tatsächlich macht heute die Presse den Versuch, die Angriffe auf die Polizei und Soldaten der nationalistischen (irisch-katholischen) Bevölkerung zuzuschreiben, während der protestantische Teil der Bevölkerung sich ruhig verhalten haben soll.

Zur Sache selbst ist folgendes zu berichten. Die mit dem Streik und Lockout der Doder und Kohlenfuhrleute verbundenen Polizeirubens brachten eine Konzentration von Militär im Streikgebiete mit sich. Die Zentralregierung in London hat in erster Linie mit der Absendung von Militär nach Gebieten, wo die öffentliche Ordnung bedroht ist, nichts zu tun. Verantwortlich für derartige Requirierungen ist die Lokalbehörde. Kommt diese zur Ueberzeugung, daß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Militär nötig sei, so wendet sie sich an die Zentralregierung, die in der Regel dem Ansuchen nachkommt. In Belfast war es der Oberbürgermeister Lord Shaftesbury, der das Militär requiriert. Die Regierung dem Antrage des Oberbürgermeisters nach. Die Anwesenheit des Militärs in Belfast hat offenbar zur Erbitterung eines großen Teiles der Bevölkerung geführt, die bereits infolge des Streiks und Lockouts aufgeregt war. Dann ist noch folgendes zu bemerken. In Belfast wohnen die Katholiken und Protestanten abge sondert von einander. Der Mittelpunkt der katholischen Bevölkerung ist die Falls-Strasse. Nach dem amtlichen Berichte fuhrten am letzten Sonnabend einige Wagen der Firma Hughes, bei der gestreift wird, durch die Falls-Strasse. Die Wagen waren von Arbeitswilligen besetzt, die von den Einwohnern dieser Strasse angegriffen wurden. Die Polizei reichte nicht aus, die Wagen zu schützen; sie rief deshalb nach militärischer Hilfe. Zwei militärische Posten kamen, die im Verein mit der Polizei die Wagen begleiteten. Die Einwohner der Falls-Strasse warfen dann Steine und zerbrochene Flaschen auf Polizei und Soldaten, die sich aber beherrschten, da die Angreifer sich zum größten Teile aus Frauen und Kindern zusammensetzten. Sonntag abend versammelte sich eine Menschenmenge in der Gegend von Falls-Strasse und zertrümmerte die Fenster der dortigen Polizeistation. Da die Polizei hilflos war, telephonierte sie um Militär. Es kamen einige Bataillone Infanterie und eine Anzahl von Kavallerie. Aber die Kavallerie konnte nicht vorwärts, da die Straßen durch Stacheldraht und Tau gesperrt waren. Die Infanterie wurde mit Steinwürfen empfangen. Die Straßenlampen wurden zertrümmert, die Gasröhren durchgeschnitten, so daß dieser Teil der Stadt im Dunkeln lag. Schließlich erhielt das Militär den Befehl zum Angriff. Die Menge floh, um bald wieder mit Steinen und zerbrochenen Flaschen zu erscheinen, die gegen die Köpfe der Soldaten geschleudert wurden. Gleichzeitig wurden aus offenen Fenstern Steine gegen das Militär geworfen und mehrere Soldaten fielen verwundet zu Boden. Montag abend kam es in derselben Gegend wiederum zu ernststen Zusammenstößen zwischen den Massen und dem Militär. Bald erschien ein Richter und verlas die Anfruhkratte, die die Menge zum Auseinandergehen aufforderte und sie auf die Folgen aufmerksam machte, die eine Nichtbefolgung dieses Befehls nach sich ziehen könnte. Aber die Verlesung der Anfruhkratte blieb erfolglos. Der Richter wandte sich sodann an die Truppen und kommandierte: „Feuer!“ Sieben Salven wurden abgegeben, die drei Personen töteten, darunter eine junge Frau von 22 Jahren, die am Streik nicht beteiligt war und sich nur auf die Straße begeben hatte, um ihren jüngeren Bruder nach Hause zu bringen.

Gestern und heute war es ruhig in Belfast. Das Militär wurde zurückgezogen. Die streikenden Arbeiter sind nach wie vor bereit, ihre Sache einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Der Hauptpunkt ist die Anerkennung der Gewerkschaft.

Gestern nachmittag stellten die parlamentarischen Arbeitervertreter den Staatssekretär von Irland und den Kriegsminister zur Rede, die aber keine genaue Auskunft über die Lage geben konnten. Wichtig war die Anfrage des sozialliberalen Abgeordneten Chiozza-Money, aus der hervorging, daß die Kapitalisten von Belfast dem Staatssekretär von Irland einen groben Brief schrieben und ihm drohten, eine Pinkerton-Polizei anzuwerben, falls die Regierung ihnen nicht sofort den nötigen militärischen Schutz gewähren sollte. Der Staatssekretär antwortete

ihnen, der Ton des Briefes sei ungehörig, im übrigen lasse er sich von keiner Seite beeinflussen.

Es ist indes wahrscheinlich, daß die Belfast Kapitalisten einen Druck auf den Oberbürgermeister Lord Shaftesbury ausübten und ihn zur Requirierung des Militärs zwangen.

Aus den parlamentarischen Fragestellungen ist noch folgendes bemerkenswert. Während die Arbeiterfraktion die Belfast Bevölkerung zur Besonnenheit und gesetlichem Vorgehen mahnte, hielt Grayson eine Rede, in der er sagte: „Kanonen und Flinten besitzen die Arbeiter nicht, aber Steine und zerbrochene Flaschen sind auch gute Waffen.“ Ein Parlamentsmitglied verlangte, daß Grayson unter Anklage gestellt werde. Der irische Staatssekretär meinte indes, man dürfe solchen Reden keine Aufmerksamkeit schenken, die Belfast Bevölkerung habe sich nicht von Grayson leiten lassen.

Beachtenswert ist der heutige Leitartikel der radikalen „Daily News“, in dem gesagt wird: „Der Entschluß des Oberbürgermeisters von Belfast, das Militär zurückzuziehen, ist zugleich ein Kommentar über die peinlichen Vorgänge vom letzten Montag. Er hat um einen Tag zu spät den Fehler eingesehen, der seiner Strategie zugrunde lag. Eine Belfast Menschenmenge gleicht keiner anderen in diesem Königreiche. Erzogen in den Ueberlieferungen des Bürgerkrieges (zwischen Protestanten und Katholiken), hat sie sich einen rücksichtslosen Leichtsin im Angriff und eine zornige Hartnäckigkeit in der Verteidigung erworben. Sie nimmt ihre Gefahren leicht; sie rechnet immer auf ein gewisses Maß von Blutvergießen bei ihren Demonstrationen. . . . Es ist kein Zweifel, daß sie die Konzentration des Militärs und den davon gemachten Gebrauch als eine Drohung und Herausforderung betrachtete. Es gibt überhaupt keine Menschenmenge, die nicht über eine derartige Machtentfaltung eine instinktive Entrüstung empfindet. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die Ausnahmemaßregeln, die vom Oberbürgermeister ergriffen wurden, nur zur Entflammung der Massen beitragen mußten. Die Verstärkung der Garnison war der erste Mißgriff; das Aufstellen von Militärposten bei Nacht war der zweite Mißgriff. Denn man muß bedenken, daß die Streikenden ihre Streikposten nach 5 Uhr abends zurückzogen, so daß ein Angriff auf die Arbeitswilligen um jene Zeit nicht zu befürchten war. Die fortgesetzte Anwesenheit der Militärposten wurde deshalb von der Bevölkerung als eine Drohung aufgefaßt. Der Oberbürgermeister kam schließlich zur Einsicht, daß seine taktlose Machtentfaltung den Frieden eher bedrohe als sicherte. Die Streikenden wurden durch ihre Führer beruhigt, und die Katholiken durch ihre Priester. Schon vor drei Tagen hätten sie das leisten können, was sie gestern geleistet haben. . . . Die Unternehmer kämpften dort, um das Koalitionsrecht zunichte zu machen; sie lehnten sowohl das Schiedsgericht wie jede Unterhandlung mit den Gewerkschaftsführern ab. Dies ist eine Haltung, die weder von der Regierung noch von der öffentlichen Meinung gebilligt werden kann. Ebensovienig können wir Gewalttätigkeiten der Streikposten dulden. Rufen nun die Unternehmer den Schutz der Regierung an, so müßte die Regierung darauf bestehen, daß die Unternehmer nicht eine Haltung einnehmen, die die Aufrechterhaltung der Ordnung erschwert. Denn die Regierung darf nicht zum automatischen Diener des Kapitals gemacht werden. Ein Unternehmer, der jeden Ausgleich ablehnt, bleibt innerhalb des gesetzlichen Rahmens. Ein Agitator, der zur Anwendung von Steinen und zerbrochenen Flaschen aufreizt, bricht das Gesetz. Und doch kann der gesetzliebende Unternehmer mehr zur Störung der öffentlichen Ordnung beitragen als der gesetzbrechende Agitator. Es ist die Schwäche unserer Zivilisation, daß die Regierung, die den Agitator niederhalten kann, keine Macht über den Unternehmer hat.“

Man kann wohl den meisten vom Leitartikler der „Daily News“ entwickelten Gedanken zustimmen. Nur der Schlußsatz ist nicht ganz richtig. Es ist nicht die Schwäche der Zivilisation im allgemeinen, daß der Agitator bestraft wird, während der hartnäckige Unternehmer der Herr bleibt, es ist nur die Schwäche der kapitalistischen Zivilisation, die eben die bestehende Klasse als die herrschende betrachtet. Diese haben die Gesetze gemacht und haben sie bewahrt oder unbewußt in ihrem Interesse gemacht. Die „Daily News“ konstatiert nur, daß wir — trotz der Demokratie — noch im Klassenstaate leben.

Freisinniger Sturm auf die „Nationalsozialen“.

„Der Volkssturm“ lautet der Titel des Leitartikels in Nummer 331 der „Völkischen Zeitung“, der mit den Worten beginnt:

„Die öffentliche Meinung, bei günstigem Anlaß für eine gute Sache eingeleitet, ist eine Macht, deren Druck sich eine Regierung oder Volkvertretung nicht leicht entziehen kann. Das hat man beim „Judikationsgesetz“, beim Bedinglichen Schulgesetz, bei den kunstfeindlichen Bestimmungen der Ver-Geetze und bei manchem anderen Anlaß gesehen.“

Also endlich bequemt sich auch die schläfrige Tante Woz auf einen Appell an die Massen — könnte der naive Leser wä hnen, nachdem er den Titel und Eingang des Artikels gelesen.

Es kommt freilich ganz anders! Das freisinnige Blatt unternimmt allerdings einen Sturm, aber nicht etwa gegen die Reaktion und für das Reichstagswahlrecht in Preußen, sondern gegen die „Nationalsozialen“, die gewissermaßen als verkappte Parteigänger der Sozialdemokratie abgetarnt werden.

Zunächst erscheint es uns seltsam, daß Herr Raumann von einem freisinnigen Blatte einfach als „Nationalsozialer“ abgetan werden kann. Die nationalsozialistische Partei hat sich doch bereits im Jahre 1903 in aller Form aufgelöst, worauf Herr Raumann und seine Freunde gleichfalls in aller Form zur Freisinnigen Vereinigung übertraten. Nun ist es allerdings richtig, daß noch am 23. November 1905 tagende dreißigste Parteitag der „Freisinnigen Volkspartei“ erklärte, daß er ein freundschaftliches Verhältnis zur Freisinnigen Vereinigung zu pflegen bereit sei, daß er dagegen „ein Zusammenarbeiten mit nationalsozialistischen Elementen für eine politische Unmöglichkeit“ halte. Aber dann kam Ende 1906 die Reichstagsauflösung und der freisinnige Übergang zum Regierungsbündnis, dem dann im Februar dieses Jahres der Abschluß eines Bündnisses der drei freisinnigen Parteien folgte. Von einem Ausschluß „nationalsozialer Elemente“ aus diesem Koalitionskartell war da gar keine Rede mehr! Gleichwohl sucht heute die „Voss. Zeitung“ die Herren Raumann usw. als „Nationalsozialen“ abzuwimmeln. Und das, obwohl sich obendrein den freisinnig-volksparteilichen Abgeordneten Normann, Wagnan usw. mit Herrn Raumanns Stellung zur Wahlrechtsfrage vor kaum 14 Tagen solidarisch erklärt hatten! Wer bestimmt also eigentlich darüber, wer zum „verbündeten“ Freisinn gehört?

Doch das nur nebenbei. Ueber den „Volksturm“ selbst sagt das freisinnige Organ:

„Seit es wieder von der Entfesselung eines Volkssturms die Rede. Dieses Mal zur Entfesselung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag. Die Sozialdemokratie ist so freundlich, die bürgerlichen Vorkämpfer für die Entfesselung dieser Agitation weise Ratsschläge zu geben, und einige Nationalsozialen von lebhaftem Temperament, die sich jahrelang für das Bündnis mit der Sozialdemokratie begeistert haben, tun der Welt kund und zu wissen: „Wenn der Herbst kommt, dann muß Panfaren geblasen werden.“ So ja, geblasen kann schon werden; es ist nur die Frage, ob die Gegner bei dem Trompetengeschmetter umfallen und die Panfaren nicht als Panzaronnen betrachten. Ein Sturm entsteht; aber er kann nicht zu jedem Zeitpunkt nach Belieben gemacht werden. Eine Bewegung, die wochenlang vorher angekündigt und dann nach einem ausgetüchteten Programm in Szene gesetzt wird, erweist sich regelmäßig als ein Schlag ins Wasser.“

Nur wer beide Augen gegen die Wirklichkeit verschließt, kann sich einbilden, das Reichswahlrecht sei gegenwärtig durch einen Volkssturm zu erreichen. Wer wird sich an diesem Sturm beteiligen? Auch nur diejenigen Männer, die beim Kampf gegen die Verheerung oder bei ähnlichen Gelegenheiten mitgemacht haben? Sicherlich nicht. Es gibt unter ihnen recht viele, die von der Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen nichts wissen wollen. Auch die Nationalliberalen sind nicht von der Partei, von den Freikonserwativen nicht erst zu reden. Es bleiben also die Gruppen unter sich, von denen man längst wußte, daß sie das demokratische Wahlrecht anstreben. Daß sich zu dieser Minderheit die Sozialdemokratie gesellt, wird seine Aussichten nicht verbessern. Die Regierung ist zwar gewillt, eine Reform des Landtagswahlrechts vorzunehmen und dabei dem Liberalismus entgegenzukommen; aber daß sie so weit gehe, das Reichswahlrecht für Preußen vorzuschlagen, ist vollkommen ausgeschlossen, und selbst wenn sie dazu bereit wäre, stiehe der Vorschlag auf unüberwindlichen Widerstand sowohl im Abgeordnetenhaus wie im Herrenhaus.“

Nimmt man also nüchtern die Dinge, wie sie sind, so ist zurzeit die Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen unerreichbar, wohl aber unter Umständen erreichbar eine wesentliche Umgestaltung des preussischen Wahlrechts in liberaler Richtung. Wie weit diese Reform gehen wird, läßt sich heute noch nicht erkennen; es läßt sich daher auch nicht sagen, wie sich die bürgerliche Linke der Vorlage gegenüber wird verhalten müssen. Jedenfalls wird sie sich ihre Taktik weder vor der Einbringung der Vorlage noch nachher von der Sozialdemokratie oder den Nationalsozialen diktieren lassen. Am wenigsten wird sie sich leichten Herzens dazu hergeben, einfach den „konservativ-liberalen Block“ zu sprengen, wenn Fürst Bülow nicht das volle Reichswahlrecht „präsentiert“.

Das ist also abermals eine runde und nette Absage an diejenigen Freisinnigen, die die Entfesselung eines Wahlrechtssturmes empfehlen. Wobei wir wiederum betonen wollen, daß die „Voss. Ztg.“ zweifellos eine ganz andere Resonanz in der „Freisinnigen Volkspartei“ besitzt, als Herr Raumann innerhalb seiner Partei, der „Freisinnigen Vereinigung“, in der die „Weser-Ztg.“, die völlig auf dem Standpunkt der „Voss. Ztg.“ steht, politisch ungleich mehr hinter sich hat, als das „Berl. Tagebl.“, das Herrn Raumann gelegentlich Gastfreundschaft gewährt. Nimmt man noch die Haltung der „Frankf. Ztg.“ hinzu, so kann man getrost konstatieren, daß die von Raumann empfohlene Taktik eines Appells an das Volk innerhalb sämtlicher drei freisinnigen Parteien nur von einer Minderheit vertreten wird!

Die Mehrheit des Gesamt-Freisinns ist bereit, sich von Bülow mit einem Kompromißwahlrecht, das auch Konservativen und Nationalliberalen genehm ist, abspießen zu lassen. Daß das nur ein Wahlrecht nach dem Muster des sächsischen Regierungsentwurfes sein kann, vermag nur von Schaumschlägern vom Schlage der „Voss. Ztg.“ bestritten zu werden!

Die Mehrheit des Freisinns will es eben, wie es die „Voss. Ztg.“ offen ausspricht, unter keinen Umständen auf einen Bruch mit dem Block antworten lassen! Und das von Spahn und der Zentrumspresse betriebene aufdringliche Liebeswerben um die Gunst der Reaktion bestärkt, wie die „Voss. Ztg.“ ebenfalls offen ausspricht, die auf einen Wahlrechts-Handel sich einrichtende Mehrheit des Freisinns in dieser würdelosen Schacherpolitik! Auch ein Beweis dafür, daß die schamvolle Verrätertatk des Zentrum nur die Chancen für die Erringung des Reichstagswahlrechts verschlechtert. Was ja freilich auch ganz in der Absicht der führenden agrarischen und großindustriellen Zentrumskreise liegt!

Geradezu abgeschmackt nimmt sich angesichts dieser Haltung der „Voss. Ztg.“ deren Beleuerung aus:

„Wie die Freisinnigen, Wähler und Gewählte, über das Wahlrecht denken, ist bekannt. Sie wünschen und verlangen die Übertragung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf Preußen. Sie haben diese Forderung schon vor Jahrzehnten gestellt, haben sie noch neuerdings im Abgeordnetenhaus wiederholt und werden diesen ihren Standpunkt selbstverständlich auch im

Herbst und in Zukunft, solange ihr Verlangen nicht erfüllt ist, nachdrücklich vertreten, in Wort und Schrift, im Parlament und in Volksversammlungen.“

Nachdem der Freisinn erklärt hat, daß die Regierung das Reichstagswahlrecht gar nicht gewähren kann, und daß sich deshalb der Freisinn auch mit einem konservativ-liberalen Kompromiß zufrieden geben wolle, wird die Reaktion natürlich auf alle „Forderungen“ und „Anträge“ des Freisinns pfeifen! Sie weiß ja, daß der Freisinn nur eine Komödie aufführt, daß er von vornherein mit der Ablehnung dieser Forderungen rechnet!

Wird nun die freisinnige Minderheit, die es mit dem Wahlrechtskampf ehrlich meint, diese jämmerliche Komödie mitmachen, oder wird sie für ihr Teil wenigstens einen wirklichen Kampf aufnehmen?!

Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Stuttgart, 16. August. (Telegramm.)

Am heutigen Nachmittag fand eine Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus statt, die sich bis gegen 7 Uhr abends ausdehnte. Anwesend waren Iglesias, Troelska, Ferri, Debel, Singer, Rosa Luxemburg, Jaures, Bailant, Frau Balabanoff, Lenin, Kubanowitsch, Knudsen, Vandervelde, Anjele, Gushmans, Hobson, Delcone, Branting, van Kol, Starck, Remer, Soukup, Dr. Adler und Hillquit. Den Vorsitz führte Vandervelde, als Sekretär fungierte Gushmans. Zunächst erfuhr die sozialistische Partei Kubas, ihre Stimme Spanien übertragen zu dürfen. Das Ersuchen wurde abgelehnt, da jedes Land sich nur durch eigene Delegierte vertreten lassen kann. Ferner lag ein Antrag der armenischen revolutionären Proletariat vor, von der sich eine Mitgliedschaft als türkische revolutionär-sozialistische Sektion abgesondert hat und die Anerkennung durch das Bureau als besondere sozialistische Partei mit Stimmrecht auf dem Kongress verlangt. Dieser Antrag fand lebhaften Widerspruch, da der sozialistische Charakter der Organisation von mehreren Seiten bestritten wurde. Die Beschlussfassung hierüber wurde ausgesetzt. Die wichtigste Frage, die das Bureau zu erledigen hatte, war die Frage nach der Zusammensetzung der Kommissionen. Hierzu wurde nach längerer Aussprache beschlossen, daß jede Nation höchstens vier Stimmen haben soll. Bisher hatte jede Nation nur zwei Stimmen. In der Kommission selbst wird nach Köpfen abgestimmt, nicht nach der Zahl der Stimmen, über die jede Nation verfügt.

Der Schluß der Sitzung wurde mit geschäftlichen Angelegenheiten ausgefüllt.

Der „liberale“ Terror gegen die rumänische Arbeiterbewegung.

Bukarest, 13. August. (Eig. Ber.)

Die Ausweisungen von Arbeitern und Sozialisten aus Rumänien nehmen kein Ende. Die Regierung hofft also auf diese Weise mit der ganzen Bewegung, deren Existenz eine ständige Anklage gegen die ins „liberale“ Lager übergetretenen Zalmisozialisten bildet, fertig zu werden. Aber die steigende Wut ihrer Verfolgungen beweist nur, daß die Arbeiterbewegung lebt und unauflöslich ist.

Seute wurde Genosse Nagoste, einer der tätigsten Führer der Bukarester Organisation und der Schuhmachergewerkschaft, ausgewiesen, obwohl er im Lande geboren und den Militärdienst geleistet hat. Die hiesigen Genossen begaben sich zum Bahnhof, um ihn zu begleiten und ihm ihre Sympathie auszudrücken. Etwa dreihundert Arbeiter fanden sich zu dieser friedlichen Demonstration ein. Plötzlich wurden sie von einem übermächtigen Polizeiaufgebot umzingelt, ein großer Teil von ihnen verhaftet und die übrigen auseinander getrieben. Die Verhafteten, darunter die meisten Führer der hiesigen Arbeiterbewegung, wurden wie gemeine Verbrecher dem Untersuchungsrichter überliefert.

Welche Gewalttats die Regierung weiter plant, ist zur Stunde noch nicht bekannt; aber unaufhörlich regnet es Schlag auf Schlag gegen die Arbeiterorganisationen, für die es keine Gnade und keine Rechte mehr gibt. Die Ruhe und die Selbstbeherrschung, welche die hartgeprüften Arbeiter gegenüber dem anarchischen Treiben der Regierungsbehörde an den Tag legen, ist bewundernswürdig. Eine solche Bewegung kann nicht mehr besiegt werden, denn sie hat ihr Meißelzeug abgelegt. Aber der internationalen Sozialdemokratie erwächst die Pflicht, ihrer jüngsten Schwester in diesem schwierigen Kampf allenthalben beizustehen. Sie hat den rumänischen Staat als das zu erklären und zu bekämpfen, was er tatsächlich ist: als ein Ebenbild des russischen Zarenismus unter der heuchlerischen Maske einer Konstitution. Und dieselben Angriffsmittel, die sie in so nachdrücklicher Weise gegen „Väterchen“ anwendet, hat sie auch gegen das Regiment seines Gevatters, Carol von Hohenzollern, anzuwenden: Entlohnung der Lügenpolitik, Untergrabung seiner Kreditpumpereien, Beleuchtung seiner agrarischen Wut- und Raubherrschaft, sowie moralische und materielle Unterstützung der rumänischen Arbeiterbewegung. Insbesondere wird es die Aufgabe des internationalen sozialistischen Bureaus sein, das Material über die grauenhaften rumänischen Zustände zu sammeln und allen Sektionen der Internationale behufs einseitigen Eintretens gegen die Tschinowitsch an der Donau zugänglich zu machen.

Marokko.

Der Sultan von Marokko sitzt zwischen zwei Feuern. Frankreich und Spanien versichern ihm, daß sie nicht Krieg gegen ihn führen, sondern gegen aufständische Stämme, die wider sein Gebot gehandelt haben. Diese beiden europäischen Freunde geben ihm so zu verstehen, daß er den Krieg haben wird, wenn er sich auf die Seite seiner Rade fordernden Untertanen stellt. Auf der anderen Seite aber fordert die islamitische Geißlichkeit, die das Volk in der Hand hat, die öffentliche Meinung Marokkos macht, von ihm die Proklamierung des „heiligen Krieges“ gegen die Ungläubigen. Es wird nämlich gemeldet:

Paris, 16. August. Dem „Matin“ wird aus Tanger gemeldet, nach brieflichen Nachrichten aus Fez habe dabeist vor dem Sultan eine Versammlung von Ulemas (Geistlichen) stattgefunden, die mit heftigen Worten gegen die Politik des Maghzen Einspruch erhoben und erklärt hätten, daß die Lage Marokkos infolge der Befehle von Ushda und Casablanca unerträglich geworden sei. Die einzig ehrenvolle Art, aus dieser Situation herauszukommen, wäre die Proklamierung des heiligen Krieges. Der Sherif Rattain habe sich für diese Lösung ausgesprochen. Die Minister

hätten ihn beruhigt und sodann die Herstellung der Ordnung und Hintanhaltung weiteren Blutvergießens versprochen.

London, 16. August. Die „Times“ berichten aus Fez: Der Sultan sei über den Beschluß der Ulemas sehr erregt. Er habe erklärt, daß er sich dadurch in einer sehr heiklen Lage befinde. Er stehe in Gefahr, entweder abgesetzt oder ermordet zu werden.

Die Franzosen sind in Casablanca am 13. August abermals angegriffen worden, am 14. soll verhältnismäßige Ruhe geherrscht haben, es wurden „nur einige Schüsse gehört“. Der Berichterstatter des Pariser „Matin“ schildert die Lage der Franzosen als ziemlich kritisch — es fragt sich indes, ob er nicht im Auftrage einer Gruppe arbeitet, die eine Ausdehnung des Feldzuges durchsetzen will. In seinem Bericht heißt es:

„Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die Franzosen in der Stadt von der Landseite her gewissermaßen umzingelt seien. Die französischen Truppen seien nicht zahlreich genug. Es seien zwar 2800 Mann gelandet, davon würde aber ein Teil für militärische Hilfsdienste verwendet.“

Ueber den Angriff vom 13. August wird berichtet:

„Am 13. August sammelten sich in der Umgebung der Stadt zahlreiche Arabergruppen an, die den Versuch machten, die Stadt von der Rückseite aus zu nehmen. Der französische Kreuzer „Gloire“ gab etwa dreißig Granatschüsse auf sie ab, durch welche sie unter Verlusten vertrieben wurden. Die Truppen brauchten nicht vorzugehen.“

Die Flucht der Europäer und marokkanischen Juden aus den marokkanischen Städten dauert an, ein Zeichen, daß die Verunsicherungen groß sind. Die stark der Flüchtlingsstrom sein muß, das geht schon aus dem Umstand hervor, daß eine in Gibraltar erlassene Regierungsverfügung das Zustromen von Flüchtlingen aus Marokko verbietet.

Von den sonstigen Meldungen sind zu registrieren die folgenden:

Tanger, 16. August. Die Einwohner von Casablanca, besonders die Juden, die sich in der größten Not befinden, beginnen allmählich zurückzukehren. Man teilt Lebensmittel an sie aus. Der Handel beginnt sich wieder zu regen. Am Morgen des 14. August war alles ruhig. — Wie aus Fez gemeldet wird, befindet sich die dortige Bevölkerung in der größten Erregung und hält lärmende Versammlungen ab. — Aus Marrakesch wird gemeldet, daß alle Europäer die Stadt unter dem Schutze einer Begleitmannschaft verlassen, die ihnen von Mouley Hadid gestellt worden ist. — Meldungen aus Giffar zufolge ist dort die Mahalla (die Truppen des Sultans) angekommen, die von Fez nach Casablanca geschickt worden ist. — Heute abend eingetroffene Meldungen besagen, daß etwa hundert Europäer Mogador verlassen haben, wo der Kreuzer „Duchasse“ am 14. August eingetroffen ist.

Paris, 16. August. (Meldung der „Agence Havas“.) Eine Depesche des Admirals Philibert von gestern meldet: Nach Ansicht der Notabeln der Stadt Mazagan werden die umwohnenden Stämme nicht auf Mazagan losmarschieren. Zurzeit herrscht Ruhe. Die Abwanderung der Europäer vollzieht sich langsam weiter. Die Lage in Casablanca ist befriedigend, ebenso in Saffi und Rabat.

Adn, 15. August. Die „Königliche Zeitung“ erhält ein Telegramm aus Tanger, in dem es unter anderem heißt, daß im ganzen nur etwa 20 Europäer in Mazagan zurückgeblieben seien, darunter sechs deutsche Kaufleute und der deutsche Postbeamte. Die im Innern gelegene Hauptstadt des südlichen Marokko Marrakesch haben die Deutschen in der Nacht zum Sonntag sämtlich verlassen. Der Vertreter des Sultans hat ihnen eine starke Begleitmannschaft gestellt. Sie beabsichtigen, in Saffi die Küste zu erreichen.

Tanger, 16. August. Ein französischer Missionar beurteilt die Lage in Marrakech als sehr ernst. Alle Verbindungen sind unterbrochen. Das Postamt ist von sämtlichen Beamten verlassen. Viele Fremde verlassen täglich die Stadt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. August 1907.

Ein Rückzug Raumanns?

Unter der Signatur „Was wird daraus“ behandelt ein Berliner Brief der gemäßigten liberalen „Straßburger Post“ die gegenwärtige Bewegung in der Wahlrechtsfrage. Der Artikel ist, so bemerkt die „Köln. Volksztg.“, geeignet, zur Orientierung über die Stimmungen und Strebungen in den Kreisen der Regierung und der rechtsliberalen Parteien zu dienen und verdient unter diesem Gesichtspunkte berücksichtigt zu werden.

Nach Ansicht des Verfassers können in der Wahlrechtsfrage „unvorhergesehene Zwischenfälle, man möchte fast sagen Launen und Unvorsichtigkeiten einiger Politiker, die unangenehmsten Zwischenfälle und Folgen herbeiführen“. Man betrachte daher auch in Berlin das Vorgehen der freisinnigen Führer in der Wahlrechtsfrage mit mindestens so ernsten Blicken wie die kriegerischen Ereignisse am Mittelmeer. Die Abendausgabe des „Berliner Tageblattes“ enthalte nun wieder einen Artikel Friedrich Raumanns, der zwar sehr entschieden und scharf klinge und sich an einer Stelle sogar zu einer sehr pathetischen, aber wenig überzeugend wirkenden Ansprache an das Volk, an die „Menschen dritter Klasse“, die kein Recht auf politische Macht hätten, versteige, in der Sache aber eher einem Rückzug als einem weiteren Vorstoß ähnlich sehe; denn er vermeide es, offen auszusprechen, was der Freisinn tun werde, wenn die Regierung und der Reichskanzler nicht so weit in der Reform des Wahlrechts gehen würden, wie Raumann es wünsche. So wenig ein solcher Rückzug Raumanns in dem Augenblick, wo der Freisinn unangenehm für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen vor dem Parlament selbst eintritt, das Schicksal einer Wahlrechtsreform im ungünstigen Sinne besiegelt ist.

Ob Herr Raumann wirklich einen Rückzug antreten wollte, wie ihm von der „Straßburger Post“ unterstellt wird, wird sich ja bald genug zeigen. Einstweilen wagen wir noch zu hoffen, daß er sich durch solche Einschüchterungsversuche eher vorwärts als rückwärts treiben lassen wird. Ist doch die Taktik der „Straßburger Post“ zu durchsichtig. Die unangenehmsten Zwischenfälle, die die „Unvorsichtigkeiten einiger Politiker“ hervorgerufen geeignet sein sollen, bedrohen ja keineswegs eine wirkliche Wahlreform, vielmehr das Wahlrechtsteilrecht, durch das das Volk um das Reichstagswahlrecht geprellt werden soll! Denn daß, wenn der Freisinn aus dem Block heraus und in die Opposition gedrängt würde, die Chancen der Wahlreform keineswegs verringert würden, liegt doch auf der Hand. Sobald der Freisinn mit der Sozialdemokratie einen Volkssturm für das Reichstagswahlrecht entfesselt, könnte auch das Zentrum nicht zurückbleiben. Selbst wenn also die Nationalliberalen

zu jeder reaktionären Lüge bereit wären, ständen zwei Drittel des Volkes gegen die Reaktion im Felde, die dann einfach kapitulieren müßte!

Das ist so klar, daß sich auch Herr Naumann diesem Argument nicht verschließen kann. Und wenn auch die Mehrheit der freisinnigen Führer von einer auf's Ganze gehenden Volksbewegung nichts wissen mag, so kann doch die Minderheit den Freisinn vorwärts drängen — was ja die „Straßburger Post“ selbst eingesteht! Vom Verhalten des Freisinn aber hängt es ab, ob auch das Zentrum mit ihm muß, mögen die Strachwitz, Kintelen, Vachem usw. zehnmal nicht wollen!

Herr Naumann wird es sich also hoffentlich reiflich überlegen, ob er den Nationalliberalen und Konserverativen, ja auch den Feinden des Reichstagswahlrechts im Zentrum den Gefallen tut, den Rückzug anzutreten! —

Noch ein freisinniger Konzeptionschulze.

Auch die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“, das Organ des freisinnig-vollparlamentarischen Abgeordneten Gehling empfiehlt dem Freisinn, sich mit dem Bierlassenwahlrecht für Preußen zu begnügen. Sie schreibt:

Die Parole „alles oder nichts“ ist in der praktischen Politik eben nicht durchzuführen. Mit dem Kopf die Wand einreimen zu wollen, pflegt aber das Privilegium von Loren zu sein.

Also auch der Königsberger Freisinn glaubt ein gutes Geschäft gemacht zu haben, wenn er für die Zollauswanderung des Volkes, für die Milliardenbelastung der Nation durch Heeres-, Marine- und Kolonialaufgaben ein neues schmachvolles Massenvahlrecht einhandelt!

Vom restriktiven Freisinn.

In einem in mehr als einer Beziehung bemerkenswerten Artikel hatte sich neulich der freisinnige Abgeordnete Gothein in der „Frankf. Ztg.“ über den kurzen Vergarbeiterstreik in Oberschlesien ausgesprochen. Er führte aus, es handelte sich eigentlich lediglich um einen Lohnkampf, der eine Folge der Teuerung aller Lebensbedürfnisse sei, die sich nicht nur auf Brot oder Fleisch beziehe. Die künstliche Verteuerung der Lebensmittel habe eine solche aller Lebensbedürfnisse und in deren Verlauf erbitterte Lohnkämpfe zur Folge gehabt. Man werde natürlich auch hier die ganze Bewegung auf Agitation zurückzuführen suchen. Daß ohne eine solche ein umfangreicher Streik nicht ausbreche, könne ohne weiteres zugegeben werden; aber, betont Herr Gothein nachdrücklich, die Agitation müsse einen Nährboden finden, um zu gedeihen, und den habe sie eben in der allgemeinen Teuerung. Die Löhne der Vergarbeiter stehen in Oberschlesien wesentlich niedriger als in den westlichen Vergarbereien; das sei zum Teil in der etwas geringeren Arbeitsleistung, vor allem aber darin begründet, daß früher die Lebensbedingungen in Oberschlesien unerschwinglich billig waren als im Westen. Das rechtfertigte nach Herrn Gothein den niedrigeren Stand der Löhne. Mit der deutschen Zoll- und Abzehrungspolitik habe sich das aber, sagt er dann, mehr und mehr geändert; heute seien die Preise in Oberschlesien nur unwesentlich niedriger als im Ruhrrevier. Deshalb sei auch das Streben der dortigen Vergarbeiter auf Lohnhöhung ein durchaus verständliches. Erst in den nächsten Jahren, schließt Gothein, dürfte es dem deutschen Volke einigermaßen zum Bewußtsein kommen, was es sich mit seiner Agrarpolitik eingebrockt habe.

In ihrer neuesten Nummer macht sich nun auch die „Hilse“ des Herrn Naumann diese logische Beweisführung zu eigen, ohne scheinbar zu ahnen, wie sehr sie und Herr Gothein mit dieser ernsthaften Erkenntnis ihrer Volkspolitik ins Gesicht speien. Vom Standpunkte dieses Volkspolitikers sind schon solche Erkenntnisse, wie wahr und beachtet sie immer sein mögen, Sünden wider den heiligen Geist dieser Politik!

Was aber sollte aus den Säulenheiligen des Freisinn erst werden, wenn sie es wagen, von dieser Erkenntnis zur Tat überzugehen und, indem sie ihre alten Grundsätze wieder aufnehmen, gegen die agrarische Wucherpolitik Sturm zu laufen? Nicht auszuweichen!

Aber dazu kommt es nicht. Die biedere freisinnige „Weser-Zeitung“ hat ja erst vor wenigen Tagen, wie wir hier für weitere Kreise festlegten, erneut offen gefunden, daß man „in geistig hochstehenden (!) freisinnigen Kreisen“ kein Hehl daraus mache, daß man auf manches verzichten müsse, was einem am Herzen läge“. Dazu gehöre vorläufig der „Bruch des Reiches mit der agrarischen Volkspolitik“!

Die politische Konzeption des Freisinn kann sich nicht gut deutlicher demonstrieren!

Kolonialreflexe.

Die „Köln. Ztg.“ teilt triumphierend mit, daß sich im Bezirk von Sobabib, dessen Wasser- und Weidewirtschaften allerdings zu den besten des ganzen Schutzgebietes gehörten, 21 neue Farmer angehebelt hätten, so daß es jetzt im ganzen Distrikt dreißig bewohnte Farmen gebe.

Die „Köln. Ztg.“ verärgert, daß diese Farmbetriebe nur deshalb entstanden sind, weil wir mit einem Jahresaufwand von circa 40 Millionen Mark in Südwestafrika eine dauernde Schutztruppe von circa 5000 Mann unterhalten, von denen auch einige hundert Farmer bequemer leben können. Wollte man in Deutschland selbst solche Siedlungspolitik betreiben, so könnten mit diesen 40 Millionen leicht 20 000 Bauernbetriebe geschaffen werden, ganz abgesehen von den 400 Millionen, die uns der Krieg bisher schon gekostet hat! Und verteilte man die 40 Millionen auf die Staatsarbeiter im Reich, so könnte nicht weniger als 400 000 — in Buchstaben: viermal hunderttausend! — von ihnen eine jährliche Lohnaufbesserung von 100 M. pro Kopf gewährt werden!

Die Wörmann, Lippelskirch, und wie die Reeder und Militärkieseranten alle heißen, würden dann allerdings leer ausgehen! Deshalb verpulvert man die Riesensummen lieber für Südwestafrika!

Wozu neue Ausgaben für die Landarmee?

Der Zentrumschäufel Spahn hat ja bekanntlich die Regierung dazu animiert, an Mehrausgaben für die Landarmee für Neubewaffnung und Verstärkung der Befestigungen jährlich 25 Millionen mehr zu verlangen! Da das Zentrum der Regierung solche Angebote macht, wird sich im Interesse der konterbatt-liberalen Paarung natürlich auch der Freisinn an militärischer Opferwilligkeit nicht lumpen lassen wollen: Geschenke erhalten ja die Feindeslaster!

Nun liefert aber die militärische Autorität des Freisinn, der Oberst a. D. Gädle im „Verl. Tagebl.“ den Nachweis, daß Deutschlands militärische Überlegenheit über den auf absehbare Zeit einzig möglichen Gegner, Frankreich, so groß ist, daß es wirklich eine Privilegierung wäre, noch größere Opfer für die Landarmee zu verlangen.

Oberst Gädle schreibt: „Man darf annehmen, daß das französische Heer am 1. Oktober d. J. nur noch einen Stamm von etwa 70 000 Längern und von

rund 225 000 ein Jahr dienenden Unteroffizieren und Leuten besitzt, also kaum mehr als 295 000 Köpfe zählen wird. Demgegenüber wird das deutsche Friedensheer zum gleichen Zeitpunkt mindestens 60 000 ausgebildete Leute mehr zur Verfügung haben. Zugleich aber erkennen wir, wie schwer es dem französischen Heere nach voller Durchführung der zweijährigen Dienstzeit wird, auch nur seine bisherige Budgetstärke annähernd festzuhalten; es ist dazu eine Einstellung von rund 238 000 jungen Soldaten, also noch beträchtlich mehr als im vergangenen Jahre, wo man doch so schlechte Erfahrungen damit gemacht hat, erforderlich. Und tatsächlich erfahren wir, daß das diesjährige Kontingent 259 000 Köpfe zählt, wovon einige tausend Mann für die Flotte abzurechnen sind. Mit anderen Worten: Frankreich erreicht jetzt mit seinen 45 Millionen Einwohnern (einschließlich Algerien) fast die Stärke des deutschen Rekrutenkontingents, das aus einer Bevölkerung von 61,5 Millionen ausgesucht wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach muß eine so zahlreiche Einstellung schädlicher und mit Krankheiten behafteter Leute die Ergebnisse dieses Jahres im nächsten in noch erschwerenderem Grade wiederholen lassen. Man darf neugierig sein, wie lange das opferwillige Land die Schwere daraus für das Heer und für die Bevölkerung hervorgehenden Gefahren über sich ergehen lassen wird.“

Die militärische Überlegenheit Deutschlands über das an Bevölkerung ja nur knapp dreiviertel so große Frankreich steht also nach Gädle absolut fest. Die Gefahr eines französischen Angriffskrieges ist also ausgeschlossen, da ja Rußland als eventueller Verbündeter Frankreichs ausscheidet. Ist doch Rußland durch die revolutionäre Bewegung auf absehbare Zeit zur Passivität gezwungen. Jedes neue Kriegsabenteuer bedeutet ja für Väterchen das Spiel um die Krone!

Kann es angesichts solcher Verhältnisse der Freisinn verantworten, neue Ausgaben für unsere Landarmee zu bewilligen?

Ja mehr noch: gerade angesichts der Unmöglichkeit Frankreichs, seine Mächtigkeiten nicht etwa noch zu steigern, sondern auch nur im heutigen Maße aufrechtzuerhalten, wäre die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den beiden Nachbarationen gegeben! Frankreich und Deutschland könnten sogar abstrahieren, wenn es die Bourgeoisie beider Länder wollte!

Wir werden uns jedenfalls die Ausführungen Gädles für den Fall merken, daß der Freisinn Wien macht, neue Militärforderungen zu bewilligen!

Der Ueberreifer des Herrn Spahn

als Flottenschwärmer und Steuerfinder wird von einem Teil der Zentrumspresse mit sichtlichem Mißbehagen aufgenommen. Die „Essener Volkszeitung“ will zwar aus der Rheinbacher Rede Spahns nicht entnehmen, daß das Zentrum die Aufgabe habe, neue Steuerquellen aufzufinden, Herr Spahn habe nur sagen wollen, daß von Tabak und Brautwein als greifbaren Steuerobjekten gesprochen worden sei. Aber, so meint das Blatt weiter,

wenn Herr Dr. Spahn auch nur rein referierend sich geäußert hat, so müssen wir doch sagen, eine etwas größere Zurückhaltung hätte uns in diesem Falle mehr imponiert. Es sollte auch der Anschein vermieden werden, als ob das Zentrum irgendwelche Sehnsucht empfinde, der Regierung Gefälligkeiten zu erweisen. Das führt zu bösen Gedanken bei anderen Leuten.“

Häufig Wölfe habe sich seinen Wolf gebildet, er möge nun sehen, wie er mit ihm die Steuerfrage lösen könne. Wenn auch das Zentrum eine positiv wirkende Partei sei, könne es doch hier einmal Gewehr bei Fuß stehen bleiben und den leitenden Männern das Odium für unpopuläre Steuern überlassen!

Die kleinere Zentrumspresse — namentlich in Arbeitergegenden — liebt es, den Schein der Mannhaftigkeit so lange wie möglich aufrechtzuhalten; ihr kommen deshalb derartige Offenherzigkeiten der Parteiführer recht unangelegen. Im übrigen aber weiß man aus der Geschichte der letzten Flottengesetze, daß auch das oppositionslustige Zentrumsblatt sich immer noch zur rechten Zeit in die Umstände zu schicken und jeden Kuhhandel und jeden Umfall der Parteidiplomaten als glorreiche Tat zu preisen versteht!

Die „Freisinnige Zeitung“ und der Alkohol.

Der „Freisinnigen Zeitung“ gefällt die Stellungnahme der Berliner Genossen zu den Antialkoholanträgen in den letzten Parteiverfassungen offenbar nicht. Das ist ihr gutes Recht und wir lassen ihr völlig freie Bahn, den Alkoholentel auch in ihren Kreisen noch kräftiger zu bekämpfen, wovon wir beiläufig gesagt bis jetzt noch nichts bemerkt haben. Wenn sie aber ihr Geschreibsel so einleitet:

Die Alkoholfrage soll bekanntlich nun endlich auf dem Essener Parteitage der Sozialdemokraten zur Verhandlung kommen, nachdem sie schon wiederholt auf dem Programm der Parteitage paradiert hat, aber immer wegen angeblich mangelnder Zeit abgelehnt worden war — so sind das nichts weiter als Alkoholphantasien der „Freisinnigen Zeitung“. In Wahrheit hat nämlich die Alkoholfrage noch niemals auf einem deutschen sozialdemokratischen Parteitag „paradiert“, konnte also auch nicht von der Tagesordnung „abgesetzt“ werden.

Morengas neuer Orlog.

Ein Telegramm des Gouverneurs v. Lindequist ans Windhof meldet: Dringend Rapporteur dröhelt, daß nach Nachrichten von Polizeikommissar, der Morengas Spuren über Kuydas bis zur Grenze verfolgte, dieser mit 400 Anhängern, von denen 150 bewaffnet waren und zwar meist mit Martini-Gebrüdergewehren, am 13. August die deutsche Grenze bei Drogosloof überschritten hat und an der Grenze von Gottenotten mit Pferden und Kindern getroffen wurde. Rapporteur konnte wegen unangünstigen Geländes mit Morenga keine Fühlung gewinnen. Premierminister hat Generalstabschef mitgeteilt, daß Morenga angeblich nach Warmbad will, um mit Johannes Christian wegen Fortsetzung des Aufstandes zu verhandeln. Rapporteur benachrichtigt Magistrat Uppington, daß Morenga Kuy in Kapkolonie versichert habe, daß alle verfügbaren Polizeikräfte an Grenze zu stationieren seien und daß Morenga zu arretieren oder ins deutsche Gebiet zurückzuführen sei, falls er versuchen sollte, britisches Gebiet zu betreten. Truppen werden nach Möglichkeit im Süden für Renaudruch Feindeslaster bereitgestellt bzw. dorthin in Marsch gesetzt. Panzer sind gewarnt.

Man braucht deshalb nicht gleich ein Renaufflammen des Gottenottenkrieges zu befürchten. Die Gottenotten, die sich im November vorigen Jahres stellten, sind längst entwaffnet worden. Zweifellos wird auch Johannes Christian davor abgewacht — wozu befänden sich denn sonst die Tausende deutscher Truppen im Lande! — daß ihm eine Konspiration mit Morenga unmöglich ist. Morenga bleibt also nichts anderes übrig, als entweder über den Orange in das britische Gebiet zurückzuziehen, wo seine Festnahme erfolgt, oder sich zu Simon Copper in die Einöde zu flüchten, wo er zwar unangreifbar ist, aber auch keinerlei Gefahr für die Kolonie bildet.

Man sollte also aus der Affäre Morenga keine Staatsmache. Unseren Kolonialbesitzer freilich paßt die Rückkehr Morenga in den Arm, da sie die Zurückhaltung der Kolonialarmee zu reiflichen scheint, aber auch nur scheint! —

England.

Die Situation in Belfast.

Die neuesten Meldungen lauten: Belfast, 15. August. Der Zustand ist beendet. Belfast, 16. August. Die Grundlage, auf welcher die Vereinbarung zur Wiederaufnahme der Arbeit erzielt worden ist, wird erst morgen veröffentlicht werden. Belfast, 15. August. Die Befreiung der bei den Unruhen Getöteten gab gestern Anlaß zu einer großen Volkskundgebung. Der Befreiung wohnten tausende Personen bei. Der Klerus machte große Anstrengungen, um die Ruhe zu predigen. Täglich finden an verschiedenen Punkten der Stadt Konferenzen über den Zustand statt.

Das Abkommen mit Rußland.

Bei der zweiten Lesung des Etats im Unterhaus am 15. August erklärte der Staatssekretär Grey auf eine Anfrage, was das englisch-russische Uebereinkommen betrafte, so sei es unmöglich, eine Erklärung abzugeben, so lange die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. —

Belgien.

Brüssel, 10. August. Dem „Petit Bleu“ zufolge wird der frühere Rabinetschef de Smet de Naeyer demnächst wieder mit einem Ministerposten betraut werden, wahrscheinlich dem der Landwirtschaft, betraut werden, um später die Geschäftsführung des Ministeriums wieder zu übernehmen.

Türkei.

Ende des Vandenkrieges?

Ueber Belgrad wird intern 16. August der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Nachdem fast sämtliche bulgarische Vanden durch türkische Truppen aufgetrieben worden sind, beschloßen die Führer der serbischen Vanden, sich aufzulösen; so daß auf türkischem Gebiete keine Vanden sich mehr aufhalten.

Amerika.

Zu den Parlamentswahlen auf den Philippinen wird aus Manila berichtet, daß der Präsident der Arbeitervereinigungen von Manila, Dr. D. Gomez, gewählt worden ist, was in Washington sehr unangenehm berührte. Man versuchte, seine Wahl als ungültig zu erklären. Dr. Gomez, ein mexikanisch-philippinischer Disziplinär, ist Arzt von Beruf und machte seine Studien in Spanien. Während des spanisch-amerikanischen Krieges diente er als Militärarzt auf Cuba. Aus dem Heere entlassen, kehrte er nach den Philippinen zurück und stellte sich an die Spitze der Arbeiterbewegung. Im Jahre 1908 wurde er wegen Verhinderung zu vier Jahren Gefängnis und 600 Pesetas Geldstrafe verurteilt. Er wird von der philippinischen Regierung seit Jahren auf das nachhaltigste verfolgt, weil er sich ernsthaft der Arbeiterinteressen annimmt und auch eine Arbeiterzeitung gründete, in welcher er für bessere Arbeitsbedingungen kämpfte und höhere Löhne erzwang. Seit 1903 war Dr. Gomez unter beständiger Anklage und hin und wieder auch im Gefängnis. Wird er von einer Anklage freigesprochen, flugs wird eine zweite erhoben, um nur ja seine Tätigkeit im Interesse der Arbeiter lahmzulegen.

Aus der Partei.

Zum Essener Parteitag.

In neun Distriktsmitgliederversammlungen am Montag und in einer Generalversammlung der Gesamtorganisation am Dienstag haben sich die Genossen zu Frankfurt a. M. mit dem Parteitag beschäftigt.

Die Delegiertenwahlen sollen am Sonntag in den einzelnen Distriktslokalen erfolgen. Es ist das erstemal, daß sowohl die Besprechung der Tagesordnung eines Parteitages als auch die Delegiertenwahl zu demselben in solch dezentralisierter Form erfolgt. Dieser beschlossene Tag ist nur eine Versammlung der Gesamtvereine mit den Tagungen der Partei und nahm auch die Delegiertenwahl vor. In den Distriktslokalen wurden Referate über den Parteitag gehalten, Anträge für denselben sowie Personen für die Delegation in Vorschlag gebracht.

Die Anträge lagen der Generalversammlung des Gesamtvereins am Dienstag zur endgültigen Beschlussfassung vor. Von ihnen gelangten folgende zur Annahme:

1. Der Parteivorstand wird beauftragt, die Einführung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich nach dem Vorbild der vom Frankfurter Agitationskomitee herausgegebenen Mitgliedsbücher zu veranlassen.
2. Der Parteitag möge dafür Sorge tragen, daß die Parteiliteratur zu einem solchen Preise verkauft wird, daß sie ein wirksames Mittel gegen die Schundliteratur darstellt.
3. Der Parteivorstand möge dafür Sorge tragen, daß das gesamte Vermögen der Partei- wie der Gewerkschaftsorganisationen in einer eigenen Volksbank angelegt werde.
4. Der Parteivorstand wird ersucht, die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, falls es die Umstände gestatten.
5. Die Parteiführer sind in der bisherigen Form auch künftig abzuhalten.

Ferner wurde folgende Resolution angenommen: Die Frankfurter Delegierten werden beauftragt, in Essen für die Abhaltung einer kurzen Preußenkonferenz im Anschluß an den Parteitag einzutreten und an derselben als Frankfurter Delegierte zur Beschleunigung der Vorarbeiten für eine preußische Landesorganisation teilzunehmen. Die Versammlung wurde schließlich vertagt, bis der Geschäftsbericht des Parteivorstandes vorliegt.

Genosse Calwer sendet folgende Erklärung:

Der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ müßten an den Beschluß der Parteikonferenz des dritten braunschweigischen Reichstagswahlkreises, von meiner Kandidatur fernzubleiben absehen. Folgerungen prinzipieller Art, ohne dabei zu merken, welches Armutszeugnis sie damit der Partei ausstellen. Die Unzufriedenheit der Genossen des Wahlkreises mit meinen wirtschaftspolitischen Anschauungen sei allmählich übergegangen. Merkwürdig, daß von Unzufriedenheit in den ganzen 18 Jahren, die ich für den Wahlkreis kandidierte, bis etwa vor einem Jahre unter den Parteigenossen des Kreises sich nicht das Geringste äußerte. Dabei habe ich während der langen Zeit mit meinen Ansichten nie hinter dem Berge gehalten. Den Genossen des Wahlkreises waren meine Anschauungen vielmehr von jeher wohl bekannt, ohne daß es ihnen in den Sinn gekommen wäre, mir ihr Vertrauen entziehen zu wollen. Die „prinzipiellen“ Differenzen sind, wie gesagt, noch nicht ein Jahr alt und beginnen genau mit dem Zeitpunkt, wo Genosse Antia als Parteisekretär nach Braunschweig kam. Welche Gründe diesen Genossen bewegen haben mögen, mich „prinzipiell“ zu bekämpfen, weiß ich nicht. Nebenfalls aber hatte ich und habe ich weder Lust noch Zeit, mich um persönliche Quertreibereien zu kümmern und mich mit einem Genossen Antia herumzuschlagen.

Uebrigens steht dieses Vorwort meine Tätigkeit für die Partei nicht im geringsten; ich gehe meinen Weg wie bisher weiter, unbeeinträchtigt um Angriffe und Verhöhnungen.

Berlin, am 14. August 1907.

Rich. Calwer.

Wir können nicht finden, daß Genosse Calwer durch diese Erklärung seine Position verbessert.

Im übrigen hat auch die „Frankf. Tagespost“ zu Nürnberg im öffentlichen daselbe Urteil über den Beschluß der Genossen des 3. braunschweigischen Wahlkreises abgegeben, wie der „Vorwärts“ und die „Leipz. Volkszeitung“. Sie schrieb:

„Dieser Entschluß ließ sich nicht mehr vermeiden. Calwer hat sich in den handelspolitischen Fragen so weit von den Anschauungen der Partei entfernt, daß er einen solchen Vertrauensposten nicht mehr besetzen konnte. In seiner Beurteilung der Einwirkung der Handelspolitik auf die Lebenshaltung des Proletariats hat er sich selbst von den amtlichen Gewerberichtern und von bürgerlichen Organen, wie den „Preussischen Jahrbüchern“ widerlegen lassen müssen.“

Wenn bürgerliche Blätter, so die „Nordd. Allg. Ztg.“, behaupten, Calwer sei mit der Wissenschaft zu identifizieren und aus dem Fall zu folgern, daß man wieder einmal sähe, was es mit der sozialdemokratischen Freiheit der Wissenschaft auf sich habe, so möchten wir dem Regierungsorgan doch raten, erst einmal für die Freiheit der Wissenschaft im Staate, der seine Parteiorganisation sein soll, zu sorgen, durch Berufung marxistischer Nationalökonomien und antimonarchischer Historiker. Das wollen wir nicht einmal verlangen, daß etwa die Konserwativen einen, sonst konservativ gerichteten Freihändler in den Reichstag entsenden. Solchen Anspruch erheben aber gerade die preussischen Dunkelmänner und Gegenüber.

Im übrigen bekennen wir, daß Calwers Meinungen wissenschaftlich haltbar sind. Trotzdem mag er seine Anschauungen gestofft weiter entwickeln, nur darf man ihn eben nicht dem Konflikt aussetzen, daß er als Parlamentarier das Gegenteil seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung vertreten muß.“

Im Gegensatz dazu erklärt die „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M.:

„... Calwer war in mancher Beziehung Eigenbrödl und jeder Wahlkreis hat frei über die Aufstellung von Kandidaten zu verfügen. Nichtsdestoweniger ist seine Absehung von der Kandidatenliste, die anscheinend geschah, ohne daß man ihm auch nur Gelegenheit zur Aussprache gab, im Interesse der wissenschaftlichen Vielseitigkeit unserer öffentlichen Parteivertretung zu bedauern.“

Wozu wir bemerken möchten, daß die öffentliche Parteivertretung, hier die Reichstagsfraktion, kein wissenschaftlicher Diskussionsklub, sondern vor allem ein Kampforgan sein muß und eben deshalb Einheitslichkeit in den wichtigsten Fragen, wozu die Kolonialpolitik und die Handelspolitik sicher gehören, bitter nötig hat. Außerdem verdient auch wohl Beachtung jener Punkt, über den es in der obigen Äußerung der „Frankf. Tagespost“ heißt: „... nur darf man ihn eben nicht dem Konflikt aussetzen, daß er als Parlamentarier das Gegenteil seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung vertreten muß.“

Bernerstorfer in München. Der österreichische Reichsratsabgeordnete Genosse Bernerstorfer, dem vor zwei Jahren in Frankfurt a. M. von der preussischen Regierung ein Maulkorb angehängt wurde, um den „lästigen Ausländer“ am Sprechen zu verhindern, sprach am Mittwochabend im Münchener Kindisaal vor 6000 Personen über „Alte- und Neuzustände“. Von stürmischem Beifall begrüßt, gab der Redner eine interessante Schilderung der politischen Zustände Oesterreichs. Die kulturelle und geistige Entwicklung des Volkes sei Jahrhundert hindurch vom römischen Merkantilismus mit allen Mitteln unterdrückt worden. In interessanter Weise schilderte Bernerstorfer, wie es das österreichische Proletariat nach jahrelangen Kämpfen und heftigem Widerstand der herrschenden Mächte verstanden habe, sich mit seiner Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht Gehör zu verschaffen und wie durch die gewaltige innere Kraft dieser Bewegung auch weitere Kreise ergriffen wurden. Wenn sich sogar die Krone schließlich an die Spitze dieser Bewegung setzte, so geschah dies nicht etwa, weil man dem Volke das allgemeine Wahlrecht geben wollte, sondern in Rücksicht auf die dem ganzen Staatswesen drohende Gefahr des politischen Zerfalls und weil die Regierung nicht auch noch einen Kampf mit dem österreichischen Proletariat heraufbeschwören wollte. „Man hat uns deshalb kaiserlich-königliche Sozialdemokraten genannt. Das hat uns nichts geschadet. Wir werden, wenn wir es für unsere Zwecke nützlich halten, auch zu Hofe gehen und auf der Straße demonstrieren; wir lassen uns auch ferner kaiserlich-königliche Sozialdemokraten nennen, wenn die Krone nur das tut, was wir Sozialdemokraten von ihr verlangen.“ — Der Rede Bernerstorfers, die wiederholt durch stürmisches Beifall unterbrochen wurde, folgte am Schluß nicht endenwollender Beifall.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß ein Gang zu Hofe jemals den Zwecken der Sozialdemokratie nützlich sein könnte. In der Rede Bernerstorfer wird ja gerade darauf verwiesen, daß die Stellung der Krone im Wahlrechtskampf nicht aus besonderer Volksfreundlichkeit oder auf Grund sozialdemokratischer Höflichkeit für die Krone genommen wurde, sondern einfach aus einer Zwangslage entspringt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffonds der Presse. Das Schöffengericht zu Nürnberg beurteilte den Genossen Dr. Weill von der „Frankf. Tagespost“ wegen angeblicher Beleidigung des Bürgermeisters des Boroetes Lauf am Holz, verurteilt während der Landtagswahlen durch den Vorwurf der Verzögerung der Ableistung des Verfassungseides zu 14 Tagen Gefängnis.

Soziales.

Löhne und Unfälle im Mülereiindustrie.

Nach den Aufweisen der Mülerei-Vereinsgenossenschaft betrug der Jahresdurchschnittslohn der Mülereiarbeiter in den Jahren 1897 708,12 M., 1900: 749,93 M., 1902: 813,77 M., 1904: 837,94 M., 1905: 861,16 M. und 1906: 894,72 M.

Ziumpfeierend verhandelt und der Bericht: „Die Durchschnittslöhne haben sich also in 10 Jahren um 191,60 M. erhöht.“ Das ist eine „Leistung“! Ob die Mülereiarbeiter auch diese „hohen Löhne“ ganz aufbrauchen werden? 2,98 M. Durchschnittslohn pro Tag bei schwerer Arbeit und langer, langer Arbeitszeit! Den höchsten Durchschnittslohn mit 1024 M. pro Jahr hat die Sektion VII Altona, den niedrigsten Lohn mit 708,08 M. Sektion I Lomdoff bei Heiligenbeil.

Die Zahl der Betriebsunfälle betrug im Berichtsjahre 3320, gegen 3370 im Vorjahre.

Seit dem Jahre 1885 wurden der Berufsgenossenschaft insgesamt 57 490 Unfälle gemeldet. Das Heer der Unfallverletzten, Strümpel entspricht also fast der Zahl der heute durchschnittlich beschäftigten Mülereiarbeiter! Trotzdem die Zahl der Betriebe und die Zahl der Arbeiter in den letzten 20 Jahren riesig zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der Unfälle ständig vermehrt.

So entfielen im Jahre 1886 auf 79 945 beschäftigte Personen nur 1627 Unfälle, im Jahre 1892 auf 86 004 Personen 2413 und im Jahre 1906 dagegen auf 63 762 Personen 3325 Unfälle.

Entschädigt wurden von 3320 gemeldeten Unfällen 1006, wogegen im Jahre 1899 bei 3046 gemeldeten Unfällen 1048 entschädigt wurden.

Von den Unfällen hatten Folgen: 71 tödliche, einer dauernd v. a. l. l. g. e., 320 dauernd teilweise und 614 vorübergehend teilweise Erwerbsunfähigkeit.

Auf 1000 versicherte Personen entfielen also durchschnittlich 61,67 gemeldete Unfälle, während die Ziffer der entschädigten Unfälle nur 15,69 beträgt.

Am gefährlichsten sind die Kleinbetriebe mit 1—2 Vollarbeitern, die 300 Unfälle (entschädigte) und 22 Todesfälle zählten, während in 121 Großbetrieben nur 168 entschädigte Unfälle und 6 Todesfälle vorliefen. Die Zahlen sprechen nach Unfallbuch.

Dabei hatten die vier Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft nach dem Bericht nur 1919 Betriebe (von 20 490 versicherten Be-

trieben) revidiert, die 4007 Arbeiter zählten. (Versichert 63 762 Arbeiter.) Davon waren 1537 Hauptbetriebe und 382 Nebetriebe.

Über das Ergebnis der Revision der Hauptbetriebe bemerkt der Bericht lakonisch: „287 Betriebe befanden sich im ordnungsgemäßen Zustande, und in 1250 Betrieben mußten Schutzmaßnahmen getroffen werden!“

Die oft miserablen Schlafräume bei den Mülereigenen scheinen die Aufsichtsbeamten gar nicht gesehen zu haben, denn sonst hätten sie nicht schreiben können: „Ueber gesundheitsschädliche Einflüsse ist nichts bekannt geworden.“

Ein großer Teil der Versicherten und leider auch einige (!) Unternehmer hatten sich mit dem Inhalt der Unfallversicherungsverträge noch immer nicht genügend vertraut gemacht.

Es wurde wie auch in früheren Jahren die Beobachtung gemacht, daß bei Kleinbetrieben in den mittleren und großen Mühlen den Anforderungen der Unfallversicherungsverträge mehr Rechnung getragen wird, als in den kleinen Mühlen.“

Vom neuen, noch nicht erprobten Afford.

Das Berliner Gewerbegericht verurteilte den Beklagten Postler zur Zahlung von 20 M. an den Kläger J., indem es ausführte: „Es steht fest, daß es sich in vorliegenden Streitfälle um ein Affordverhältnis handelte und nicht um garantierten Stundenlohn. Gleichwohl sei anerkannt worden, daß Kläger mehr zu beanspruchen habe, als der zustehende Affordbetrag ausmache. Die Druckregler, deren Fertigstellung dem Kläger übertragen war, seien zum erstenmal in dem Betriebe gefertigt worden. Es liege ein noch nicht erprobter Afford vor, bei dem die Preisbestimmung keine feste Grundlage habe. Das werde hier auch dadurch bewiesen, daß Kläger erst glaubte, mit 3,75 Mark pro Stück auskommen zu können, daß ihm aber 4,75 M. zugestanden wurden und daß schließlich eine weitere Erhöhung um 1 M. eintrat. Eine etwaige Benachteiligung dadurch, daß der Afford noch nicht erprobt gewesen sei, könne der Kläger nicht treffen. Dazu gehöre, daß die Vorarbeiten, die dem Arbeiter zu liefern seien, mit besonderer Sorgfalt hergestellt wären. Dadurch, daß sie hier nicht genau dem Kläger geliefert wurden, sei diesem eine Mehrarbeit entsandnen. Die wirtlichen Nachteile, die dem Kläger daraus erwachsen, würden auf Grund des Gutachtens der sachverständigen Zeugen auf 20 M. geschätzt. Diese Summe werde ihm noch zugespochen.“

Die Landarbeiterfrage in Ostpreußen. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hat Erhebungen angestellt über den Verbleib der in den Jahren 1895 und 1900 aus den dortigen Landkulturen entlassenen Kinder. Es gelang ihr, den derzeitigen Beruf und Wohnort von 22 964 = 84,9 Proz. der Säuglingskinder aus dem Jahr 1895 zu ermitteln. Dabei stellte sich heraus, daß 7/10 davon der ostpreussischen Landwirtschaft als Arbeitskräfte verloren gegangen waren. Ueber 1/10 hatte die Provinz endgültig verlassen, um im westdeutschen Industriegebiet Arbeit zu suchen. Ein anderer Teil ist in die größeren Städte der Provinz gezogen. Auch von den in den kleineren Orten der Provinz Verbliebenen hat sich ein beträchtlicher Teil eine nichtlandwirtschaftliche Existenz gesucht. — Auch von dem Jahrgang 1900, von dem 32 154 = 91,7 Proz. ermittelt wurden, sind nur 7/10 landwirtschaftliche Arbeiter geblieben; 1/10 ist nach dem Westen, der Rest nach den Provinzialstädten gewandert. — Für das Jahr 1905/1906 schätzt die Landwirtschaftskammer den Verlust der ostpreussischen Landwirtschaft auf 2460 Familien und 10 270 junge ledige Arbeitskräfte, d. h. (die Familie zu 6 Köpfe gerechnet) auf insgesamt 22 520 Köpfe. — Die Gutsherren schreien nach Einschränkung der Freizügigkeit, Bestrafung des Kontraktbruchs und ähnlichen Maßregeln zur festeren Bindung „ihrer“ Leute. Sie werden damit nur erreichen, daß der Drang, aus der wirtschaftlichen und politischen Fügigkeit der „angekommenen Herrschaft“ herauszukommen, bei der Landarbeiterbevölkerung immer stärker wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! In Oberstein a. d. R. haben die Unternehmer eine Aussperrung aller in der Galanteriewarenbranche beschäftigten Arbeiter beschlossene. Wir ersuchen die Kollegen dringend, ganz besonders Goldarbeiter, Silber und alle in der Galanteriewarenbranche beschäftigten Kollegen, Arbeitsangebote nach Oberstein nicht anzunehmen. Oberstein a. d. R. ist für Metallarbeiter bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Ostvertreterung Berlin.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Die Herren Affordmurer führten bisher ein in der Öffentlichkeit wenig bemerkbares Dasein. Diese Leute, welche grundsätzlich die Beschlüsse der Gesamtheit ihrer Berufsgenossen mißachten und durchbrechen, hatten auch alle Ursache, öffentlich nicht hervorzutreten. Während des Bauarbeiterstreiks haben die Affordmurer nach Kräften das Unternehmertum gegen die streikenden Arbeiter unterstützt. Sie haben die schändliche Rolle von Arbeitswilligen gespielt und erfreuen sich daher selbstverständlich der besonderen Günst des Unternehmertums und aller Arbeiterfeinde. Die Situation scheint den Affordmurern jetzt günstig für die rückwärtslose Wahrnehmung ihrer egoistischen Interessen. Sie halten es an der Zeit, aus der Verborgenheit in die Öffentlichkeit zu treten und für die Ausbreitung der Affordarbeit, an der natürlich die Unternehmer das größte Interesse haben, Propaganda zu machen. Zu diesem Zweck hatte der gewerkschaftliche Verein der (Afford-) Murer am Donnerstag eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Verein mag auch wohl das Bedürfnis gefühlt haben, einen Rechtfertigungsversuch seines arbeitgeberfeindlichen Verhaltens beim Streik zu unternehmen. Die Versammlung war von etwa 200 Personen besucht. Es waren aber auch Gegner der Affordarbeit sowohl aus dem Verband wie aus der freien Vereinigung der Murer anwesend.

Farr, der Vorsitzende der Affordmurer, trat in einer ziemlich unsicheren Rede für die Affordarbeit ein. Er meinte, diese Arbeitsmethode breite sich immer mehr aus und könne durch keine Gegenaktion verhindert werden. Zwei Drittel aller Berliner Murerarbeit werde schon im Afford ausgeführt, etwa 3000 bis 4000 Berliner Murer arbeiteten gegenwärtig in Afford. Um das Verhalten der Affordmurer während des Streiks zu rechtfertigen, sagte der Redner, sein Verein sei ja zu der Lohnbewegung nicht hinzugezogen worden, er sei also an derselben nicht beteiligt gewesen. Der Verein der Affordmurer habe auf die Lohnbewegung, die er nicht mit beschloffen habe, keine Rücksicht nehmen brauchen, er habe übrigens durch den Streik ausgehungert werden sollen.

Als erster Diskussionsredner nahm Genosse Gehl das Wort. Scharf aber durchaus sachlich kritisierte er das Treiben der Affordmurer. Was der Vorsitzende hier zur Rechtfertigung der Affordarbeit und der Affordmurer angeführt habe, sei in Wirklichkeit eine schwere Anklage gegen dieselben. Jetzt handele es sich nicht um die Frage, ob die Affordarbeit an sich zu billigen sei oder nicht, sondern vielmehr darum, daß die Affordmurer während des Streiks ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken gefallen seien und den Kampf wesentlich erschwert haben. Auf Kosten und Gefahr der Streikenden haben die Affordmurer während des Streiks ihre eigenen Löhne verbessert, wo sie als Arbeitswillige aufgetreten sind. Sie haben auf manchen Bauten, wo sie von den Unternehmern gegen die Streikenden zu Hilfe gerufen wurden, einen Stundenlohn von 1,20 M. bekommen, während die Kollegen ihren Lohn von 75 Pf. auf 80 Pf. erhöhen wollten. Weiter wies Gehl nach, daß der Verein der Affordmurer zwar in seinem Statut sage, er wolle die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern, daß er aber nichts nach dieser Richtung hin getan habe, denn der Vertrag, den der

Verein mit den Unternehmern abgeschlossen hat, setzt Affordlöhne fest, welche schon vor 10—15 Jahren gezahlt wurden. Die Organisationen der Murer dagegen haben seit 1896 den Stundenlohn von 50 auf 75 Pf. gebracht und eine Verkürzung des Arbeitstages von 10 auf 9 Stunden durchgesetzt. Ferner sagte der Redner, die Organisation der Murer habe sich vor dem Streik mit dem Verein der Affordmurer verständigen wollen, aber der Verein sei nirgends zu finden gewesen.

Die Kritik, welche Gehl an dem Verhalten der Affordmurer übte, war diesen natürlich sehr unbehagen. Sie gaben das auch durch fortgesetzte Störungen und Unterbrechungen des Redners zu erkennen. Besonders tat sich in dieser Beziehung ein Vorstandsmitglied des Affordmurervereins mit Namen Lausch hervor. Neben in der Rede Gehls verlangte er das Wort zur Geschäftsordnung. Dann rief er mit dem Vorliegenden zu, er solle Gehl das Wort entziehen, hier dürften nur Affordmurer reden. Es wurde während dieser Szene sehr unruhig in der Versammlung. Gehl ließ sich dadurch nicht beirren. Er setzte seine Rede fort, wurde aber wiederholt von verschiedenen Seiten unterbrochen. Als Gehl nochmals über den Vertrag der Affordmurer sprach und an einzelnen Bestimmungen desselben nachwies, daß der Vertrag in einseitiger Weise die Interessen der Unternehmer wahrnehme, entstand wieder eine lärmende Szene. Man protestierte gegen die Ausführungen des Redners, verlangte, daß er nicht weiter rede. Einige Affordmurer erhoben sich und sprachen durcheinander zur Versammlung. Dann löste der Ueberwundene die Versammlung auf.

Deutsches Reich.

Die vereinigten Brot-, Schlacht- und Gemüsemesserreider zu Solingen, welche den Fabrikanten ein neues Preisverhältnis mit erhöhten Lohnsätzen zugestanden hatten, verhängten gestern über 108 Fabrikantenfirmen in Solingen, Wald, Hückel und Gräfrath, welche die neuen Preise abgelehnt haben, den Ausstand. 150 Firmen haben die Forderungen anerkannt.

Ausland.

Exercitien des schweizerischen Militärs gegen streikende Arbeiter.

In Chur (Kanton Graubünden) werden gegenwärtig Rekruten ausgebildet, und da ist nun kürzlich in den Straßen der Stadt zwei Tage vor Beginn des gegenwärtig noch andauernden Spenglerstreiks abends zwischen 10 und 11 Uhr von einer aus drei Soldaten und einem Korporal bestehenden Patrouille zum Zwecke der praktischen Übung ein Militäraufgebot ausgeführt worden, wobei die Mannschaft mit aufgeflossenen Bajonetten ausgerüstet war. Der Korporal stellte dann an verschiedene vorübergehende Personen im wesentlichen folgende Fragen: „Befinden sich die Flaschner im Streik? Wohnt hier in der Nähe ein Flaschnermeister? Sind hier Streikposten aufgestellt usw.“ Es wurde ihm bedeutet, daß der Streik erst mit Montag beginne, daß noch keine Streikposten vorhanden seien, worauf die Patrouille wieder abzog. Man kann sich denken, wie ein derartiger provokierender militärischer Ergeh bei den Arbeitern Stimmung „für“ die neue Militärtvorlage macht.

Generalstreik der Telegraphenbeamten!

Chicago, 16. August. Heute morgen 1 1/2 Uhr gab der Präsident des Telegraphistenverbandes allen im kommerziellen Telegraphenverkehr beschäftigten Beamten Anweisung, unverzüglich in den Ausstand zu treten, falls nicht Verträge mit dem Verband unterzeichnet worden seien.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Jugendlicher Totschläger.

Hrnsberg, 16. August. (B. S.) Die hiesige Strafkammer verurteilte heute morgen den 14-jährigen Schüler Hoffmann, der im Februar d. J. den 7-jährigen Knaben Bollmer erschlagen und in den Bach geworfen hatte, wegen Totschlags zu sechs Jahren sechs Monaten Gefängnis.

Nützliche Elemente.

Antwerpen, 16. August. (B. S.) An Bord des Dampfers „Cambreman“, auf welchem die englischen Erfahrungsarbeiter einquartiert sind, kam es gestern abend zu tumultuösen Ausbrüchen, in eine förmliche Meuterei andarteten. Die Engländer plünderten die Vorratskammern, betranken sich und stießen Drohungen gegen die Offiziere aus, auch entwendeten sie Revolver usw. 32 Polizisten wurden an Bord genommen, um die Ruhe wieder herzustellen. Mehrere der Meuterer mußten in Ketten gelegt werden. Die englischen Arbeiter verlangen bereits eine Lohnaufbesserung von ein Schilling täglich. Inzwischen mehren sich die auf der Scheibe der Lötung harrenden Dampfer. Die Unterhandlungen zwischen den Streikenden und den Reedern werden fortgesetzt.

Umgestürzter Omnibus.

Jansbrud, 16. August. (B. S.) Ein mit Fahrgästen überfüllter Omnibus der Linie Triest—Lione ist bei Sachde umgestürzt und in Stücke gebrochen. Neun Personen erlitten schwere Verletzungen; der Aufsicht und ein Sprachlehrer wurden tödlich verletzt. Die Ursache des Unglücks ist in dem defekten Zustande des Wagens zu suchen.

Kirchenganbe und Wissenschaft.

Rom, 16. August. (B. S.) In der vatikanischen Druckerei ist die Herstellung der Ausgabe des Index fast beendet, in welchem alle diejenigen Bücher aufgezählt sind, welche seit der Thronbesteigung Pius X. den Katholiken zu lesen verboten worden sind.

Explosion im Feuerwerkslaboratorium.

Rom, 16. August. (B. S.) In einem Feuerwerkslaboratorium in der Nähe von Aversa fand eine Explosion statt, wobei drei Personen getötet und sechs schwer verletzt wurden.

Die Unruhen in Marokko.

Tanger, 16. August. (Mitteilung des Reuterschen Bureau.) Briefe aus Mogador besagen, daß dort wegen des von dem berühmten Saharahauptlings Maalainin angebrachten Angriffes große Unruhe herrscht, und daß die Bewohner die Stadt auf einem französischen Dampfer verlassen. — Hier geht das Gerücht, daß durch die Nachrichten aus Casablanca alle Städte im Innern aufgereizt seien und daß an verschiedenen Stellen der heilige Krieg gepredigt werde. Die Europäer haben Marakech verlassen. Der Auszug aus Tanger dauert an. Viele europäische Familien sind heute nach Gibraltar gefahren.

Der amerikanische Telegraphenbeamtenstreik.

New York, 16. August. (B. T. N.) Der Aufruf des Präsidenten des Telegraphistenverbandes zum Generalstreik ist nicht befolgt worden. Die Leiter der Telegraphengesellschaften erklären, die telegraphische Verbindung auch mit den entfernteren und kleineren Städten wickeln sich rasch ab und der Geschäftsverkehr nehme flott seinen Fortgang.

Chicago, 16. August. Die Leiter des Telegraphistenverbandes in Chicago haben sich bereit erklärt, sich einem Schiedspruch des Schiedsamtes des amerikanischen Arbeitsbundes zu unterwerfen.

Der französische Parteitag.

Vierter Verhandlungstag.

Rauch, 14. August. (Fig. Ver.)

Die gestrige Nachmittags-Sitzung war durch Geschäftsordnungsdebatten angefüllt. In einer Nachsitzung wurde die Verhandlung über

die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften

begonnen, die heute fortgesetzt wird. Es liegen zwei Resolutionen vor. Die der Dordogne hebt die Notwendigkeit beider Organisationsformen hervor, spricht aber aus, daß die Gewerkschaft zur Befreiung der Arbeiterklasse nicht ausreicht, sondern nur die kapitalistische Ausbeutung mildern kann, deren Abschaffung die Aufgabe des zur Eroberung der politischen Macht als Klassenpartei organisierten Proletariats ist. Die Resolution fährt dann fort:

In Erwägung andererseits, daß es dieselbe Klasse ist, die zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen und zu ihrer vollen Befreiung auf dem gewerkschaftlichen und auf dem politischen Gebiet sich organisieren und handeln muß, und daß diese zwei Organisations- und Aktionsformen, so verschieden sie auch bleiben müssen, einander nicht ignorieren oder sich entgegenarbeiten können, ohne das Proletariat tödlich zu spalten, erklärt der Kongress, daß angestrebt werden muß, daß die gewerkschaftliche und die politische Aktion der Arbeiter sich nach den gegebenen Umständen national und international verständigen und verbinden muß.

Die andere, von der Föderation Cher vorgelegte Resolution ist eine Wiederholung der im vorigen Jahre in Limoges von Larn vorgelegten und angenommenen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Überzeugt, daß sich die Arbeiterklasse nur durch die kombinierte Kraft der politischen und gewerkschaftlichen Aktion, durch den bis zum Generalstreik gehenden Syndikalismus und durch die Eroberung der ganzen politischen Macht zum Zweck der allgemeinen Expropriation des Kapitalismus befreien kann,

in Erwägung ferner, daß diese doppelte Aktion um so wirksamer sein wird, je mehr der politische und der ökonomische Organismus ihre volle Autonomie haben werden und daß der Syndikalismus dasselbe Ziel wie der Sozialismus hat,

in weiterer Erwägung, daß dieser fundamentale Einklang der politischen und wirtschaftlichen Aktion notwendig, ohne Konfusion, ohne Unterordnung, ohne Mißtrauen, eine freie Kooperation zwischen den beiden Organismen sichern wird, fordert der Kongress alle Genossen auf, nach ihren Kräften daran zu arbeiten, jedes Mißverständnis zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation der Arbeiterklasse zu zerstreuen.

Der Parteitag beschließt, für jede dieser Resolutionen je sechs Redner sprechen zu lassen. In der Debatte zeigt sich, daß die große Mehrheit des Parteitags sowohl in der Anerkennung der Notwendigkeit der politischen Aktion wie insbesondere in der Beurteilung der antiparlamentarischen Propaganda in den Gewerkschaften einig ist. Fast alle Anhänger des Antrages von Cher haben die prinzipiellen Vorzüge des Antrages der Dordogne hervor, machen aber Opportunitätsgründe für den ihren geltend. Der Generalstreik, der in Limoges einen Hauptgegenstand der Diskussion gebildet hat, wird kaum gestreift. Dabei zeigt sich ein schneidender Gegensatz zwischen jenen Vertretern des Antrages Cher, die wie Vianelle (Ausscher, Paris) die volle Selbständigkeit der Gewerkschaften fordern, weil ihre Mitglieder noch keine Sozialisten seien — das heißt also zwischen den strengen Neutralisten — und denen, die gleich Lagardelle und Gaillant in den Gewerkschaften den spezifischen Organismus der sozialistisch-revolutionären Revolution sehen.

Parvy (Vorzellanarbeiter, Limoges) sagt zur Verteidigung des Antrages der Dordogne: Wir sind die wahren Neutralisten. Denn wir wollen in den Gewerkschaften alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen, sozialen und religiösen Überzeugung vereinen. Sie aber erklären, durch die Gewerkschaften die Umwandlung der Produktionsweise anzustreben. Sind etwa radikale oder kerlische Arbeiter Anhänger dieser Umwandlung? Wir wollen nicht, daß man in den Gewerkschaften Kollektivismus, Antimilitarismus, Antifirerikalismus propagiere. Die Leute von der Konföderation sind gegen uns ebensowenig neutral. In den Versammlungen haben die Syndikalisten die Partei angegriffen, auch wo sie als Funktionäre der Gewerkschaften gerufen worden waren. Wie Jourde gesagt hat, daß wir gegen den Herboismus auch dann auftreten müßten, wenn wir damit ihr Mißfallen erregten, so müssen wir auch gegen die Syndikalisten Mut beweisen.

Professor Emanuel Levy will Sozialismus nicht nur in der Partei, sondern auch in den Gewerkschaften haben. Den Guesdisten wirkt er vor, daß sie der Konföderation die Hand entgegenstrecken, um sie zu erschöpfen.

Roland protestiert gegen diese Unterstellung. Die Guesdisten haben von jeher Gewerkschaften gegründet.

Lauche (Mechaniker) vertritt den Antrag des Cher. Er spricht sehr ausführlich, aber anscheinend auf Grund recht einseitiger Informationen über die Gewerkschaftsbewegung im Ausland. Den deutschen Gewerkschaften bekundet er seine Bewunderung ihres Organisationsapparates, bebauert aber, daß sie bloße Defensivorgane seien. Aus der Differenz zwischen der Mitgliederzahl der Gewerkschaften und der der Partei folgert er, daß die deutschen Gewerkschaften zumest keine Sozialisten seien. Dann glaubt er in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein Streben, sich gegenüber der Partei selbständig zu machen, zu erkennen — ein Streben, das nur durch die Gehegung verhindert werde, die die politische Tätigkeit in den Gewerkschaften ausschliesse. Zwischen Partei und Gewerkschaft wünscht er einen Parallelismus der Aktion, die ein gemeinsames Ziel habe. An der bestehenden Trennung sei die isolierte Haltung der Guesdisten in der Frage des Generalstreiks schuld. Auch in Amsterdam seien die französischen Gewerkschaften erniedrigt worden durch die Art, worin sich die Guesdisten mit der Internationale gegen den Generalstreik geeinigt hätten. Die Autorität der Sozialisten in den Gewerkschaften sei im Wachsen. Die Annahme der Resolution der Dordogne aber würde den Krieg zwischen der Partei und den Gewerkschaften entfesseln.

Renard (Textilarbeiter) hält eine wirkungsvolle Rede für die Resolution der Dordogne: Ich habe keine Angst, daß unsere Diskussion hier die Konföderation schädigen kann. Wir sind nicht gegen die Konföderation, im Gegenteil. Wir wollen, daß sie nicht alle möglichen Zwecke verfolge, die viele Arbeiter abschrecken. Die Resolution des Cher sagt, daß Partei und Gewerkschaft dieselben Zwecke verfolgen. Dann sehe ich nicht ein, welche Existenzberechtigung die Partei noch hat. Ich glaube aber nicht an die Identität der Zwecke. Vielmehr glaube ich an eine mit der Arbeiterbewegung fortschreitende Arbeitsteilung. Für die wirklich gemeinsamen Aufgaben wünschen wir vorabergehende Vereinbarungen, mehr nicht. Was wir wollen, ist in Deutschland, Oesterreich, Dänemark — kurz in allen Ländern mit entwickelter Arbeiterbewegung — Tatsache, warum sollte es bei uns unmöglich sein? Wir müssen uns immer mehr den Genossen des Auslandes nähern. Wir müssen in der Partei sozialistische Politik, in den Gewerkschaften gewerkschaftliche Organisations- und Propagandarbeit betreiben. Der in Amsterdam angelegte so mißhandelte Generalstreik hat noch nichts produziert als einen Unterrichtsminister der Republik.

Dondolier meint, wenn die Partei eine Vereinbarung suche und die Gewerkschaften sie zurückweisen, werde eine für die Arbeiterbewegung gefährliche Feindseligkeit zurückbleiben. Darum stimme er

für die Resolution Cher. Marius André: Es gibt zwei Arten Syndikalismus: jenen, der dem Sozialismus feindlich gegenübersteht und einen anderen, der ihn erzeugen will. Wenn der Syndikalismus alles sein will, muß er auch politisch sein und gerade dagegen wenden wir uns. Die direkte Aktion ist nicht Neues. Sie ist der Druck auf die öffentliche Gewalt, den wir immer propagiert haben. Aber Ihr Schlagwort wird von den Klassen mißverstanden, die meinen, es besage, daß man alles zusammenzuschlagen solle. Wir sind hier alle der Meinung, daß der Syndikalismus allein nicht genügt, daß wir parallel arbeiten müssen. Die Frage der Beziehungen zwischen uns ist also eine Opportunitätsfrage. Wir wollen aber ja auch nur Vereinbarungen „je nach den gegebenen Umständen“. Schon heute bestehen in der Provinz fast überall solche Uebereinkommen. Was Sie wollen, ist, uns allen die Pariser Situation aufzuzwingen.

Lagardelle legt in einer formell sehr geschickten Rede das Wesen des revolutionären Syndikalismus dar. Eigentlich spricht er nicht für die Resolution Cher, die ja auch die Notwendigkeit der besondern politischen Aktion anerkennt, sondern nur gegen den Antrag der Dordogne: Auch ich habe einst durch Guesde die Bedeutung des Parlamentarismus für die Erziehung der Arbeiterklasse kennen gelernt. Nun aber ist eine neue, rein proletarische Klassenpolitik entstanden, die sich in der Konföderation verkörpert. Die Resolution der Dordogne trägt dieser neuen Entwicklung nicht Rechnung, sie ist veraltet. Veraltet ist auch die Anschauung, daß die neue sozialistische Gesellschaft durch den eroberten Staat eingerichtet werden könnte. Die revolutionären Syndikate sind ein ganz anderer Organismus als die englischen Trade-Unions und die angeblich sozialistischen deutschen Gewerkschaften! Jede Klasse, die sich befreien will, schafft sich ihren eigenen politischen Organismus. Wie das mittelalterliche Bürgerturn seine Kommunen, so hat das moderne Proletariat seine Syndikate. Der Parlamentarismus ist ein Fatalismus. Er schwächt die Initiative der Menschen.

Guesde: Die in Limoges beschlossene Resolution ist widerspruchsvoll. Sie spricht von einer fundamentalen Uebereinstimmung und lehnt doch die Kooperation ab. — Das Wählen war uns nie unser Hauptzweck. Immer haben wir die Wahlen für ein Wandern der Arbeiterklasse angesehen. Sind wir es, die ein soziales Wunder erwarten, wir, die wir täglich die Organisation predigen? Es ist aber auch nicht wahr, daß die Gewerkschaften gegen unsere Anschauungen sind. Wenn Sie von der Arbeitskonföderation alle die großen Organisationen abrechnen, die gegen den Sabotage usw. sind, wie viele bleiben übrig? Der Redner wendet sich auch gegen Lagardelles enge Auffassung des Klassenkampfes, die die Partei durch Syndikate erleben will, weil in dieser lauter manuelle Arbeiter, nicht „sozialistische Bourgeois“ seien. Wenn wir die Gesellschaft umgestalten wollen, müssen wir Chemiker, Ingenieure, Professoren haben. (Lebhafte Weisfall auf allen Seiten.) Die Defekture der Bourgeoisie, die wie Lagardelle selbst die Sache des Proletariats zu der ihren machen, fördern den Klassencharakter der sozialistischen Bewegung nicht. In allen Revolutionen stellt die herrschende Klasse Vorläufer des Neuen, wie die Klasse, in deren Interesse die Revolution gemacht wird, Verteidiger des Alten. Wir wollen die Konföderation nicht unterjochen. Was wir in Stuttgart sagen wollen, ist, daß die sozialistische Partei ihre Existenzberechtigung im Kampf um die politische Macht hat, der ihre Sache ist. Die Resolution der Dordogne spricht aus, daß die zwei Organisationen einander nicht fördern dürfen. Wollen Sie das Gegenteil sagen?

Es spricht noch Gaillant, der die revolutionäre Propaganda der Konföderation hervorhebt. Die Resolution des Cher entsprechende den französischen Erfahrungen. Eine vermittelnde Formel zu suchen sei nicht angezeigt. Die Internationale sei nicht dazu da, einzelne Länder im Interesse anderer einzuschränken und zu majorisieren. In der Abstimmung wird der Antrag der Föderation Cher mit 147 Stimmen angenommen. Für den Antrag der Dordogne stimmen 121 Delegierte.

Internationaler Metallarbeiter-Kongress in Brüssel.

Brüssel, 14. August. (Fig. Ver.)

(Fortsetzung der Mittwochsverhandlungen.)

Wir tragen hiermit noch in kurzen Auszug einige der Reden aus der Debatte über die Bundesbeiträge nach, soweit in ihnen ein prononcierterer Standpunkt zum Ausdruck kommt.

Gobson (England) tritt der Meinung entgegen, daß die Mittel der internationalen Organisation der Errichtung von Gewerkschaften in Ländern mit schwächeren Organisationen dienen könnten. Dies sei eine durchaus nationale Obliegenheit. Man habe übrigens den von der englischen Delegation vorgebrachten Tatsachen keine Argumente entgegengesetzt.

Cothen (Berlin) erwidert dagegen auf die internationalen Organisationen die Pflicht und die Möglichkeit, die Organisationen jener Länder zu unterstützen, wo die eigenen nationalen Organisationen ihren Aufgaben nicht genügen. Es sei auch ungerecht, deutschen Gewerkschaften daraus einen Vorwurf zu machen, daß deutsche Arbeiter die einheimischen in Frankreich verdrängen, ebenso wie es ungerecht wäre, den Trade-Unions vorzuwerfen, daß englische Streikbrecher während des letzten Streiks in Dresden gearbeitet haben.

Millerhip (England) bedauert, daß sich ein Einberufen über die Beitragsleistung nicht erzielen lasse. Warum bestimme man auf den Beiträgen von 20 Schilling, da die Klasse über Geld verfüge. Der Kongress möge keinen Beschluß fassen, der das Einberufen der Trade-Unions mit dem internationalen Bund fördern könnte.

Brandes (Deutschland) erklärt, daß die Deutschen nicht die Absicht haben, ihre Majorität zu mißbrauchen, doch dürfe auch eine Minorität dem Bund nicht ihren Willen aufzwingen. Die Summe von 20 Schilling pro 1000 Mitglieder sei auf früheren Kongressen von den Engländern selbst vorge schlagen worden. Wegen die revolutionären Syndikalisten polemisierend, sagt der Redner, es sei eine Phrase, zu behaupten, ein kleiner Kern von tüchtigen Männern sei wertvoller als die große Masse. Wie will z. B. ein Streik gelingen, wenn die große Masse der Organisierten nicht mithilft?

Latapie (Frankreich) wehrt sich gegen die Angriffe der deutschen Delegierten gegen die französischen Syndikalisten und verächtigt, daß nicht 2 Proz. sondern mehr als 15 Proz. organisiert sind. Mit den Eisenbahnerorganisationen und den lokalistischen Organisationen angehörenden Metallarbeitern sind ungefähr 44 000 Arbeiter organisiert. Was siegreiche Streiks betrifft, rangieren die Franzosen an zweiter Stelle. Die Deutschen vermögen es trotz ihrer Stärke nicht zu verhindern, daß Laufende alljährlich auswandern. Er erklärt sich indes ungeachtet der geübten Kritik für die Aufrechterhaltung der alten Beiträge.

Domes (Oesterreich) hält den Engländern entgegen, daß sie am meisten daran interessiert sind, daß sich die Organisationen der anderen Länder entwickeln. Wenn die Engländer mit gebundener Marschroute gekommen seien, hätte der Kongress keinen Wert.

Kehliche (Deutschland) bespricht die Ausgaben des Bundes. Die Mitarbeiter müssen entschädigt werden und es sei für das Bureau unbedingt erforderlich, das Material über die Anwendung der Arbeiterschutzgesetze, über Streiks, Aussperrungen und sonstige Konflikte zu beschaffen. Auch Studienreisen in den Ländern mit bedeutender Metallarbeiterindustrie sind unerlässlich. Er wünscht, daß diese Gesichtspunkte, die für die höheren Beiträge streiten,

von der englischen Delegation den Arbeitern zu Hause nahegelegt werden. Auf keinen Fall dürfe die Meinungsverschiedenheit die Einigkeit der internationalen Organisation trüben.

In der Nachmittags-Sitzung erfolgte die bereits mitgeteilte Erklärung der englischen Delegation über die Abstimmung. Bezüglich der Abhaltung der internationalen Kongresse wird entschieden, beim alten Rotus — alle drei Jahre einen Kongress abzuhalten — zu verbleiben.

Zum Punkt 4 der Tagesordnung über das

Gegenseitigkeitsverhältnis der Organisationen

bringt Beer (Oesterreich) im Namen der Oesterreicher und im Einbernehmen mit den deutschen Delegierten folgende Resolution ein:

Der Kongress erklärt die Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen allen dem Bunde angeschlossenen Organisationen für dringend notwendig.

Dieses Gegenseitigkeitsverhältnis hat sich zu erstrecken auf 1. die Erhaltung der Mitgliedschaft im Auslande; 2. Erhaltung der Rechte auf Unterstufungen im Auslande; 3. gegenseitige Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen, die die Mittel der Landesorganisationen in außerordentlichem Maße erfordern.

Der internationale Sekretär wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage den dem Bunde angeschlossenen Organisationen zu unterbreiten, über die die Abstimmung durch die Vorstände der dem Bunde angehörenden Verbände zu erfolgen hat.

Beer begründet diese Resolution in längerer Rede, in der er auf die Notwendigkeit eines Schutz- und Trutzbündnisses angesichts der von den Unternehmern aller Länder gegen die Arbeiter angenommenen aggressiven Haltung hinweist. Zum Schluß fordert Beer, daß die organisierten Arbeiter der anderen Nationen, wenn sie nach England arbeiten kommen, in die englischen Gewerkschaften aufgenommen werden. — Die Resolution wird einstimmig und unter allgemeinem Beifall angenommen. Damit ist der dritte Verhandlungstag geschlossen. Der Abend vereinigte die Kongreßteilnehmer zu einer animierten geselligen Unterhaltung.

Brüssel, 15. August. (Fig. Ver.)

Vierter Verhandlungstag.

Der letzte Verhandlungstag galt der kurzen Durchberatung und Abstimmung der noch restlichen Anträge über die Aufgaben des Bundes, wobei der Antrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der die statistischen Aufgaben, die Erhebungen über die Arbeitszeiten und Löhne in der Metallindustrie, die Berichterstattung an den Sekretär und anderes festlegt, angenommen wurde, gleichwie die ebenfalls vom Deutschen Metallarbeiterverbande unterbreiteten Anträge über die Studienreisen und die Methode ihrer Durchführung.

Domes (Oesterreich) beantragte, dem Sekretär des Bundes, Genossen Schlicke, ein Ehrenhonorar von 2000 M. für seine mühevollen Arbeiten zu bewilligen, was unter Beifall angenommen wird.

Die Wahl des Sekretärs Schlicke erfolgt auf Antrag Beers, nachdem die englische Delegation dem Vorge schlagenen noch ihr besonderes Vertrauen bekundet, ohne Debatte.

Vor der Kongress zur Abstimmung über die Bundesbeiträge schritt, gab die englische Delegation die Erklärung ab, daß sie bereit sei, einem Kompromißantrag ihre Zustimmung zu geben, wenn er ihnen die Möglichkeit böte, bei ihren Mandatgebern für ihn eintreten zu können.

Gaal, Dresden beantragt darauf, den Kongress zu vertagen, damit sich die verschiedenen Delegationen wegen eines entsprechenden Antrages besprechen können. Bei Wiederaufnahme der Sitzung ergriff Genosse Beer das Wort. Es seien alle, sagte er, von dem lebhaften Wunsch durchdrungen, die bis herigen guten Beziehungen zu den englischen Arbeitern unverändert aufrecht zu erhalten. Man nehme daher das unrichtige Entgegenkommen der englischen Delegation mit Freude zur Kenntnis, und er proponiere, von dem gebotenen Kompromißvorschlag Gebrauch machend, im Einbernehmen mit den übrigen Delegierten, die Beiträge an den internationalen Metallarbeiterbund auf 15 Schilling pro 1000 Mitglieder zu bestimmen. Der nächste internationale Kongress solle sich neuerdings mit der Beitragsleistung befassen und seine Entscheidung fällen.

Zur Proposition Beers sprach für die englische Delegation Hodge, der die Zustimmung wünschte, daß der nächste Kongress keine Erhöhung der 15 Schilling vornehmen werde.

Gaal, Dresden bemerkte dazu, daß ein Verprechen für einen künftigen Kongreßbeschluss nicht möglich sei. Es handle sich einzig um die Annahme des heutigen Kompromißantrages. Worauf Hodge erklärte, es wäre nur ein Wunsch gewesen, die englische Delegation werde für den Antrag Beer stimmen. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme, die mit freudigem Beifall, Glückwünschen und Gratulationen aufgenommen wird. Auf aller Mienen und im gegenseitigen Handschütteln drückt sich die Freude der Delegierten über die vollbrachte Einigkeit aus, die auch später von Davis im Namen der Engländer als ein alle erfreuendes Resultat der zum Teil durch die Differenzen besäuwerten Verhandlungen bezeichnet wurde. Auch alle folgenden Redner betonten in ihren Danksprachen daß tiefer Befriedigung das neubesiegelte herzliche Einbernehmen der organisierten Arbeiter Englands mit denen des Kontinents.

Davis schlug als nächsten Kongreßort in launigen und herzlichen Worten Birmingham vor, welchem Vorschlage der Kongress zustimmte. Es erfolgten dann noch die Danksprachen an die Präsidenten und die Uebersetzer, darunter eine überaus warme Ansprache der englischen Delegation, die nach den Meinungskämpfen doppelt erfreute, und eine Danksprache Schlickes an die belgischen Genossen. Zum Schluß fahnten die Engländer die übrigen Genossen bei den Händen und sangen das schottische Lied: „Auld Lang Syne“ in der symbolischen geschlossenen Kette der internationalen Arbeitervertreter, die auch diesmal in einer kritischen Situation von Meinungsverschiedenheiten sich bewußt wurden, daß sie zusammengehören in eine Phalanx gegen den geschlossenen Feind.

Davis schlug als nächsten Kongreßort in launigen und herzlichen Worten Birmingham vor, welchem Vorschlage der Kongress zustimmte. Es erfolgten dann noch die Danksprachen an die Präsidenten und die Uebersetzer, darunter eine überaus warme Ansprache der englischen Delegation, die nach den Meinungskämpfen doppelt erfreute, und eine Danksprache Schlickes an die belgischen Genossen. Zum Schluß fahnten die Engländer die übrigen Genossen bei den Händen und sangen das schottische Lied: „Auld Lang Syne“ in der symbolischen geschlossenen Kette der internationalen Arbeitervertreter, die auch diesmal in einer kritischen Situation von Meinungsverschiedenheiten sich bewußt wurden, daß sie zusammengehören in eine Phalanx gegen den geschlossenen Feind.

Internationale Gewerkschaftskongresse.

Stuttgart, 16. August.

Nicht weniger als neun internationale Berufskongresse finden in dieser und nächster Woche im Anschluß an den internationalen Sozialistenkongress statt. Den Anfang machen die Tabakarbeiter, die bereits am Sonntag, den 11. d. Mis., im Stuttgarter Gewerkschaftshause zusammentraten. Am Montag versammelten sich für eine vierstägige internationale Konferenz die Metallarbeiter in Brüssel. Die Internationale der Holzarbeiter hält ihren Kongress vom heutigen Tage an in Stuttgart, und ebenfalls hier folgen ihr im Laufe der nächsten Tage die Maurer, die Schuhmacher, die Gemeindearbeiter, die Friseur, die Bäcker und die Handlungsgesellen.

Die Tabakarbeiter

haben mit am längsten von allen Gewerkschaften internationale Beziehungen gepflegt. Bereits im Jahre 1871 traten die Tabakarbeitergewerkschaften der verschiedenen Länder zu einem Kongress zusammen; seit 1900 verfügen die Tabakarbeiter über eine internationale Organisation, an deren Spitze der Sekretär Jupter

Belgien steht. Vertreten sind auf dem diesjährigen Kongress Deutschland durch 12 Delegierte, Belgien und Holland durch 2, Dänemark, Schweden, Oesterreich, die Schweiz und England durch je einen. Die deutschen Delegierten vertreten 38 000 Mitglieder, die ausländischen Delegierten annähernd 19 000 Mitglieder. Das Stimmverhältnis wird nach Uebereinkunft so geordnet, daß Deutschland 17, die übrigen Staaten zusammen 18 Stimmen erhalten. Zu Vorsitzenden werden Deichmann-Deutschland (Bremen) und Rölller-Dänemark gewählt. Der erste Tag wird mit der Verichterstattung des internationalen Sekretärs ausgefüllt, der auf den Zutritt Oesterreichs und der Schweiz zum internationalen Tabakarbeiterverband hinweisen kann. Von deutscher und holländischer Seite wird keine agitatorische Tätigkeit noch als unzureichend bemängelt. Oesterreich erklärt seinen Beitritt zur internationalen Union, bittet aber, ihre Statuten so auszugestalten, daß auch die Regearbeiter Interesse und Vorteile bei ihr hätten. Am zweiten Verhandlungstage erstatten die Delegierten der verschiedenen Länder Bericht über ihre nationale Tabakarbeiterbewegung. Deichmann-Bremen teilt mit, daß trotz zahlloser Lohnkämpfe, durch die der Verband den deutschen Tabakarbeitern ein Lohnmehr von 4 Millionen erkämpft habe, ihre materielle Lage die denkbar traurigste sei. Als Ursache nimmt er die Verlegung der Fabriken auf das Flachland, die Heimarbeit und die ständig wachsende Belastung des Tabaks durch Zölle und Steuern an. Die Zahl der deutschen organisationsfähigen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen beträgt 130 000; davon sind im deutschen Tabakarbeiterverband organisiert 95 752, etwa 3000 in dem ebenfalls der Generalkommission angeschlossenen Sortimentenverband, 5000 im christlichen und ungefähr 1200 im Christ-Dünderischen Tabakarbeiterverband. — Plattermann-Oesterreich berichtet, daß von den 20 Regiebetrieben der erst 1904 gegründete Verband bereits auf 20 festen Fuß gefaßt habe. Große Schwierigkeiten bereiten ihm die Sprachverschiedenheit und der Umstand, daß von 38 000 Tabakarbeitern 24 000 Frauen sind. Gleichwohl habe der Verband Lohnverbesserungen erzielt und sei auf dem besten Wege zum Achtstundentag. — Vrens-Holland macht Angabe über die allmähliche Ueberwindung der anarchischen Gewerkschaften durch die seine. — Cooper-England beklagt, daß die Zigarette immer mehr die Zigarre verdränge und daß der amerikanische Trust den ganzen englischen Markt beherrsche. Dadurch hätten sich die Verhältnisse der Arbeiter bedeutend verschlechtert. — Sticks-Schweiz berichtet ebenfalls über große Schwierigkeiten, denen die Organisation in seinem Lande begegnet. Die Sektion Luzern zähle unter 15 Mitgliedern 8 verschiedene Sprachen. — Am dritten Tage wurden die Berichte der Landessektionen fortgesetzt.

Rölller-Dänemark berichtet, daß 95 Proz. aller dänischen Tabakarbeiter organisiert sind; den nichtorganisierten Rest bilden Heimarbeiter. Das gute Organisationsverhältnis hat bewirkt, daß die Löhne auf dem flachen Lande nicht niedriger sind wie in Kopenhagen; daher müße den Fabrikanten die Verlegung der Fabriken nichts. Die Fabrikanten hielten sich durch Vermehrung der Frauenarbeit und des Zigarettenimports schadlos. — Ueber Schweden berichtet Rundstrand: Die Zahl der Tabakarbeiter betrage etwa 4600; im Verband sind 2600; auch die Schnupftabakarbeiter gehören jetzt zum Verbande. Nach einem Siege über den Fabrikantenverein betrage der Minimallohn 8 Kronen. Die Heimarbeit sei so gut wie verschwunden. — Jugers-Belgien berichtet: Die Zahl der in der Branche beschäftigten Arbeiter beträgt etwa 10 300, davon 3000 weibliche Arbeiter; außerdem gibt es circa 2000 Zigarettenarbeiter und 300 Lehrlinge. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 2600, hat also für Belgien eine sehr respektable Höhe erreicht. — Am Nachmittag fand ein Antrag der schweizerischen Sektion zur Debatte zwecks Einführung von obligatorischen Unterweisungen bei Arbeitseinstellungen und Ausschüssen in allen Organisationen, welche der Internationalen Vereinigung beigetreten sind. Den Antrag begründete Rundstrand mit dem Hinweis auf die Internationalität der Trusts und die Ungültigkeit der freiwilligen Beihilfen. Dem Antrag wurden von mehreren Seiten Bedenken entgegengestellt. Die Holländer wollten ihn nur für Abwehrzwecke gelten lassen, die Engländer erst nach ausreichender Vertiefung der nationalen Sektionen. Angesichts der Meinungsverschiedenheit wurde die Abstimmung vorläufig ausgesetzt.

Internationales Holzarbeiterkongress.

Als zweiter der in Stuttgart tagenden internationalen Gewerkschaftskongresse trat heute vormittag die Holzarbeiter zusammen. Vertreten sind der Deutsche Holzarbeiterverband (sein Delegierter), der Zentralverein der Tapezierer, der Bildhauer- und der Verband der Schiffszimmerer Deutschlands (je 1), der Holzarbeiter Oesterreichs (3), der Schweiz und Frankreichs (je 2), Belgiens, Dänemarks, Englands, Rumäniens, Schwedens, Serbiens, Spaniens und Ungarns (je 1 Delegierter), insgesamt zwölf Länder durch 27 Delegierte. Entschuldigt fehlen von der Internationalen Holzarbeiterunion Italien, Holland und Luxemburg. Von Nichtmitgliedern des Verbandes ist nur der Verband österreichischer Bildhauer durch den Delegierten des deutschen Bruderverbandes Dupont-Berlin vertreten. Der internationale Sekretär Leipart-Stuttgart, der zweite Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, eröffnet den Kongress mit einer Begrüßungsansprache; er stellt den ersten internationalen Holzarbeiterkongress, der genau am gleichen Tage vor 16 Jahren in Brüssel stattfand, mit der heutigen ersten internationalen Konferenz auf deutschem Boden in Vergleich. Den Hauptfortschritt erblickt er in der Entwicklung von bloßen Kongressen zu einer festen internationalen Organisation, als deren Generalversammlung sich die heutige Tagung darstelle. Daraus konstituiert sich der Kongress: Zu Vorsitzenden werden Leipart-Stuttgart und Gossip-London, zu Schriftführern Richter-Wien und Arbogast-Paris gewählt.

Den Bericht des internationalen Sekretärs erstattet Leipart-Stuttgart. Er geht aus von dem letzten, dem 3. internationalen Holzarbeiterkongress in Amsterdam 1904, auf dem die Union beschloffen und das Sekretariat dem Deutschen Holzarbeiterverband übertragen wurde. Seitdem sind der Union 26 Verbände beigetreten, die zusammen über eine Viertelmillion Mitglieder zählen, von denen allein auf den Deutschen Holzarbeiterverband über 150 000 entfallen. Die Gesamtzahl der Ortsgruppen übersteigt 2000 um ein Bedeutendes, die Beiträge der Mitglieder in den einzelnen Verbänden sind sehr verschieden, sie schwanken zwischen 11 Centimes pro Vierteljahr (Spanien) und 1 sh. 4 d. pro Woche (Englischer Möbelarbeiterverband). Die Gesamteinnahmen der Verbände betragen 8 Millionen Franz, wovon 4 1/2 Millionen für Unterhaltungszwecke wieder ausgegeben wurden, darunter 2 1/2 Millionen für Streikunterstützung. Auch von dieser Summe entfällt der weitaus größte Teil, über 2 Millionen, auf den Deutschen Holzarbeiterverband. Die Zahl der Streiks und Aussperrungen betrug im Jahre 1906 in den beteiligten Verbänden zusammen 1081, und 58 417 Mitglieder waren insgesamt daran beteiligt. Von diesen kämpften wurden 647 mit vollem Erfolg, 171 mit teilweisem Erfolg beendet, während 215 verloren gingen. 12 Verbände verfügen über einen oder mehrere besoldete Beamte, deren Gesamtzahl 151 beträgt. Davon sind 50 in der Zentrale angestellt, 23 sind Bezirksbeamte und 78 Ortsbeamte. Die diesem Bericht gleichfalls beigelegte Abrechnung des Kassierers der Internationalen Union weist für die vergangenen drei Jahre eine Gesamteinnahme von 5732,91 Fr. aus, welcher eine Ausgabe von 4318,19 Fr. gegenübersteht. Es ist somit ein Kassendefizit von 1414,72 Fr. vorhanden. Die Tätigkeit des Sekretärs bestand hauptsächlich in der Herausgabe der 13 Nummern der „Internationalen Union“, des Organs für die Internationale der Holzarbeiter, die der Uebermittlung der Berichte der einzelnen Landesorganisationen an alle anderen, und in der Vermittlung von Streikunterstützung. Seine Bemühungen, die englischen Gewerkschaften der Holzarbeiter in größerem Maße für die Union zu gewinnen, sind gescheitert. Der größte englische Verband, der der Tischler- und Zimmerer, antwortete mit der Bitte, ihn doch einmal in einer englischen Sprache den Zweck der Union auseinanderzusetzen; man hatte dort also offenbar das englisch verfaßte Zirkular

und das ebenfalls englisch geschriebene gar nicht verlesen. (Geizhals). Auch die amerikanischen Holzarbeiterverbände waren nicht für den internationalen Verband zu gewinnen, obwohl der deutsche Verbandsvorsitzende Alois-Stuttgart sie anfänglich einer Reise nach Nordamerika persönlich dafür warb. Die französischen Organisationen verlangten vielfach aus der Klasse der Internationalen Unterstützungen für ihre Streiks. Nach dem Statut können diese aber nur bei besonders ausgebeuteten und langandauernden Lohnkämpfen gewährt werden. Auch bei der Achtstundentagbewegung der französischen Holzarbeiter, der mittels der „direkten Aktion“ am 1. Mai 1906 erobert werden sollte, hat das internationale Sekretariat materielle Beihilfe verweigert, weil es die Forderung, gestellt durch numerisch und finanziell so schwache Organisationen, nicht für durchführbar hielt. Die Beziehungen mit verwandten Berufen sind noch nicht recht geklärt. Die Wagenbauer wollten im September einen eigenen internationalen Kongress nach Paris einberufen. Die Zimmerer bezweifeln ihren Zutritt zu der Union, weil sie sich nicht als Holzarbeiter ansehen. Ein Aufnahmegeßel der dänischen Nordarbeiter in die Internationale wurde abgelehnt und ihnen der Rat gegeben, sich einem größeren Landesverband anzuschließen. — Leipart schließt seinen Bericht mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß er nicht mehr habe leisten können; er habe aber die Arbeit für die Internationale nur nach Erfüllung seiner Aufgaben in der deutschen Organisation als freierbendende erledigen können. Die Aufrechterhaltung des Verkehrs und die Herausgabe der „Internationalen Union“ in den drei Kongresssprachen dankt er Clara Jettin, die auch auf dem heutigen Kongresse als Uebersetzerin diente; ihr spricht er die wärmste Anerkennung der Holzarbeiterorganisationen aller Länder aus. (Lebhafter Beifall).

In der Diskussion über den Bericht des Sekretariats gab zunächst Thomsen-Paris eine Erklärung für die Geldforderungen der französischen Gewerkschaften an die Internationale. Die französischen Holzarbeiter litten seit Jahren schwer unter der Einwanderung rüchthändiger, gewerkschaftlich unorganierter, ja schlechter ausländischer Kollegen, insbesondere polnischer und russischer. Diese verlangten, wenn sie sich überhaupt an Lohnkämpfe beteiligten, sofort Streikunterstützung, während die französischen Kameraden die Kämpfe auf eigene Kosten jedes einzelnen durchzuführen bemüht seien und die notwendigen Entbehrungen gerne trügen. Daher die großen Geldforderungen der französischen Arbeiter an die Internationale. Auch hofften die französischen Holzarbeiter, durch die Drohung mit der unbegrenzten, ungewissen internationalen Hilfe die Kapitalisten leichter zur Nachgiebigkeit zu veranlassen.

Campens-Gent dankt dem Deutschen Holzarbeiterverband für die 1000 Fr. Unterstützung, die dieser dem Genter Holzarbeitern während ihres 13wöchigen Streiks geschickt habe. Eine englische Gewerkschaft habe im Gegenzug dazu geantwortet, daß das Geld der Trades-Unions konstantgemäß nur für Engländer zu verwenden sei. (Hört, hört!) Die Genter Holzarbeiter hätten durch diesen Streik eine Verlängerung der 10 1/2stündigen Arbeitszeit um 1/2 Stunde und 2 Cents Lohnerhöhung pro Stunde erreicht, und erwarteten den gleichen Fortschritt für jedes der beiden nächsten Jahre.

Gossip-London bedauert dieses Schreiben auf das tiefste und beklagt, daß es weder von ihm noch von seiner Gewerkschaft herrühre. Leider litten die englischen Arbeiter noch sehr unter nationalen Vorurteilen. Die Kapitalisten hätten ihnen eingeredet, daß nicht die herrschende Wirtschaftsordnung, sondern die Konkurrenz der ausländischen Arbeiter an ihrer elenden Lage schuld sei. Allmählich breche sich aber auch in England die Erkenntnis Bahn, daß alle Arbeiter Bundesbrüder und ihr einziger Feind der internationale Kapitalismus sei. (Beifall.) Im übrigen gößt Gossip der eifrigen und glücklichen Tätigkeit Leiparts volle Anerkennung.

Milwica-Wien berichtet zunächst die Zahl von 79 000 Fr., die im Bericht als Ausgabe des österreichischen Holzarbeiterverbandes für Streikwende angegeben ist. Diese Summe umfasse nur die Ausgaben der Zentralkasse, die jedoch gering sein müßten, weil der österreichische Verband erst in allerjüngster Zeit sich streikzentralisiert habe. Die meisten Streikflotten hätten bisher die Sozialisten getragen. Im übrigen billigt Redner den Standpunkt des Sekretärs in allen Punkten. Er ist gegen die Selbständigkeit der Wagenbauer, weil diese aus den Waggon- und Automobilfabriken häufig fluktuierend in die Tischlereien zurückgegangen. Er kann sich auch für die französischen Sammellisten nicht erwärmen: Die „ungenauen“ Erträge der Listen schreden die Unternehmer viel weniger als sichere, große, gutgefüllte Kassen. (Sehr wahr!) Erst wenn diese vorhanden seien, lasse sich auch die internationale Solidarität besser fristigen, was allerdings auch dringend notwendig sei.

Glocke-Berlin bittet gleichfalls die Franzosen und Belgier, bei voller Wertschätzung des Idealismus der Arbeiter sich doch für die großen Kämpfe der Zukunft auf festere Basis zu stellen als die Begeisterung und die Sammellisten.

Gossip-London schließt sich dem durchaus an; nur heischt er Verwunderung für den Idealismus der französischen Arbeiter und Entschuldigung wegen der Ueberflutung durch ausländische Nichtunionisten.

Beltner-Budapest kann gar nicht verstehen, welchen Zweck die französischen Gewerkschaften eigentlich haben: Zeitungen geben sie nicht heraus, Beamte haben sie nicht und Streikunterstützung zahlen sie auch nicht. Solange die Ungarn Sammellisten gebot hätten, hätten sie die Streiks verloren; jetzt, da sie sich unter den unerhörtesten Verfolgungen der Behörden geheim zentralisiert hätten, hätten sie glänzende Fortschritte gemacht. (Bravo!)

Thomsen-Paris entgegnet, daß auch die französischen Gewerkschaften häufig die Zahl der Mitglieder und die Höhe der Beiträge gesteigert hätten, und sich mehr und mehr dem englischen System des Trade-Unionismus angepaßt hätten. Aber es müßte eben dabei bleiben, daß die französischen Arbeiter sich syndikalistisch und nicht föderalistisch organisierten. Jedenfalls würde er es sehr bedauern, wenn der Kongress auseinandergehen würde, ohne feste Regeln für die internationale Unterstützung aufzustellen.

Nachdem noch Arbogast-Paris in ähnlichem Sinne gesprochen, wird der Bericht des internationalen Sekretärs samt dem Kassendbericht genehmigt und die Weiterverhandlung auf morgen vertagt.

Für die streikenden und ausgesperrten Tabakarbeiter

gingen ferner bei der Berliner Gewerkschaftskommission ein:

Liste 138, 139, 140, 141, 142 Tischler bei Heller u. Matthen 36,53. Liste 2318 Koll. b. Kimmel u. Friedrichsen, Tischlerei 9,90. Verband der Lederarbeiter Berlin II, Logger u. Richter 50.— Liste 2196 Personal der Holzerei Wille u. Co. 29,75. Don d. Arb. bei Busch u. Müller, technische Darzumsfabrik 8.— Liste 167 Koll. d. Buchbinderei d. Selmar Bayer 12,15. Gewerkschaftsleiter Romanow, 1. Rate, aus Wien und zwar: Ortsverein d. Buchdrucker Neu-Babelsberg 21,60. Kupfergeschäft 15.—, Schmiebe 10.—, Raler 10.—, Transportarbeiter 5.—, in Summa 61,60. Von den Arbeitern der Schmiebe von Müller u. Schilling 10.—, Möbelwerkerei von Rodenhauer, Adlerstr. 50 10.—, Altmeyer d. Uebendörfer u. Hagenborn 2.—, Durch A. G. Ursprung, in Kasse für die Berliner Wäschereinarbeiterin gesammelt 3,50. Deutsche Waffensabrik, Abt. Bersdorf, aufgelöste Großkassette 7,55. Liste 2485 Metzlar d. Firma Remlin 11,25. Liste 174 Personal der Lugschpapierfabrik Kreslonsky u. Co. 18,15. Liste 164 von den Pressern b. Selmar Bayer 9,20. Liste 157 Buchbinderei bei Wille u. Co. 13,20. Listen 145 und 147 Koll. d. Otto Müller, Brennerfabrik 34,20. Liste 143 durch R. Kehler 14,80. Liste 144 durch Walter 5,00. Liste 146 Koll. b. Lade, Möbelabrik, Richter 11,75. Liste 2481 Volterre u. Bergolder bei Ralsig 15,05. Von den Tischlern b. Dehl, Andreasstr. 32 20.—, Liste 154 a. d. Kontobucharbeitern u. Arbeiterinnen a. d. Neuen Jakobstr. 18 10.—, Listen 1760, 1761, 1762 Verb. d. Kürschner, Jodler, Berlin 41,35. Liste 2484 Metallarbeiter b. Schlädt u. Robert 11,75. Personal der Buchdruckeri d. E. Hermann, 8. Rate 116,55. Liste 1747 Metzlar d. Hoff, Ballast 23 22.—, Liste 169 Buchbinderei d. Katsch 4,80. Kollegen der Tischlerei v. Marquardt 10.—, Von den Beschäftigten b. Rahal, Stralau 11.—, Liste 1011 gel. durch Polmann 8,70. Verband der Gemeinde- und Staatsrät. 1. Rate aus Wien: Liste 546 Gasanstalt Wälderstraße 6,60. Liste 548 Gasanstalt Wälderstraße 3,55. Liste 561 Gasanstalt Wälderstraße 7,25. Liste 488 Gasanstalt Dampferstraße 6,50. Liste 533 Gasanstalt Dampferstraße 6,70. Liste 562 Gasanstalt Dampferstraße 6,40. Liste 563 Gasanstalt Tege 4,10. Liste 564 Gasanstalt Tege 11,55. Liste 565

Gasanstalt Tege 6,80. Liste 571 Gasanstalt Tege 15,35. Liste 459 Zentralmagazin 5,65. Liste 462 Röhrenstempel 4,40. Liste 556 Kanalkation — 75. Liste 610 Kanalkation 1,40. Liste 493 Bauverwaltung 3,20. Liste 714 Kieselbader 4,35. Liste 716 Kieselbader 1,55. Liste 475 Wasserwerk Berlin 9,85. Liste 494 Wasserwerk Berlin 7,55. Liste 506 Wasserwerk Berlin 5,95. Liste 522 Wasserwerk Berlin 3,35. Liste 526 Wasserwerk Berlin 8,75. Liste 684 Wasserwerk Berlin 9,80. Liste 573 Wasserwerk Tege 5,60. Liste 574 Wasserwerk Tege 11,75. Liste 667 Enpl. Gasanstalt, Gitschmerstraße 2,55. Liste 497 Straßenreinigung 3,80. Liste 498 Straßenreinigung 2,65. Liste 538 Straßenreinigung 3,25. Liste 588 Straßenreinigung 4,85. Liste 600 Straßenreinigung 5,00. Liste 479 Schlacht- und Viehhof 6,53. Liste 483 Schlacht- und Viehhof 6,00. Liste 525 Revier-Inspektion 7,35. Liste 579 Revier-Inspektion 7,60. Liste 585 Revier-Inspektion 2,60. Liste 592 Revier-Inspektion 10,35. Liste 601 Revier-Inspektion 2,55. Liste 503 Eisenbahn-Salzfadenstraße 1,85. Liste 702 Krankenhaus Urban 14,60. Liste 713 Heilstätte Lichtenberg 6.—, Liste 544 Steinpläge 8,20. Liste 588 Charlottenburg 3,15. Liste 589 Charlottenburg 0,50. Liste 468 Nichtenberg 1,35. Liste 471 Nichtenberg 1,80. Liste 604 Schönberg 5,70. Liste 606 Schönberg 1,20. (Zusammen 293,00.) Liste 2308 der Formner der Mieswerke 15,85. Kollegen der Schneidwerkstatt Benedikt 20.—, Gel. bei Waden, Hornborfstr. 8 2.—, Von den Genossen des 345 Wahlbezirks, Ueberzug der Motorbootsfahr 7,55. Verband der Lederarbeiter Sellion I Berlin (Weigard u. Häber) 100,00. Verband der Fuhrmänner, 2. Rate 100.—, Gewerkschaftsleiter Kling 50.—, Verband d. Nachmitteln u. Deiger, Rahlstraße Ober-Schönberg 20.—, Von den Formern im „Gitar“ 13,25. Listen 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, gesammelt in den Koll.-Werten 62,20. Liste 175, gel. bei Paul u. Wimmer, Lugschpapierfabrik 6,85. Summa 1920,05. Verechts quittiert 2688,78. Eingegangen insgesamt 5003,78 Fr.

Am Bericht vom Sonnabend, den 10. August, 3. Seite, heißt es: Witwe Sudel 5.— und nicht Witwe Lude.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen. Gelder, welche mittels Post eingekandt werden, sind zu richten an:

A. Korsten, SO. 18, Engel-Hfer 15, I.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Aus Industrie und Handel.

Zwei Urteile über die Wirkung der Lebensmittelverteuerung.

In den Vrenschischen Jahrbüchern (Heft 2, August 1907) untersucht Dr. Karl Schürmann das Verhältnis zwischen Lohnerhöhung und Lebensmittelverteuerung und kommt zu dem Resultat, daß die im letzten Jahre erzielten Lohnerhöhungen im allgemeinen hinter der Lebensmittelverteuerung zurückblieben. Genosse Richard Calwer glaubt in seinem „Wirtschaftsjahr 1906“ das Gegenteil konstatieren zu können. Doch stellen wir zunächst die beiden Urteile einander gegenüber:

Calwer:
In welchem Grade das Arbeiter-einkommen gewachsen ist, das ist auch nicht annähernd zu schätzen. Soviel dürfte aber bekannt werden, daß es im Jahre 1906 überaus kräftig gewachsen ist, einmal durch die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit, sodann aber auch durch die Steigerung der Lohnsätze. . . . Die Steigerung des Kosten-anwandes für die Ernährung ist danach in keinem Jahre seit 1900 so stark gestiegen wie 1906: die Steigerung betrug 53,56 Proz. oder rund nicht ganz 5 Prozent. Es sind aber nicht nur die Ausgaben für Ernährung, sondern auch für Kleidung und Wohnung gestiegen, so daß insgesamt eine recht erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist. Daß der Konsum aber quantitativ abgenommen hat, ist nicht im geringsten anzunehmen. Er dürfte im allgemeinen vielmehr auch 1906 eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren haben. Das wird auch dadurch nicht geändert, daß der Fleischverbrauch abgenommen hat. . . . Alles in allem hat trotz einer Reihe recht ungünstiger Erscheinungen auch im Jahre 1906 der Konsum noch kräftig, wenn auch vielleicht nicht so stark wie im Jahre 1905 zugenommen. Dieses Ergebnis ist sehr wichtig für die weitere Gestaltung der wirtschaftlichen Konjunktur im Jahre 1907. Wichtig ist aber dafür insbesondere, daß die Kaufkraft der Arbeitermassen im Jahre 1906 keineswegs abgenommen, sondern gleichfalls trotz der Warenpreissteigerung eine merklige Zunahme erfahren hat. . . .

Dr. Schürmann:
Eine sehr bedauerliche Erscheinung bei der augenblicklichen Lage ist ferner, daß trotz der großen Opfer der Unternehmer die Arbeiter mancher Industriezweige eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, die zu jenen Opfern im rechten Verhältnis steht, nicht erreicht haben. Die Lebensmittelverteuerung und die stetige Steigerung der Wohnkosten haben eben den Mehrverdienst nicht nur absorbiert, sondern in einzelnen Fällen auch seinen Ausgleich ermöglicht. Wenn dieses schon von dem allgemein besser gestellten Industriearbeiter gilt, der sich durch seine erhöhten Lohnforderungen einigermassen schadlos gehalten hat, so muß die Frage aufgeworfen werden, ob sich die wirtschaftliche Lage derjenigen, welchen ein Einkommens-erhöhung unerreichtbar war, namentlich der Heimarbeiter nicht verschlechtert hat. All dieses ist ein Grund zu der Befürchtung, daß die Unzufriedenheit des Arbeitnehmers, welcher die Sachlage nur einseitig von seinem Standpunkte aus beurteilt, trotz des besseren Verdienstes und der vergrößerten Arbeitszeit noch größer geworden ist. Mehr als von dem Standpunkte des Arbeiters sollte aber die hier behandelte Bewegung vom Standpunkte des Unternehmers und unserer gesamten Industrie Anlaß zu ernstlicher Betrachtung geben.

Dabei muß noch betont werden, daß Schürmann die erzielten Lohnsteigerungen höher einschätzt als Calwer. Letzterer glaubt als besonders beweiskräftiges Moment für sein Urteil die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin zusammengestellten Lohnnachweise anführen zu können. Er schreibt: Stellt man diese Lohnlisten für die Jahre 1905 und 1906 zusammen, so ergibt sich, wieviel Arbeiter in den einzelnen Lohnstufen eingestellt sind:

Lohnsatz pro Woche	1905		1906	
	Arbeiter	von 100 Arbeitern erhielten nebenstehenden Lohn	Arbeiter	von 100 Arbeitern erhielten nebenstehenden Lohn
8-10	726	2	163	0
11-12	2768	7	1853	4
13-14	7045	17	9225	23
15-17	2560	8	1806	3
18-20	8135	10	7684	17
21 u. mehr				
Promont-lohn u. freie Station	18 234	43	20 886	45
Insgesamt	42 111	100	43 468	100

Dazu bemerkt Calwer weiter: „Für die ungelerten Arbeiter zeigt sich 1906 eine recht günstige Verschiebung. . . .“

Wir können uns dem Urteil nicht anschließen. Ermittelt man, unter Zugrundelegung der Höchsthöhe der einzelnen Gruppen, für die 7. Gruppe 25 Fr., die gesamten Lohnsummen für die Zahl der angegebenen Arbeiter, dann ergibt sich folgendes Resultat:

Arbeiterzahl	1905	1906
Arbeiterzahl	42 111	43 463
W.		
Gesamtlohn für eine Woche	794 101	829 064
Durchschnitt	18,86	18,85

Da sieht man, wie leicht Zusammenstellungen auf den ersten Blick täuschen können. Zweifellos beweist die Aufstellung Calwers, daß sich für einzelne Personen das Einkommen verbessert hat. Aber man darf nicht übersehen, daß die dritte Gruppe mit niedrigen Lohnsätzen für 1906 eine größere Zahl aufweist als das Vorjahr, und andererseits die Gruppen mit 14 und 17 Fr. Wochenhöchstlohn weniger Arbeiter zählen. Froht man sämtliche Gruppen als Einheit zusammen, dann ergibt sich im Verhältnis zur Kopfzahl kein höheres

Einkommen, aber die Ausgaben für Lebensmittel sind gewachsen; wie Colver unterstellt, um annähernd 5 Proz. Wie kann man da von einer kräftigen Zunahme des Konsums reden? Auch die anderen von Colver in seinem Buche angeführten Lohnsteigerungen rechtfertigen in keiner Weise sein Urteil.

Aus der Frauenbewegung.

Sofortige Einführung des politischen Frauenwahlrechts.

Die französischen Parlamentswahlen 1906 hatten in Frankreich bei den Reaktionen den Gedanken ausgelöst, ihre Position zu festigen und zu stärken durch Verleihung des Wahlrechtes an die Frauen. Der Gedanke, daß durch die Gewährung des Wahlrechtes an die Frauen zunächst die Reaktion Vorteile ziehen werde, ist ja nicht allgemein von der Hand zu weisen, wovon sich auch die Reserve gegenüber dem Frauenwahlrecht erklärt. Die Pariser Revue Socialiste" ersuchte eine Reihe bekannter Sozialisten, ihre Meinung über die Frage der eventuellen sofortigen Einführung des Frauenwahlrechtes zu äußern. Das Ergebnis der Enquete ist als Anhang bei von Clara Zetkin verfaßten Broschüre „Zur Frage des Frauenwahlrechtes" beigefügt. Unter den Befragten ist auch Genosse Kautsky, dessen Antwort hier auszugeweiht wiedergegeben wird:

... Seitdem die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse geworden ist, im wesentlichen alles erlangt hat, was sie braucht, ist ihre Politik nur noch Augenblickspolitik, Gegenwarts- und Opportunismus. Es ist für sie zwecklos geworden, eine ferne Zukunft vorzubereiten und danach ihre Politik in der Gegenwart einzurichten. Was sie nicht sofort erreicht, das gilt ihr für verloren. Die Politik aller bürgerlichen Parteien ist daher infolgedessen dieselbe, als jede von ihnen vor allem danach trachtet, augenblicklich die politische Macht zu gewinnen. ...

Auf diese gleiche bürgerliche Auffassung läuft aber die Anfrage hinaus, die an mich gerichtet wurde, ob wir für das Frauenwahlrecht auch dort sein dürften, wo es den Konservativen die Mehrheit verschafft. Und doch hat die Politik des Proletariats nicht bloß in den Zielen, sondern auch in den Mitteln einen ganz anderen Charakter zu tragen, als die Politik der Bourgeoisie. ...

Dadurch erhält die Politik des Klassenbewußten Proletariats einen prinzipiellen Charakter, den die Politik der Bourgeoisie schon längst verloren hat. Für die bürgerlichen Parteien sind ihre schönen Prinzipien nichts als hohle Prunkstücke geworden, ausgestellt, um das naive Publikum anzulocken; sie haben keinen inneren Wert und man wirft sie als Blunder weg, wenn sie unbrauchbar werden. Für das Proletariat dagegen ist die Rettung durch wissenschaftlich fundierte begründete Ziele, denen es unerbittlich zustrebt, eine praktische Notwendigkeit seines Kampfes. Ohne diesen „harten Dogmatismus", diese „Orthodoxie" verliert es sich in Einzelheiten, in Unwegen und Irrwegen und wird es eine Beute bürgerlicher Reformschwinder, die es plündern und ärmer am Wege zurücklassen, als es vordem gewesen war.

Der Verzicht der eigenen Prinzipien, der für die bürgerlichen Parteien ein Lebensmittel geworden ist, wird für eine proletarische

Partei ein Element der Schwäche, wenn auch kurzfristige „Politiker" damit unter Umständen einen momentanen Erfolg erzielen mögen.

Die Notwendigkeit einer prinzipiellen Politik für unsere Partei gilt auch von Fragen des Wahlrechtes. Dieses hat für das Proletariat eine ganz andere Bedeutung als für die Bourgeoisie. Für die letztere ist es ein Mittel, die unteren Volksschichten politisch auszubilden, sie sich dienstbar zu machen, um mit ihrer Hilfe die Mehrheit im Parlament und die politische Macht zu erlangen. Wie groß auch die Differenzen unter den bürgerlichen Parteien sein mögen, keine tastet die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft an. Jede ändert bloß in einigen Details, jede kann sicher sein, wenn sie heute die Mehrheit im Parlament verliert und daher die Regierung abgibt, daß damit die Grundlagen ihrer Ausbeutung nicht bedroht sind, daß ihr die Möglichkeit offen steht, wieder zu erstarren und nochmals das Staatsruder in die Hand zu bekommen. In England ist die Aufeinanderfolge konservativer und liberaler Ministerien förmlich eine politische Notwendigkeit geworden. Das eine bereitet den Weg für das andere vor. Sie beugen sich daher ohne weiteres vor der Majorität der Wähler und der Gewählten.

Anderes dagegen liegen die Verhältnisse für die Sozialdemokratie. Das Proletariat kann nicht zur Herrschaft kommen, ohne aller Klassenherrschaft ein Ende zu machen. Die Sozialdemokratie kann nicht die politische Macht erlangen, ohne Zustände zu schaffen, die der Bourgeoisie — natürlich der Klasse, nicht den Individuen — für immer ein Ende machen, jede Wiederkehr der bürgerlichen Parteien ausschließen. Das Schauspiel des Auf und Nieder dieser Parteien nimmt also ein gründliches Ende, sobald die Sozialdemokratie zur Macht gelangt, und damit hört auch der Parlamentarismus im bürgerlichen Sinne auf. ...

Der Parlamentarismus und das allgemeine Stimmrecht kommen für das Proletariat zunächst nicht in Betracht als das Mittel, die politische Macht zu erobern, sondern vor allem als Mittel, Arbeiterklasse, Staat und Gesellschaft für diese Eroberung vorzubereiten und tauglich zu machen. Es gilt, das Proletariat von der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien loszulösen, es zu einer selbständigen Massenpartei zu organisieren, es mit Klarheit über das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Entwicklung und seine daraus folgenden historischen Aufgaben zu erfüllen, ihm Mut und Selbstvertrauen zu geben, alle Konzessionen der bürgerlichen Gesellschaft im Interesse des Proletariats zu entziehen, die ihr zu entziehen sind, und zugleich der Masse der Bevölkerung die Überzeugung beizubringen, daß der kämpfende und aufgellärte Teil des Proletariats allen Aufgaben gewachsen ist, die ihm in der Politik stehen.

Alles das kann nicht in möglichster vollkommener und umfassender Weise geschehen ohne das allgemeine Wahlrecht — und nicht minder wichtig ist das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Auch dies kommt zunächst nicht als Mittel in Betracht, die politische Macht zu erobern, sondern als Mittel für die kämpfenden Proletarier, sich zu zählen, ihre Macht und deren rasches Anwachsen zu erkennen und der gesamten Bevölkerung klar vor Augen zu bringen. Als Mittel, die Kraft und Begeisterung der proletarischen Massen durch die Wahlfrage aufzuwecken zu lassen und die Gegner unter Umständen

zu Konzessionen zu drängen, die nach deren Meinung der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen sollen, aber nur in anderer Weise dazu beitragen, Kraft und Selbstbewußtsein des Proletariats zu steigern. ...

Und darum muß unsere Partei unter allen Umständen und Situationen, wie immer sich die politischen Machtverhältnisse dadurch gestalten mögen, auf das entschiedenste für das allgemeine und gleiche Wahlrecht als ein Lebensmittel der Arbeiterklasse eintreten, es verteidigend, wo es gefährdet, für seine Gewährung kämpfend, wo es verlangt ist.

Wenn man von diesem Standpunkte aus das Frauenwahlrecht betrachtet, kann unsere Antwort nicht schwer sein, namentlich, wenn man noch die Bedeutung erwägt, die die Frau für den proletarischen Klassenkampf gewinnt. ...

Gewiß droht die Gewährung des Frauenwahlrechtes zunächst dem Pfaffenstum einige Mandate zuzuschlagen. Aber gerade das beweist die Notwendigkeit einer energiegelassen sozialistischen Propaganda unter den Frauen, die selbst wieder durch das Frauenwahlrecht am meisten erleichtert, am stärksten angefeuert wird. Es heißt nicht bloß die Wunden, die es selbst geschlagen, es entfesselt neue, tiefere Kräfte im Körper des Proletariats.

Solange das Frauenwahlrecht nicht besteht, da betrachten viele Genossen noch die sozialistische Propaganda unter den Frauen als eine Art Sport oder Luxus, den sich die Partei gefallen darf, wo sie Nebenflut an Kräften hat, nicht als eine Lebensbedingung, der man jeden Preis zu zahlen ist. Man lasse nur einmal das Frauenwahlrecht wirken, man führe nur einmal die Möglichkeit herbei, daß ein proletarischer Wahlkreis durch proletarische Frauenstimmen verloren gehen könne, und man wird sofort merken, wie die sozialistische Propaganda unter den Frauen als dringendste Notwendigkeit empfunden wird, wie jeder Parteigenosse, und möchte er über die politische Begabung der Frau wie der ärgste Philister, sich eifrig bemühen wird, unter seinen weiblichen Familiengliedern Interesse und Verständnis für den Sozialismus wachzurufen.

Mag das Frauenwahlrecht und zunächst hier und da einen Wahlkreis kosten. Schließlich bedeutet es eine unendliche Verstärkung der proletarischen Armee und der Wucht ihres Angriffes.

Die politische und ökonomische Gleichstellung von Mann und Weib ist ein tiefgewurzelter Grundgedanke des Sozialismus. Und die Praxis des Klassenkampfes heißt und nicht, diesen Grundgedanken in der Gegenwart stellenweise preiszugeben, sondern ihn unter allen Umständen aufs kräftigste verteidigen.

Die prinzipielle Politik erwacht sich auch hier schließlich als die praktischste, erfolgreichste Politik — wenn man die Dinge vom Standpunkt des revolutionären Proletariats aus betrachtet.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. August 1907.
Bei mäßigen westlichen Winden am Tage etwas wärmer; vielfach heiter, aber veränderlich, zeitweise leichte Nebelzüge.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 17. August
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Operntheater.

La Traviata.

Denkmal, Robert und Vertram.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kammerstücke: Frühling Erwachen.

Berliner. Die tanzenden Männchen.

Leistung, Rosenmontag.

Schiller O. (Schiller-Theater.)

Die Jüdin.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-

Abendhäuser Theater.) Der Weg zur Hölle.

Neues Schauspielhaus. Kaffee.

Neues. Der Dieb.

Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Welter. Die lustige Witwe.

Yachtclubhaus. Gufarenfieber.

Bernhard Rose. Der große Unbekannte.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Zentral. Das Tagebuch einer Verlorenen.

Kleines. Vater und Sohn.

Rechnung. Haben Sie nichts zu verzeihen?

Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.

Thalia. Ihr Sechser. Uebel.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.

Apollo. Der Hochzeitsgast.

Walhalla. Spezialitäten.

Golles Caprice. Geisterauto.

Gehr. Herrfeld. Madame Wig-Wag.

Es lebe das Nachtleben.

Reichshallen. Stehener Sänger.

Urania. Tantenstraße 48/49.

Abend 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonus

Berliner Theater.

Sonnabend, 17. Aug., abends 8 Uhr:

Die tanzenden Männchen.

Sonntag und folgende Tage:

Die tanzenden Männchen.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.

Vater und Sohn.

Morgen und folgende Tage:

Vater und Sohn.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:

Die lustige Witwe.

Darüber in 3 Akten v. Franz Lehár.

DERNHARD ROSE THEATER

an. Frankfurterstr. 132.

Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:

Das glänzende

August-Programm.

Spreizung 50 Pf. Entree 30 Pf.

Im Theater abends 8 1/2 Uhr:

Der große Unbekannte.

Sommerpreise.

Sonntagvorm. 3 Uhr im Theater:

Überlud Holmes.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Morosini-Oper.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Die Jüdin.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Bei halben Preisen:

Undino.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Widwiedervorstellung Gertrud Runge:

Carmen.

Montag, abends 8 Uhr:

Waldspiel Heinrich Bötel:

Marika oder: Der Markt zu Richmond.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelm-Schauspielhaus Theater.

Abends 8 Uhr:

Der Weg zur Hölle.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:

Gufarenfieber.

8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr

Direktion: Richard Alexander.

Sonnabend, 17. August:

Haben Sie nichts zu verzeihen?

Schwarz in 3 Akten von

Maurice Hennequin und Pierre Veber.

Zentral-Theater.

Täglich 8 Uhr:

Tagebuch einer Verlorenen.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:

Der große Verwandlungskünstler

Arturo

Bernardi

! und das neue!

großartig

August-Programm.

14 Attraktionen 14.

Gebr. Herrfeld-

Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.

Anfang 8 Uhr.

Billetvorverkauf 11—2 Uhr.

Täglich: Die Novität

Madame Wig-Wag.

Operetten-Burleske von Anton u.

Donat Herrfeld. Musik v. E. Stal.

Dazu die Separat-Billette

Es lebe das Nachtleben!

mit den Autoren Anton u. Donat

Herrfeld in den Hauptrollen.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Das tolleste Spezial-

itäten-Programm mit Humpti-

Gummi, Diphlar und Pauls.

Agencier. Bob. Witz von Kauf-

bach. Indische Tänze.

Ab 10 Uhr: Stürmisches,

ununterbrochenes Lachen über

Hartstein

als Crösobroder Redmann

in seiner Burleske

„Der Hochzeitsgast“.

Fröhels Allerlei-Theater

Schönd. Allee 148, Kolln-allee 97/99.

Neuestes Volkstheater Berlin.

Morgen Sonntag:

Der neue Riesen-

August-Spielplan

mit der prolongierten Racing-

truppe und d. neuen Kunstwerke.

Um 8 Uhr: Großer Jubel über

Paulas Beichte.

Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Um 11 Uhr: Benefiz-Harst.

Ab 1. September: Karl Braun.

Wir gehen zu

Castan, 165 Friedrichstr. 165

um das Neueste zu sehen — den

Rechtsanwalt Hau

und andere Sehenswürdigkeiten.

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin?

Rach

Pichelswerder

alten Freund.

Partien bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequem Platz.

Es ladet ganz ergebenst ein

Der alte Freund.

Küche stets in altbekannter Güte.

Kolonie Schönholz.

Sonntag, den 18. und Montag, den 19. August:

Großes Ernte-Fest

nach althergebrachter Sitte unter Begleitung mehrerer Musikchöre.

Alle Lokale frei. 57069

FrISCHE FRUCHTSÄFTE

von unübertroffener Güte

Fabrikate von

Hermann Meyer & Co. Aktiengesellschaft.

I. Qualität

1/2 Ltr.-Fl. 1/2 Ltr.-Fl. 1/2 Ltr.-Fl.

Himbeersirup 1.30 0.70 0.35

Kirschsirup 1.30 0.70 0.35

Johannisbeersirup 1.00 0.70 0.35

Erdbeersirup 1.30 0.70 0.35

Zitronensirup 1.30 0.70 0.35

II. Qualität

1/2 Ltr.-Fl. 1/2 Ltr.-Fl.

Himbeersirup mit Kirschsirup 1.— 0.55

Kirschsirup 1.— 0.55

Erdbeersirup 1.— 0.55

Zitronensirup 1.— 0.55

Flaschen werden mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen.

In unseren 95 Verkaufsgeschäften im Osten Berlins zu haben.

Oestliche Wein- u. Likör-Gesellschaft m. b. H., Berlin NO.,

Woldenbergerstraße 25.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern

von Julius Freund. Musik von

Viktor Hollaender. Dirigent Max

Roth. In Szene gesetzt von

Direktor Richard Schultz.

Rauchen überall gestattet.

Braatz' Amerikanischer

Affen-Zirkus

a la Brockmann.

Am Vrenzlauer Tor.

Täglich: Gr. Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Außerdem Sonntags, Feiertags, Mit-

wochs u. Sonnabends nachm. 4 Uhr:

Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.

Kasperle-Theater,

Karussell usw.

wird zu unserem am 25. u. 26. August

stattfindenden Gewerkschaftsfest de-

klant. Abends bei Heinrich,

Reiten, Mittelstr. 34.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr:

Von der Zugspitze

zum Watzmann.

Anwaltsstr. 57—62: Sternwarte.

Täglich geöffnet von 7 1/2—11 U. abds.

ZOOLOGISCHER

GARTEN

Täglich ab nachm. 5 Uhr:

Großes

Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 Mk., von abends

6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter

10 Jahren die Hälfte.

Prot.: S.K.K.H. d. deutsche Kronpr.

u. S. H. Herz. Joh. Albr. u. Mooklbg.

Deutsche

Armee, Marine

u. Kolonial-

Ausstellung

Wannsee-Bhf. Friedenau.

Bente: Musikfest.

Schlachten-

Musik.

Erinnerung an St. Privat.

4 Kapellen und Tambourkorps.

Fanfaren-Märsche.

Zapfenstreich.

Eintritt 1 Mk., Militär u. Kinder 25 Pf.,

nach 7 1/2 Uhr 50 Pf.

Ausstellungslöse a 1 Mk.

berechtigten täglich zum Eintritt.

WINTER

GARTEN

Diez' Spezialitäten - Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
Niesen-Vacherfolg.

Landsberger Allee auf Stelzen.

The Reros, Konkurrenzlose Reuheit. Heinz Heuer, prolongiert.

Dazu das neue brillante August-Programm.

Anf. 8 Uhr. Kaffeeliche. Vollbelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Unabhängig des bevorstehenden Internationalen Kongresses in Stuttgart empfehlen wir das Studium der

Protokolle

der

Internationalen Arbeiter-Kongresse.

Paris 1889. Mit einem Vorwort von B. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der stehenden Heere; Ratgeber. R. - 25

London 1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwicklung. R. - 20

Paris 1900. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinwesen. R. - 20

Amsterdam 1904. Kolonialpolitik; Generalstreik; Sozialpolitik und Arbeiterversicherung; Trusts und Arbeitslosigkeit. R. - 40

Zu beziehen durch alle Parteipeditionen, Parteibuchhandlungen und von allen Kolporteurs, sowie durch die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden. 235/10*

FrISCHE Fruchtsäfte

von unübertroffener Güte

Fabrikate von Hermann Meyer & Co. Aktiengesellschaft.

I. Qualität			
	1/2 Ltr.-Fl.	1/4 Ltr.-Fl.	1/8 Ltr.-Fl.
Himbeersirup	1.30	0.70	0.35
Kirschsirup	1.30	0.70	0.35
Johannisbeersirup	1.30	0.70	0.35
Erdbeersirup	1.30	0.70	0.35
Zitronensirup	1.30	0.70	0.35

II. Qualität			
	1/2 Ltr.-Fl.	1/4 Ltr.-Fl.	1/8 Ltr.-Fl.
Himbeersirup mit Kirschsaff	1.-	0.55	
Kirschsirup	1.-	0.55	
Erdbeersirup	1.-	0.55	
Zitronensirup	1.-	0.55	

Flaschen werden mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen. In unseren ca. 90 Verkaufsgeschäften im Norden Berlins zu haben. Wein- und Spirituosen-Gesellschaft m. b. H., Berlin N., Usedomstraße 7.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter

Berlins und Umgegend.

Montag, 19. August, abds. 6 Uhr, im Lokal von Graumann, Raunhoferstr. 27:

Anßerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der dritten Konferenz sämtlicher Funktionäre der Berliner Organisation sowie der auswärtigen Mitgliedschaften. 2. Diskussion. 3. Bericht des Kartell-Delegierten. 4. Antrag des Vorstandes auf Ausschluß mehrerer Mitglieder. 5. Verschiedenes. 141/17

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. J. A.: Pipenhagen, SO., Forsterstr. 3 II.

Sonnabend, den 21. September, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:

25. Stiftungsfest

bestehend in Konzert * Vorstellung von Steidls Hamburger Sängern * Prolog Festrede * Lebende Bilder * Mitwirkung des Sängerkreises der Musikinstrumenten-Arbeiter. Dirigent: Herr Richard Lange.

Nach der Vorstellung: Großer Ball.

Anfang 8 1/2 Uhr. Billetts sind in sämtlichen Rahlsstellen sowie im Verkehrslokal, Mühlauerstr. 25, zu haben. D. D. Billett 30 Pf.

CIRCUS
NORTON B. SMITH

Sonnabend, 17. Aug., abds. 8 Uhr
Havermanns Raubtierschule
vom Berliner Zoologischen Garten.
Aukerdem: Auftreten erstklassiger Künstler und Künstlerinnen.
Nur noch wenige Tage!

Sanssouci, Kottbusser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonn- und Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nordd. Sängern u. Tanzkränzchen.
Stets hochakt. Programm.
Borg. Sonntag: 3. 1. Male In der Damuka.
Rezitäl.
Sonn- und Montags 5 Uhr, wochentags 8 Uhr.

Von der Dampferstation Michaelbrücke!
Heute Sonnabend, 17. Aug.: Gr. Mondscheinfahrt mit Musik nach Müggelwerder. Def. Langstranzchen. Abfahrt 9 1/2 - 10 Uhr. Fahrpreis hin u. zurück 50 Pf. - Ferner Sonntag, 18. August, nachm. 2 Uhr: Extrafahrt nach Marienlust, Reuthen und Neue Mühle. Preis 50 Pf., Kinder 25 Pf. G. Zachow.

Gänse!! Gänse!!
Mit heutigem Tage beginnen wieder wie alljährlich mit dem Verkauf sämtlicher
Gänse-Artikel
und empfehlen täglich frisch in allbekannter Güte und großer Auswahl
Oderbrucher Fettgänse, Stopfgänse, Gänseklein, Gänsefleisch usw.
Garantiert, reines frisches Gänseeschmalz a Pfund 1,20 M., ff. Gänse-Rollbrust (Spickgans) usw.
Versand nach außerhalb gegen Nachnahme.
Hermann Leibner,
Berlin O., Klosterstr. 95, Eckhaus Kaiser Wilhelmstr. 11.
(Telephon: H. 7. 3072). 204/11

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Hüden umsonst. Die Herkules-Hose 4 M. 50
Monteur-Jackett „Edison“, echtblau Röper oder Drell 2 R. 65
Monteur-Hose „Edison“, echtblau Röper oder Drell 2 R. 25
Manchester-Hosen . . . 10.50, 5 R. 75
Gesätt. Manchester-Jackett 19.-, 10.50
Waler-Mittel . . . 3.-, 2.50, 2 R. 25
Mechaniker-Mittel (braun) 3.-, 2 R. 50
Weiße Lederhosen . . . 4.50, 3 R.
Wescheleimer-Anzüge, blau, 5 R. 50
Weiße Jacketts für Heizer, Keller, Kondiktoren, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail. Chaussestr. 24a/25, Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupthandlung groß und franko. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 43072*

Hygienische Bedarfsartikel.
Gummiwaren, 10000 Anord. V. Prof. u. Aerat. empl. bil. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp. Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verl. ang.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Artistische Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeliche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

41 Metzger Strasse 41 Ecke Weissenburger Strasse.

Das seit ca. 22 Jahren bestehende Geschäft von **Rudolf Moses** geht in andere Hände über und mußten die Verkaufsräume wegen Lageraufnahme und Herabsetzung der Preise 10 Tage geschlossen bleiben.

Heute Sonnabend, 17. August, vormittags pünktlich
10 Uhr
beginnt der
Inventur-Räumungs-Verkauf
zu bisher kaum gekannt billigen Preisen.

Von diesem Tage ab gelangen die grossen Vorräte des Rudolf Moses'schen Warenlagers, der noch abzunehmenden Bestände, zum Räumungs-Verkauf

Riesige Posten:
Kleiderstoffe, Seide für Kleider u. Blusen, Leinen- und Baumwollwaren, Inletts, Bettzeuge, Handtücher, Wäsche, Trikotagen, Strumpfwaren etc. werden teils bis zur Hälfte des regulären Wertes verkauft.

Auf die Konfektions-Abteilung weisen wir noch besonders hin, da sich hier enorme Lager in
Blusen, Kostümrocken, fertige Kleider, Knaben-Anzügen, Kinder-Kleidchen etc. angesammelt haben, die zu jedem annehmbaren Preise ausverkauft werden müssen.

Wir bitten die Preise in den Schaufenstern zu beachten!

Rudolf Moses, Metzger Strasse 41.

Beiträge zum Auer-Denkmal.

Schülerklasse der Buchdruckerei von Maurer u. Dimmich 10.— Simon 0,50. G. N. 1.— Vierklasse d. Tischlerei Heimann u. Kühn, Reichenbergerstr. 15.— Kranzüberschuh 352 Wahlbezirk Teil I 4,50. Schülerklasse d. Kollegen August König, Zeltowwerstraße 2,05. Ueber- schuh von d. Landpartie von Reden u. Co. 2,10. W. G. B. 14 5.— Schülerklasse der Möbelfabrik „Modern“ 8.— A. D. W. 1.— Gefamelt bei Thiele, Hagelbergerstraße 4,50. W. G. 10.— G. J. 6.— Bezirk 751 6,80. 2. Kreis 182 Bezirk 5.— Gefamelt in der Abteilung Werkzeugbau Autofabrik Ober- schönewalde 9,90. Sparverein „Glückauf“ 4,50. Vierprozente der Gravenre von Thiel u. Co. 7,00. Bau Adler 4.— Wahlbezirk 183 8.— Wahlbezirk 190 5.— Gefameltverein „Collegia“, Mitglieder d. Zentralverbandes der Berufsmusiker Deutschlands 1,00. 4. Kreis, 283. Wahlbezirk 5.— 372. Wahlbezirk 10.— Weitere Beiträge für das Auer-Denkmal sind zu richten an den Kassierer Emil Voelke, Verbandsbureau, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Die Dynamitkatastrophe in Dömitz.

Die furchtbare Explosion bei Dömitz hat mehr Opfer gefordert, als anfangs angenommen wurde. Sie dürfte etwa fünfzehn Arbeitern das Leben gekostet, acht schwer verletzt und fünfzig leicht verletzt haben. Der Schaden, den diese Dynamit- explosion verursacht hat, ist gleichfalls enorm. Ueber die ungeheuren Wirkungen der Explosion entwirft ein dortiger Bewohner folgendes Bild:

„Im ersten Augenblick der Explosion wußte man in der Stadt nicht, was eigentlich geschehen war; einige glaubten an ein Erd- beben. Man fühlte den Boden unter den Füßen schwanken, dazu hörte man gleichzeitig das Klirren der Glascheiben, die auf die Straße fielen. Aber bald wurde es klar, daß die Dynamitfabrik von dem Unglück betroffen war. Im Nu waren die Leute auf den Straßen. Die Fabrik war in eine ungeheure Rauchwolke gehüllt. Die Situation war so furchtbar, daß die Menschen wie gelähmt auf der Straße standen und im ersten Augenblick keine Worte fanden. Aber bald wich die Depression der Gemüter, und auf allen Gesichtern las man die Frage nach dem Schicksal der Arbeiter. Die Aufregung in der Stadt wuchs von Minute zu Minute. Die Rettungsarbeiten wurden unter Leitung des Bürgermeisters von Helfern und Beamten vorgenommen. Sie wurden sehr erschwert durch die Gefahr neuer Explosionen. Insbesondere war das Magazin mit 1000 Sentnern Dynamit gefährdet. Um 8 Uhr morgens kamen die ersten Verletzten in die Stadt, sie bewegten sich alleinstück. Die Aufregung wurde durch ihre Ankunft noch gesteigert. Ueber die Ursache und den Verlauf der Katastrophe be- fragte, wußten sie nichts Bestimmtes zu sagen.“

Die Schwerverletzten wurden in die Willen der Direktoren geschafft, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde. Einige Ver- wundete wurden im nahen Tannenwald gefunden, wohin sie sich in ihrer Todesangst geschleppt hatten. Um 9 Uhr wurde ein Ar- beiter aufgefunden, der beide Beine verloren hatte, sein linker Arm war verlohrt. Der Unpflüchtige starb während des Trans- portes. Von den Verletzten kann sich niemand auf Einzelheiten des furchtbaren Ereignisses besinnen. In einer hiesigen Familie hatte sich kürzlich die Frau mit Petroleum begossen, dieses selbst angezündet und war verbrannt; jetzt ist ihr Sohn zu Tode gekommen. Um 12 Uhr mittags begann sich die Aufregung zu legen, eine Anzahl Leute, die morgens ins Freie gewandert waren, kehrten in die Stadt zurück. Um 1 Uhr ging ein schweres Un- wetter mit Wolkenbruch und Hagelschlag nieder, wodurch die noch immer wütenden Flammen erstickt wurden. Jetzt ist die Gefahr endgültig beseitigt. Die Fabrik bietet einen trostlosen Anblick. Drei Wolltrockenhäuser, zwei Waschküchen, zwei Menghäuser für Nitrierung und Nachschneidung, zwei Oelhäuser, 16 Patronen- häuser sind zerstört. Alle Gebäude sind demoliert oder beschädigt. Die Stadt und der Umkreis erlitten großen Schaden. Die Fenster- scheiben sind zertrümmert, viele Dächer abgedeckt. Das Bahn- hofsgebäude gleicht einer Ruine, die Dächer sind eingestürzt. Im Lokomotivschuppen ist das Eisengerüst verbogen.

Um 10 Uhr trafen Landleute ein, um auf dem Amt ihren Schaden geltend zu machen. Die Sanitätskolonne aus Witten- berge kam zur Hilfeleistung. Fanzendorf und Kleinschmölen er- litten ungeheuren Schaden. In Conow, das 14 Kilometer entfernt ist, wurden die Kirchenfenster aus den Rahmen geschleudert. Bei Denzen geriet ein Eisenbahzug ins Wanken. Der Lustzug wurde bis nach Schwerin und Lauenburg gespürt. Die Detonationen dauerten zwei Stunden, 4 bis 5 waren sehr stark, dann folgten 6 bis 8 in Zwischenräumen von je 10 Minuten. Das Telegraphen- amt wird von Angestellten und Studenten der Chemie bedürft, die ihren Familien ihre glückliche Rettung mitteilen wollen. Generaldirektor Volbert bot 1000 M. für Abschneiden der Rohr- verbindung, was der Arbeiter Bath mit eigener Lebensgefahr aus- führte. Das Sanitätskorps aus Wittenberge brachte zwei Schwer- verletzte ins Hospital nach Ludwigslust. Die Explosion wurde 70 Kilometer weit bis Wilsnack gehört.

Berichte von Augenzeugen.

Der im Dömitzer Krankenhaus liegende Arbeiter Kuhnert, ein 42jähriger verheirateter Mann, war in der Patronenabteilung Nr. 22 mit Schneiden der Dynamitpatronen beschäftigt. Er erinnert sich nur daran, daß er plötzlich erwachte und unter dem Tisch seiner Hütte lag, die in Trümmern verfallen war. Sein Bein lag zwischen Schutz eingeklemmt. Es gelang ihm, sich trotz der heftigsten Schmerzen, die er am ganzen Körper hatte, ins Freie zu retten. Der 23jährige Arbeiter Demle, der mit ihm im Hospital liegt, hat nur die zweite Explosion gehört, die ihn aufweckte. Er lag betäubungslos am Boden. Das vor das Fenster gestellte Drahtgehäuse war gegen ihn geschlagen und hatte ihm das Gesicht völlig zerschlagen. Er lief aus Leibeskräften nach dem Wall, den er gerade erreichte, als die dritte Explosion erfolgte, die ihn nieder- warf.

Der im Patronenbühgel 32 beschäftigte Arbeiter Christian Lemke wurde durch die Explosion völlig betäubt. Sein Arbeits- kollege Friedrich Wulff zog ihn mit eigener Lebensgefahr unter den Trümmern hervor und brachte ihn wieder zu sich. Beide ver- suchten, auf allen Vieren ins Freie zu gelangen. Verschiedentlich schien es ihnen, als wolle der Tunnel, in den sie sich geflüchtet hatten, einstürzen. Doch er hielt stand, bis sie das Freie erreicht hatten.

Von einem der Arbeiter des Bodenhauses, der auch leicht ver- letzt wurde, wird die erste Explosion folgendermaßen geschildert: Es war kurz vor der Frühstückspause. Wir waren sechs Mann mit dem Einpacken der Dynamitpatronen in Schachteln und Kisten beschäftigt, als auf einmal die Erde zu beben anfing. Mit

einemmal krachte es, alles flog uns um den Kopf. Unser erster Gedanke war: durch das Fenster. Die Arme über den Kopf gehalten, um uns vor den herumschwebenden Holz- und Draht- teilen zu schützen, kamen wir aus dem Gebäude heraus. Das Blut lief uns aus Mund und Nase und wir liefen, was wir laufen konnten, dem Walle zu. Eine neue Explosion erfolgte und wir lagen schließlich alle betäubt am Boden.

Ein Telegramm von gestern meldet nach: Es bestätigt sich, daß bei der Explosion der Dynamitfabrik 12 Personen getötet sind. Die Namen derselben sind: Fritz Kramann, Fritz Pieper, Hermann Richter, Fritz Veuch, Heinrich Schrader, Wilhelm Ahrens, Heinrich Siebenrot, Kuppel, sämtlich aus Dömitz; Fritz Voemann aus Holz, Bindelmann aus Heidhof, Wiemann aus Kalitz und August Hinz aus Heiddorf. Durch die Explosionen sind zerstört worden: 8 Patronenhäuser, 3 Menghäuser, 5 Kolodiumwolle- trockenhäuser, 3 Nachschneidungen und ein Abwässerungshaus. Die nicht gefährlichen Betriebe sind nur wenig beschädigt, so daß diese in nächster Zeit wieder betriebsfähig sein werden. Die Ar- beiter kehrten heute in die Fabrik zurück, um sich an den Auf- räumungsarbeiten zu beteiligen.

Dömitz, 16. August. Wie nunmehr feststeht, beträgt die Zahl der Opfer bei der Explosionskatastrophe außer den schon ge- meldeten 12 Toten 12 Schwerverletzte und 41 leichter Verletzte.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Zankwitz veranstaltet am 18. d. M. im Lokale von Aug. Stefani, Kaiser Wilhelmstraße, der Musikverein „Crescendo“ ein sogenanntes Erntefest, zu dem man verläßt, Billigkeits auch in Arbeiterkreisen abzugeben. Wir machen darauf auf- merksam, daß in obigen Orte nur die Lokale Reiger, Calandrellistr. 27/29, und Paul Ebel's Wirt- schaft, früher Berger, beim Luther-Kirchhof, der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen; es sind daher alle Veranstaltungen in den übrigen Lokalen streng zu meiden.

Gleichzeitig wollen wir bei dieser Gelegenheit auch wieder darauf hinweisen, daß in Rudow bei Johannissthal das Lokal von Schäfer, Gasthof zum Reichsadler“ gesperrt ist. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, speziell die Arbeiterradfahrer, dies ganz besonders zu beachten, da uns in obigem Orte kein einziger Saal zu Versammlungen zur Verfügung steht.

Am Sonntag, den 18. d. M., veranstaltet der Gesangsverein „Harmonie“ in Köpenick eine Partie mit Gästen nach dem Lokal „Mäggelewerder“. Da nach den uns gemachten Mitteilungen die Mitglieder des genannten Vereins aus Arbeitern bestehen und da infolge dessen auch die betreffenden Gäste, welche an der Partie teilnehmen wollen, in ihrer Mehrheit Arbeiter sein dürften, so halten wir uns verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß das Lokal „Mäggelewerder“ der Arbeiterschaft nicht zu Versammlungen zur Verfügung steht, mithin von jedem auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter streng zu meiden ist.

In Friederichsdorf (L.-V.) hat der Wirt Panteil seine Bewilligung zurückgezogen, mithin ist das „Restaurant Panteil“ für die Arbeiterschaft gesperrt. Die Lokalkommission.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Zeltow-Deetow- Storfow-Charlottenburg.

Sonntag, den 18. August, mittags 12 Uhr: General-Versammlung im Restaurant „Jägerhaus“, Grünau, Bahnhofstr. 1.

- Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Die Provinzialkonferenz, Anträge und Wahl der Delegierten. 3. Der deutsche Parteitag in Essen. Referent: Fritz Jubeil. Anträge und Wahl der Delegierten. 4. Der preussische Parteitag, Anträge und Wahl der Delegierten. 5. Antrag des Vorstandes betreffend Delegation zu den Kreis- Generalversammlungen. 6. Sonstige Anträge und Verschiedenes.

Jeder örtliche Verein hat das Recht, drei Delegierte zu ent- senden. Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein. Gäste haben Zutritt. Der Zentralvorstand.

Kronsdorf. Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht dringend Der Vorstand.

Waldmannslust und Umgegend. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet heute im „Schweizerhäuschen“, Waldmannslust, Dianastraße, statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Ver- schiedenes.

Bernau. Am Sonntag, den 18. August d. J., veranstaltet der sozialdemokratische Wahlverein für Bernau und Umgegend einen Familienausflug nach der Vernauer Stadtfest „Schiefstand“. Ab- marsch 1 Uhr nachmittags vom Restaurant Salzmann, Waddorf- straße. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Mit dem Bau der Hafenanlagen am Stralauer Anger soll nunmehr trotz der noch bestehenden Schwierigkeiten bezüglich der Herstellung der Anschließungsleise nach einem heute gefassten Beschlusse des Magistrats begonnen werden. Die Ausführung der Quai- mauern ist der Firma Kohl u. Schellmann, Berlin, für 690 000 M. übertragen. Die Lieferung der Werkzeuge hat die Firma Rohde in Striegau für 97 000 M. erhalten. Außerdem hat die Zement- fabrik Guthmann u. Jeserich, Rüdersdorf, den Zuschlag für die Zementlieferung bekommen.

Thalia-Theater. „Ihr Sech's-Uhr-Onkel“ nennt sich ein dreiaktiger Schwank, der, aus dem Französischen stammend und von Jean Ren, dem Hausdichter des Thalia-Theaters moder- nisiert, am Donnerstag über die Bretter des Lustempels in der Dresdenertroße ging. Das Leitmotiv des Stückes bilden möglichst viele Verwicklungen und Verwicklungen im tollsten Durchein- ander; je toller, je unmöglicher, desto besser. Der Präsident einer Berufungskammer in Tregenhafen macht gern ein Schäferstündchen und wählt sich hierzu die Zeit um 6 Uhr abends. Seine Alte ist ihrem liebevollsten Gatten sehr auf den Haken und es gelingt ihr auch, ihn im Hause einer Sängerin zu erwischen. Unser braver Präsident weiß sich zu helfen. Um sich aus den fatalen Situationen — denn es sind mehrere, in die er gerät — herauszuwickeln, simuliert er plötzlich ein zweites Verwitstsein. Die ergötzlichsten Situationen entstehen, wozu noch mindestens ein halbes Duzend Mißverständnisse kommen, oft so derbe, daß es am Schluß Mühe kostete, alles aufzuklären und zum guten Abschluß zu bringen. Eine besondere Rolle muß ein verwehelter Spagierstod spielen mit der sinnigen Grabierung: „Gustav, nimm den Finger aus dem grünen Kohl“; sogar singende Medeaanfälle — mit der Amts- robe angetan — wandern über die Bühne. Herr Schönsfeld hat eine Anzahl hübscher Gefangene zu geschrieben, von denen ein von Arl. Wahlen und Arnold Rief vorgetragenem Duett: „Frei und der Freie“ härmlich applaudiert wurde und das bald auf den Beierläuten seine Aufsehung feiern dürfte. Zu dem Ganzen

hat Paul Linde eine einschmeichelnde Musik geliefert, die viel Anklänge an frühere Kompositionen aufweist. Die Künstler taten ihr Bestes zum Gelingen des Saisonanfanges. Das Premieren- publikum flackte — manchmal wie toll — der neuen Leistung der Direktion Beifall und Theaterfreunde ließen zahlreiche Kränze und Blumenbündel auf die Bühne reichen.

Der Wiederaufbau des Viktoriaspeichers in der Köpenicker- straße hatte sich so auffallend verzögert, daß das Gerücht entstand, die Allgemeine Berliner Omnibusbeförderung sei mit den Ver- sicherungsgesellschaften in Konflikt geraten, so daß alle Arbeiten ruhen müßten. Die Omnibusbeförderung macht jetzt folgendes bekannt: Die an dem Brandschaden im Viktoriaspeicher beteiligten Privat-Versicherungsgesellschaften haben keinerlei Einfluß betref- fend den Wiederaufbau des Gebäudes, da nur deren Inhalt bei ihnen versichert ist. Die Regulierungsverhandlungen nehmen einen durchaus normalen Verlauf, und es kann von einer Verschleppung keine Rede sein. Die Inventarisierung der vom Brande betroffenen Gegenstände erfordert bei einem so umfangreichen Schaden und bei der Verschiedenartigkeit der in Betracht kommenden Objekte selbstverständlich eine längere Zeit. Zu der Annahme, daß es wegen der Höhe des Schadenersatzes zwischen der Allgemeinen Berliner Omnibusbeförderung und den beteiligten Privat- versicherungsgesellschaften zu einem Prozesse kommen würde, liegt kein Grund vor.

Eine Verkehrsnotiz. Donnerstagsabend gegen 7 Uhr entgleiste in der Vertrautenstraße an der Petriskirche ein Straßenbahnwagen der Linie 74 auf der Fahrt nach Schöneberg. Der gesamte Ver- kehr vom Köllnischen Fischmarkt nach dem Spittelmarkt, Koch- platz, Dönhofsplatz usw. mußte schließlich durch die Weitestraße über den Schloßplatz abgelenkt werden. Es bedurfte langer Arbeit, um den entgleitenen Wagen wieder flott und die jetzt in Reparatur befindliche Strecke freizumachen.

Ueber einen Baumfall auf dem Alfordbau Rommelsstr. 53, wo durch Außerachtlassung der nötigen Schutzvorrichtungen gearbeitet wurde, wird uns folgendes gemeldet: Als am Montag 11 Uhr die Alfordmauer in der vierten Etage an die Arbeit gingen, stürzte von den aufgeführten Steinhaufen ein Teil herab und traf den Volker Kemmann, welcher schwere Kopf- und Armmunden erlitt. Der Volker wurde wiederholt auf die lebensgefährlichen Zustände von einigen dort beschäftigten Arbeitern aufmerksam gemacht, entzündigte sich aber damit, daß der Unternehmer keine Bretter liefern, um Schutz- dächer zu bauen. Acht Tage vorher wurden dem Jahrsführer beim Transportieren des Materials sämtliche Finger von der einen Hand abgerissen, mehrere Tage davor stürzte nebenan der Wasserträger zwei Etagen herab und brach mehrere Rippen. Diese Vorfälle werden von dem Baumeister Schorf als Bauberkung aufgeführt. Ein Schuttmann war wiederholt auf der Baustelle, die Mißstände wurden dadurch aber nicht beseitigt. Nach dem Unfall wurden einige Mängel beseitigt. Verschiedene Aufgänge sind heute noch ohne Schutzdächer. Diese Unfälle zeigen wieder einmal, daß wenn Arbeiter nicht auf die Ein- führung der nötigen Schutzvorrichtungen drängen, ihr Leben und Gesundheit gefährdet ist.

In die Baugrube der Untergrundbahn geschleudert wurde am Leipziger Platz der Zimmermann Heinrich Reudamm, Alt-Roabit wohnhaft. Er wollte Donnerstagsnachmittag gegen 8 Uhr, mehrere Bretter auf der Schulter tragend, den Bahndamm überqueren, stieß dabei mit den Brettern gegen die Perone eines Straßen- bahnwagens der Linie 91 und wurde zu Boden geschleudert. Er fiel in die Baugrube der Untergrundbahn und blieb dort mit einer schweren Verletzung am Kopfe und einer schweren Gehirn- erschütterung betäubungslos liegen. Der Verunglückte wurde zu- nächst nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht und von dort mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus Roabit übergeführt.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich gestern abend in der Karl- straße. Dort geriet der Radfahrer Erich Vorkordt mit dem Vorder- rade seines Zweirades in die Schienen, so daß er umstürzte und vor die Räder eines Straßenbahnwagens der Linie 12 fiel. Trotz- dem der Fahrer den letzteren bereits nach einigen Augenblicken zum Stehen brachte, wurde er noch mehrere Meter weit mitgeschleift. Er wurde zwischen dem Schuttrahmen eingeklemmt und blieb betäubungs- los und mit schweren inneren Quetschungen liegen. Ein hingu- gerufenen Arzt ließ ihm die erste Hilfe zu teil werden. Aldann wurde er nach dem Krankenhaus gebracht.

Vom Besuch des „Freibades Wannsee“. In den letzten Sonntagen wurden infolge des Massenbesuchs des „Freibades“ die Fahr- tartenshallen der Stationen Nikolassee und Wannsee abends so stark in Anspruch genommen, daß die Abwicklung des Verkehrs schwierig wurde und das Publikum erst nach längerem Warten bei starkem Gedränge die Fahrkarten für die Rückfahrt erlangen konnte. Es scheint danach noch immer nicht allgemein bekannt zu sein, daß die einfachen Fabelarten im Vorortverkehr in beiden Richtungen gelten, so daß man die Rückfahrkarte schon bei der Abfahrt lösen und da- durch einen Gang zum Schalter ersparen kann. Es empfiehlt sich dies schon zur Vermeidung des bei starkem Verkehr an den Abends- hallen herrschenden Gedränges. Die Vorauslösung der für die Rückfahrt bestimmten Fahrkarte auf der Abgangstation ist im Ver- kehr mit Wannsee und Nikolassee um so mehr anzuraten, als die Preise von Berlin (Wannseebahnhof und Friedrichstraße) nach Wannsee, Nikolassee und Schladensee gleich sind, eine Voraus- lösung nach einer dieser Stationen also auch für den Fall des An- tritts der Rückfahrt von einer anderen dieser Stationen keinen Nachteil mit sich bringt. Uebrigens gelten die Fahrkarten nach den drei Stationen wahlweise sowohl zur Rückfahrt nach Berlin (Wannsee- Bahnhof) wie nach Berlin (Friedrichstraße).

Einen dreisten Schwindel haben gestern 2 Männer verübt, von denen sich der eine Hans Grundlach, Artzt, nannte. Sie be- gaben sich in das Kapische Pianoetablissement an der Potsdamer Straße und verlangten dort ein Piano zu mieten, welches ihnen auch nach ihrer angeblichen Wohnung, Friedrichstr. 129 bei einer Frau Bied geliefert wurde. Hier hatten sich die Schwindler ein Zimmer gemietet. Als das Klavier von den Kunstern kaum ab- geliefert war, sagten sie, es wäre nicht dasfelbe, welches sie sich ange- sehen hätten, damit es der Wirtin nicht auffallen sollte, wenn das Klavier von anderen Leuten sofort wieder fortgeschafft würde. Dies geschah dann auch scheinlich. Wahrscheinlich ist es von den Schwindlern verfehlt worden und fehlt von ihnen, sowie von dem Instrument jede Spur. Das Piano trägt die Firma Mag Dreger und die Fabriknummer 37 666.

Im wissenschaftlichen Theater der Uronia gelangt am Sonn- tag, Dienstag und Sonnabend der Vortrag „Die Welt der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ zur Darstellung, am Montag und Donnerstag wird der Vortrag „Von der Jagdbeute zum Wagnern“ und am Freitag der Vortrag „Durch Danemark und Schweden“ wiederholt, während im Mittwochs noch einmal der Vortrag „Im Lande der Winternachtsstern“ gehalten werden wird.

Zu rekonozizieren. Die Polizeiverwaltung von Rowaves teilt mit, daß am 9. d. M. in der Reihe von Urensdorf bei Ludwigslust die Leiche eines unbekanntem Mannes gefunden worden ist. Der Unbekannte ist ca. 60 Jahre alt, klein, hat grauen Vollbart und ist mit einem dunkelblauen Stoffanzug und schwarz- und weißgestreifter Mütze bekleidet. Angehörige bezw. Rekonoz- zierenden wollen sich in Rowaves melden.

Feuerwehrbericht. Gestern früh wurde ein Mann an der Ecke der Garten- und Invalidenstraße von einem Straßenbahnwagen überfahren. Die Feuerwehr befreite den Mann und brachte ihn nach dem Logarus-Krankenhaus in der Bernauerstraße, wo man schwere Knochenverletzungen feststellte. Am Grünen Weg 61, Holz-

markstr. 62, Logenstr. 8, Tiefenstr. 12 und anderen Stellen mußten Kellerböden gelüftet werden. Holz, Kohlen, Stroh usw. brannten dort. Nachts um 11 Uhr kam in einer Wohnung in der Bernauerstraße 61 Feuer aus und um 1 Uhr nachts in der Weberstr. 22. Gardinen, Wäsche, Möbel u. a. brannten dort. Ferner wurde die Behr nach der Usedomstr. 31, Ackerstr. 131, Ebertstr. 30 u. a. Orten alarmiert.

Ueber unläuterer Vorkommnisse in einer Naturheilanstalt in der Friedrichstraße mußten dieser Tage einige Blätter zu berichten. Und zwar handelt es sich um den Direktor Bruchhoff, der beschuldigt wird, an einem jungen Mädchen, das sich ihm als Heilkräftiger anvertraute, ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben. Bruchhoff, von dem man erst meldete, daß er sich in seinem Sanatorium zu Burg im Spreewald befände, soll neueren Meldungen zufolge wegen der oben angeführten Anschuldigung im Untersuchungsgängnis sitzen. Die gegen B. eingeleitete gerichtliche Untersuchung dürfte ergeben, ob die Anschuldigungen auf Wahrheit beruhen.

Ein schwerer Unglücksfall im Straßenbahnbetriebe hat sich gestern vormittag in der Indalidenstraße zugetragen. In der Nähe der Gaussestraße hatte der Schlächtergeselle Hilbrandt den Fahrdamm überschreiten wollen. Als er die Gleise der Straßenbahn überschritt, kamen aus beiden Richtungen Motorwagen heran. Hilbrandt vermochte sich weder rückwärts noch vorwärts in Sicherheit zu bringen und er blieb infolgedessen zwischen den Schienen stehen und wollte die Straßenbahnwagen an sich vorbeifahren lassen. Er wurde jedoch von einem der Waggons gestreift und zu Boden gerissen. Von beiden Straßenbahnwagen wurde der Bedauernswerte nun überfahren. Er geriet so unglücklich unter die Wagen, daß zu seiner Befreiung die Feuerwehr alarmiert werden mußte. Erst nachdem die schweren Waggons hochgehoben waren, konnte H. herbeigezogen werden. In bewußtlosem Zustande wurde der Schwerverletzte auf einem Wagen der Feuerwehr sofort nach der Igl. Klinik in der Fiegelstraße gebracht.

Daß auch hier wieder die Feuerwehr alarmiert wurde, nimmt uns eigentlich wunder, hatte doch die Straßenbahngesellschaft erst vor kurzem einmal mitteilen lassen, daß sie selbst Wunden in den Wagen misshandeln lasse, womit die Wagen gehoben werden können. Bemerkten wollen wir noch, daß der Bericht über diesen Unglücksfall nicht vom Straßenbahnoffiziosus ist.

Nord- und Selbstmordversuch.

Ein blutiger Vorgang spielte sich gestern abend 8 Uhr in der Holzmarktstr. 71 ab. Dort wurde die 24-jährige Inhaberin des „Sport-Restaurants“, Johanna Scholz, von ihrem Geliebten, dem 22-jährigen Bierfabrikanten Schultheißbrauerei-Biesener, durch einen Revolverbeschuss verletzt. B. brachte sich dann selbst zwei Revolvergeschüsse bei. Soweit sich feststellen ließ, unterhielt der junge B. seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis mit der viel älteren Scholz. Er will auch in dem Restaurant mit Damenbedienung um mehrere hundert Mark genehmt sein. Hierüber kam es gestern abend zwischen B. und der Scholz zu einer erregten Auseinandersetzung, die damit endete, daß B. den Revolver auf seine Geliebte richtete und ihr eine Kugel in die Schulter schoß. Dann wandte er die Waffe gegen sich selbst und jagte sich zwei Kugeln in den Kopf. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt. Die Scholz scheint besser dazugelassen zu sein, denn sie konnte auf Anordnung des Arztes in ihrer Wohnung verbleiben.

Ein größerer Dachstuhlbrand kam gestern abend gegen 9 Uhr in der Friedrichselderstraße 32 zum Ausbruch. Bei Anbruch der Dachsüge aus der Köpenickerstraße standen die Dachstuhlteile des Vorder- und Hinterhauses in Flammen. Die Wehr ging sofort mit drei Schlauchleitungen vor, die über mechanische Leitern und die Treppen gelegt wurden. Trotz energischen Wasserergusses konnte doch nicht verhindert werden, daß die Dachstühle zum größten Teil zerstört wurden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Ueber die Entschuldigursache des Feuers konnte noch nichts ermittelt werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ihr Erscheinen eingestell hat seit Dienstag die „Schöneberger Bürgerzeitung“, die sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie zum Ziel gesetzt hatte. Bei diesem Beginnen ist dem schwachen Unternehmen die Kraft ausgegangen. Es soll sich schon von Anfang an ein chronischer Dales eingestellt haben, der nun schließlich vom Pöbelgeier abgelöst worden ist. Wie uns mitgeteilt wird, soll auch das Personal um die Fährnisse seines Fleisches betrogen worden sein. Der Herr Chefredakteur, ein ehemaliger Restaurateur, duldet in seinem Betriebe keinen Arbeiter, der nicht eine echt christliche Gesinnung an den Tag legt. Jedenfalls zeigt das Schicksal des Unternehmens, daß es nicht so leicht ist, die „öffentliche Meinung“ zu fabricieren.

Charlottenburg.

Nach Untersuchungen von 1500 M. ist der 20-jährige Buchhalter Georg Langer, der in dem Dangeschäft von Emil Gabbert u. Co., Neue Kantstr. 28, tätig war, fällig geworden. Am Sonnabend der vergangenen Woche hatte der junge Mann von seinem Chef den Auftrag erhalten, einem Lieferanten, der im Café Fürstenthor wartete, 1000 M. in bar und einen Wechsel über 500 M. zu übergeben. Zur näheren Ausführung gestattete man ihm ein dem Geschäft gehöriges Fahrrad zu benutzen. Der Lieferant im Café wartete vergebens. Bisher hat man noch keine Spur von dem Defraudanten gefunden. Angenommen wird, daß L. sich im Strudel der Großstadt verborgen hält.

Nichtenberg.

Die Auflösung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins brachte unser Genosse Grauer im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion am Donnerstag in der Gemeindevertretung zur Sprache. Die Gemeindevertretung hatte am 11. April 1907 eine Beschlussempfehlung betreffend das Halten von Hunden genehmigt. Diese Beschlussempfehlung hat die Genehmigung des Landrates nicht erhalten, da in dem §§ 1 und 4 steuerliche Vorschriften enthalten sind. Nach Kammergerichtsentscheidungen ist das unzulässig. Die erneute Vorlage gab unserem Redner Gelegenheit, die Frage aufzuwerfen, ob die mit der Bearbeitung solcher Vorlagen beauftragten Beamten die nötige Gesetzeskenntnis hätten, es wäre im bejahenden Falle dann doch gar nicht zu verstehen, wie die Vertretung veranlaßt werden könne, Vorlagen in das Verzeichnis ihrer Betrachtungen zu ziehen, die den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechen. Angehend an derselben Stelle sei die Verfügung ausgearbeitet, die die Auflösung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Nichtenberg anspriecht. Wollte man nicht annehmen, daß der Beamte glaube, die preussischen Volksschulen seien keine Bildungsinstitutionen, dann müßte die Auflösungsorder einer Gesetzeskenntnis ihr Entschließen verdanken, da die Auflösung erfolgt sei, weil ein Redner die preussischen Schulzustände in einer Versammlung dieses zu Bildungszwecken bestehenden Vereins erörtert hat. Und doch sei den Frauen dieses Recht gesetzlich zugestanden. Auch hier werde die höhere Instanz die Ungefährlichkeit der Verfügung anerkennen und letztere aufheben. Die Bürgerchaft sei ernstlich und mit Recht beunruhigt über solche Vorkommnisse. Der Gemeindevorsteher wies den Redner wiederholt darauf hin, eine Verfügung des Amtsvorstehers stehe nicht zur Diskussion. Das war wohl auch die Veranlassung, daß die

„liberalen“ Dorfväter „andächtig“ und — schweigend den Versuch, das bishigen Vereinsrecht gegen Uebergriffe zu schützen, den Sozialdemokraten überließen. Der Gemeindevorsteher beschränkte sich darauf, in Bezug auf die „Hundehaltungsvorlage“ zu bemerken, daß auch Beamte „Jräsentern“ unterworfen seien, eine Bemerkung, die dem Genossen Grauer Veranlassung gab, darauf hinzuweisen, daß auch nicht beamteten Bürgern das Recht, sich zu irren, zugestanden werden müsse. Die Vorlage fand Annahme. Eine Vorlage, den Verkauf von 74 Quadratmeter Land an die Terrängesellschaft Schwauffhauser Pant zu genehmigen, fand lebhaften Widerspruch. Die Genossen Spielermann und Grauer mochten prinzipielle Bedenken geltend, es wurde deshalb die Vorlage auf Antrag Grauer an die Baukommission verwiesen. — Die Wahl eines Armenvorstehers für den Bezirk 23 an Stelle des Schmiedemeisters Krämer wurde dadurch erledigt, daß Zigarettenhändler Trompa, Schornweberstr. 40, gewählt wurde. — Auf Antrag Grauer wurde unter Anerkennung der Dringlichkeit einstimmig beschlossen, gegen die geplante Errichtung einer „Talg-Schmelze“ auf dem Terrain an der Herzbergstraße Einspruch zu erheben und dem Gemeindevorstand zu erlauben, mit allem Nachdruck die Verpestung des Ortsteils durch eine solche Anlage hintanzuhalten.

Treptow-Baumschulweg.

Großes Unheil hat gestern abend gegen 7/7 Uhr ein durchgehendes Pferd angerichtet, das am Bahnhof Treptow stehen wurde und mit Wagen und drei Insassen, Mann, Frau und Kind, davonraiste. An der Köpenicker Landstraße schleuderte der Wagen plötzlich gegen einen Baum, wodurch Frau und Kind herausflogen. Die Frau wurde am Kopf schwer verletzt, das Kind kam mit leichten Verletzungen davon, während der Mann unverletzt blieb. Auf dem Wege hatte das wildgewordene Tier mit dem Gefährt noch einige Frauen umgerissen, die gleichfalls mehr oder weniger Verletzungen erlitten. Endlich gelang es, das Tier zum Stehen zu bringen. Die Verletzten wurden sofort in ärztliche Behandlung gebracht.

Spandau.

Seht die Wählerliste ein! Diese Mahnung ist angeht die der im November dieses Jahres stattfindenden Stadtverordnetenwahlen für jeden Wahlberechtigten am Plage. Durch die Annahme, es sei nicht nötig nachzugehen, da der vielleicht schon lange am Orte wohnhafte Wähler doch in der Liste steht, ist schon mancher ums Wahlrecht gekommen. Die Wahl vor zwei Jahren hat gerade bewiesen, daß hauptsächlich Personen, welche schon jahrelang in Spandau anlässlich, auch schon mehreremal bei Stadtverordnetenwahlen gewählt hatten, nicht zur Wahl zugelassen wurden, weil sie nicht in der Wählerliste standen. Auch diejenigen Kommunalwähler, welche in Bezirken wohnen, die diesmal nicht wählen, müssen unbedingt die Listen einsehen, da die jetzigen Listen auch für die nächsten zwei Jahre Gültigkeit haben. Außerdem bekommen wir zu den bestehenden acht Wahlbezirken jedesfalls zwei neue hinzu, da die Stadtverordneten um sechs vermehrt werden sollen. Die neue Bezirksteilung ist aber noch nicht bekannt gegeben. Auch aus diesem Grunde muß jeder Wahlberechtigte sich von der erfolgten Eintragung in die Wählerliste überführen. Schiede aus niemand die Einrichtungsmaßnahme der Wählerliste bis zum letzten Tage auf. Bekanntlich werden bei den Nachzutragenden manchmal Schwierigkeiten gemacht, die sich nicht sogleich beseitigen lassen. Wer keine Zeit hat oder aus anderen Gründen die Listen nicht selbst einsehen will, wende sich unter Angabe des Namens und der Wohnung an einen der nachstehenden Genossen. Dieselben sind gern bereit, die Listen einzusehen eventuell auch die Nachtragung zu bewirken:

Ferdinand Schuster, Restaurateur, Brödmännerstr. 11; Fritz Böhle, Restaurateur, Linden-Ufer 17; Otto Grieben, Schuhmachermeister, Reumeyerstr. 13; Wilhelm Scholz, Bäckermeister, Reumeyerstr. 11; Paul Kunte, Restaurateur, Schönwalderstr. 80; Karl Knappe, Restaurateur, Wisnarestr. 6; Emil Köppen, Buchhändler, Jagowstr. 9; Wilhelm Pieper, Zigarettenfabrikant, Meyerstr. 19; Lumma, Restaurateur, Weihenburger-, Ede Wörbberstraße; Fritz Göbe, Restaurateur, Seeburgerstraße 82; Gustav Nisow, Restaurateur, Seefeldstr. 65; Julius Schröder, Restaurateur, Bicheldorferstr. 5; Karl Schwabe, Restaurateur, Seefeldstr. 54; Otto Galteder, Restaurateur, Frobenstr. 12; Otto Greiner, Restaurateur, Frobenstr. 19; Wilhelm Brischow, Restaurateur, Falkenhagenerstr. 35; August Weiler, Restaurateur, Zidenstraße 11; Julius Feuerherd, Restaurateur, Kurstr. 21; Ernst Gornig, Lagerhalter, Mittelstr. 19; Emil Köpnick, Restaurateur, Bicheldorferstraße 30.

Die Wählerlisten liegen aus vom 15. bis 30. August in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags im Zimmer 13/14 des Rathhauses.

Gerichts-Zeitung.

Der überaus traurige Abschluß einer unglücklichen Ehe lag einem umfangreichen Strafprozeß zugrunde, in welchem das Vorderverfahren auf W o r d gelautet hatte. Aus dem Untersuchungsgängnis wurde der Zimmermann Magnus Fischer der 1. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt. Nach dem Erkenntnisbeschluß wurde der Angeklagte beschuldigt, am 16. Dezember v. J. seine Ehefrau vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben und zwar, indem er durch das ausdrückliche und ernliche Verlangen der Getöteten zu der Tötung bestimmt worden war.

Der Anklage liegt ein entsetzlicher Vorgang zugrunde, der seinerzeit als Gattenmord aufgefaßt wurde. — Am Sonntag, den 16. Dezember v. J. ging der in einem Berliner Kaufhause angestellte Hausdiener Kresch den Tegeeler Weg in Charlottenburg entlang spazieren. In der Nähe der Straßen 43 und 67 rief er plötzlich auf einen grauenhaften Hund. Auf einem mit Schnee bedeckten Steinhaufen fand er einen unbekanntem Mann in einer großen Blutlache liegend vor. Der Unbekannte blutete aus einer klaffenden Halswunde, die fast bis an die Halswirbel reichte. Als Kresch den Mann umwandelte, gab er einige fallende Laute von sich und wies mit dem Finger nach einem Baum des in der Nähe gelegenen Charlottenburger Volksgartens. Da K. nicht verstand, was der Unbekannte wollte, reichte er ihm eine Karte und einen Bleistift, mit dem der Verletzte mit vieler Mühe die Worte schrieb:

„Frau ist tot, liegt hinter Baum!“

Durch einen zufällig des Weges kommenden Radfahrer benachrichtigt K. das nächste Polizeiviertel. Als der zuständige Polizeileutnant mit mehreren Beamten an dem Tatorte erschien, machte man einen zweiten grauenhaften Hund. In der Nähe des Baumes, auf dem der schwerverletzte Mann, der bald darauf das Bewußtsein verlor, gezeigt hatte, wurde ein blutbespreizter Regenschirm gefunden. Hinter dem Baum wurde eine Frauenperson in einer großen Blutlache schwimmend aufgefunden. Der Hals war durch einen Schnitt bis auf die Wirbelsäule durchschnitten worden, die Haare waren aufgelöst und mit Blut besudelt. In der Nähe wurde ein mit Blut beschmutztes Taschenmesser aufgefunden. Die nähere Untersuchung ergab, daß die Frauenperson bereits seit längerer Zeit tot war. In dem Leichenschauhaus Westend wurde als Todesursache Verblutung infolge Durchschneidung der Halsschlagader festgestellt. Der immer noch bewußtlose Mann wurde nach dem Krankenhaus geschafft, wo man schwere Verletzungen am Halse konstatierte. Es wurde festgestellt, daß der Aufgefundene der jetzige Angeklagte Fischer war.

Nachdem F. längere Zeit in Lebensgefahr geschwebt hatte, wurde er als Polizeigefangener nach der Kgl. Charité über-

geführt, wo man ihm eine silberne Kanüle einsetzte, da auch die Luftröhre durchschnitten worden war. Die zugleich aufgefundene Frauenperson war die 23-jährige Ehefrau des Angeklagten, Marie F., geborene Deubig. Unter dem Verdacht des Mordes an dieser wurde Fischer verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Dem prakt. Arzt Dr. Reusper gegenüber hatte der Angeklagte zugegeben, seiner Frau nach vorausgegangenem Streit den Hals durchschnitten zu haben. Dem Krankenwärter Koch gegenüber hatte F. im Krankenhaus angegeben, er habe erst auf seine Frau geschossen und dann, um ihr Leiden abzukürzen, ihr den Hals durchschnitten.

In seiner gestrigen Vernehmung

vor Gericht gab der Angeklagte eine ausführliche Schilderung von seinem früheren Leben und seiner unglücklichen Ehe. Er sei am 28. September 1878 zu Altendambach in Thüringen geboren worden. Nach seiner Konfirmation habe er drei Jahre Zimmermann gelernt und sei dann, nachdem er zwei Jahre bei dem 71. Infanterieregiment in Erfurt gedient habe, nach Berlin übergesiedelt. Hier habe er auf einem Zimmerplatz in Nichtenberg Arbeit gefunden und bis zu 50 M. pro Woche verdient.

Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß der Angeklagte bald nach seiner Ankunft in Berlin im Jahre 1904 ein Verhältnis mit einer gewissen Klatt angefangen und mit dieser zusammen gewohnt habe. Nach etwa einem halben Jahre sei es zwischen beiden häufig zu Streitigkeiten gekommen und eines Tages habe der Angeklagte nach einer Eifersuchtszene die K. und deren Mutter in brutaler Weise mißhandelt. Hierfür sei er vom Schöffengericht I wegen gefährlicher Körperverletzung mit 15 M. Geldstrafe bestraft worden.

Im Weihnacht 1905 habe er, wie der Angeklagte weiter angab, auf einem Tanzboden seine spätere Ehefrau kennen gelernt, die damals 21 Jahre alt gewesen war. Nach kurzer Bekanntschaft, während der es schon zu intimen Verkehr gekommen sei, habe er am 9. Februar v. J. geheiratet. Die Ehe sei anfänglich sehr glücklich gewesen und erst im September sei es das erste Mal zu einem Streit gekommen, da sich seine Frau in einem Lokal in unpassender Weise zu jungen Leuten benommen habe. In der Wohnung habe er ihr zur „Verwarnung“ ein paar Ohrschellen gegeben. Nach diesem Vorfall sei sie zu einer im Vorderhause wohnhaften Frau D o r z gezogen. Bei dem Umzug, so habe er später erfahren, soll es zwischen seiner Ehefrau und einem Schlächtergesellen D e m a n t zu einem ehebrecherischen Verkehr gekommen sein. Eines Tages im November sei er

unermutet nach Hause gekommen

und habe seine Frau in der Küche mit einem unbekanntem Manne angetroffen. Auf dem Tische habe eine Flasche Kognak und ein großer Zeller Kuchen gestanden. Er sei über diesen neuen Treubruch in Wut geraten und habe seine Frau allerdings geschlagen und ihr die Sachen wieder abgenommen, die sie schon eingepackt hatte, um ihn zu verlassen. Sie sei dann zu einem unter dem Spitznamen „Trotmarie“ bekannten Fräulein M e n g e r gegangen und habe bei dieser gewohnt. Hier soll es zu den tollsten Orgien gekommen sein. Am Freitag vor der Tat habe die M. Wein und Liköre geholt und in deren Wohnung soll es nun zu verschiedenen Dingen gekommen sein, an denen sich auch seine Frau beteiligt habe.

Ueber die Tat selbst

machte der Angeklagte folgende Angaben: Nachdem er die Einzelheiten von den nächtlichen Vorgängen in der Mischen Wohnung erfahren habe, sei ihm das Leben zuwider gewesen. Bevor er seinem Leben ein Ende machte, habe er seine Frau noch einmal sprechen wollen. Seine feste Absicht sei es gewesen, sich

vor den Augen seiner Frau zu erschießen.

Als er den Revolver gezogen habe, sei ihm seine Frau in die Arme gefallen, habe geweint und ihn geküßt. Schließlich habe sie ihm die Waffe entziffen und weggeführt. Er habe seine Frau voller Abscheu von sich gestoßen, da er sie nicht mehr sehen wollte. Ehe sie ihn wieder erreicht hatte, habe er schnell sein Taschenmesser gezogen, sich in die linke Halsseite gestochen und rings herum geschnitten. Was weiter geschehen sei, wisse er nicht.

Er habe seine Frau nicht berührt und sie auch nicht verletzt.

Mit dieser Behauptung rief der Angeklagte eine große Ueberzeugung hervor. In dem Vorderverfahren hatte F i s c h e r bisher angegeben, er habe seine Frau auf deren ausdrückliches Verlangen hin erst getötet und dann sich selbst in den Hals gestochen, um aus dem Leben zu scheiden. Auf wiederholte Vorhaltungen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts Dr. Baumgarten blieb der Angeklagte bei seiner jetzigen Behauptung.

Staatsanwalt Dr. B a u n g a r t e n: Nachdem der Angeklagte in völliger Abweichung von seinen bisherigen Erklärungen behauptet hat, er habe sich nur selbst töten wollen, nicht aber seine Ehefrau, kann von dem Tatbestand des § 216 St.-G.-B. (Tötung auf Verlangen) keine Rede mehr sein. Gerade jetzt durch sein Leugnen hat sich der Angeklagte des M o r d e s dringend verdächtig gemacht. Ich stelle deshalb den Antrag, die Sache an das Schwurgericht zu verweisen.

Der Angeklagte erklärte weinend: „Ich wollte ihr nur Platz machen. Die Frau hat mich zum unglücklichsten Manne gemacht.“ Rechtsanwalt Dr. C o h m a n n führte aus, daß der Angeklagte der einzige Zeuge gewesen und man lediglich auf seine Aussage angewiesen sei. Es sei auch offenbar, daß der Angeklagte in dem Moment, als er sich selbst töten wollte, sich in einer Seelenverfassung befunden habe, in der er des Gebrauchs seiner Vernunft beraubt gewesen sei, sodas eine Freisprechung schon heute geboten erscheine.

Die Strafkammer erklärte sich jedoch für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht, da der Angeklagte des Mordes nach § 211 St.-G.-B. dringend verdächtig erachtet wurde.

Die Verhandlung wird nunmehr in der Ende September beginnenden Schwurgerichtsperiode stattfinden.

Vermischtes.

Eine Kohlenstaubexplosion. Nach Senftenberger Meldung erfolgte vorgestern nachmittag in der Anhaltischen Zwickelfabrik eine Kohlenstaubexplosion, durch die zwei Arbeiter getötet und zwei Arbeiter verletzt wurden. Die Fenster in der Nachbarschaft sind durch die Explosion eingedrückt worden. Der Brand konnte erst gestern morgen gelöscht werden.

Ein Goldbichschuß. Aus Budapest wird gemeldet: Auf den Goldbergwerken bei Marmaros-Biget wurde Gold im Werte von über 100 000 Kronen von unbekanntem Tätern gestohlen.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Öffnet täglich von 5 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitschriften und Beilagen jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 18. August, vormittags 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Rathhause, Eingang Adnenstraße, Saal 109: Versammlung mit freireligiöser Vorlesung. — Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Schule, Köpenickerstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille über: „Biblische Sagen“. 1. Die Schöpfung. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Kranke- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. D. 29 Hamburg, Filiale Berlin 4.) Heute abend bei Karlonsk. Andreassstr. 26: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Neudamm. Heute abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Gustav Tempel, Alt-Borsigagen 56: Mitglieder-Versammlung.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (E. D. 26, Obendach a. M. Verwaltungsstelle Berlin III.) Sonntag, den 18. August, nachmittags 5 Uhr, im kleinen Saale des Herrn Oblig, Schwedterstr. 23: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

VI. Wahlkreis.

Sonntag, 18. August, abds. 6 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen **Fendel** über: „Die Frauen und der internationale Kongress“.

Nachher: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1287.

Montag, 19. August 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

in den Eisengießereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen im großen Saale der Germania-Prachtsäle, Chausseestraße Nr. 110.

Tages-Ordnung: 1. Lichtbildervortrag des Genossen Ingenieur P. W. Grempe-Berlin: Die Karikatur im Freiheitskampf seit 1848. Programm 10 Pf. 2. Mitteilungen der Branchenkommission. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich mit ihren Damen zu erscheinen.

Montag, 19. August 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Werkzeugmacher

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15 Saal 4.

Tages-Ordnung: 1. Arbeitslohn und Mehrwert. Referent Genosse Grünwald. 2. Revisions- und Agitationskommission. 3. Branchenkommission. 120/19. Vollständiges Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Hasselwerder, Nieder-Schöneweide. Inhaber: Albert Scheruch. Jeden Dienstag

Großes Kinderfest.

Jedes Kind erhält eine Kopfbedeckung und Los gratis. Kasperl-Theater, Fackelpoelonaiss, Verlosung und Frei-Tanz. Eintritt 10 Pf. Vom Schließung Bahnhof bis Nieder-Schöneweide 10 Pf. Um geneigten Zutritt bittet 54772* Albert Scheruch.

Sommerpreise.

A. B. Koch Kohlen-Groß-Handlung Berlin O. 24, Brombergerstr. 15. Preise für nur 12 Markon ab Platz von 10 Str. an: 53762* Prima la Halbsteine (bekannte Marken) pr. Str. 92 Pf. Pfännersteine 97 Pf. la Diamant pr. Str. (110 bis 120 Stk.) 1.00 M. la Fische u. Knochen 1.00 M. la Rauhraut (Gabel) Str. 2,30 Pf. Rost, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Kullierung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. Bei Original-Taggans und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Mariendorf - Tempelhof. Radfahrer-Verein. Am Sonnabend, den 17. August: 4. Stiftungsfest im Lokale des Herrn Parschke, Mariendorf, Chausseestr. 82: Reigenfahren, ausgeführt von der Berliner Zentral-Regie, Pantomime Gasthaus zum „Blauen Rifen“. Günstigste Aufstellungen von dem berühmten Volkstümlichen Regisseur Schmelzer. Hierzu laden wir die Genossen freudlich ein. [23133] Das Komitee.



Des großen Andranges wegen
Ausnahmetage nur kurze Zeit
speziell für alle, welche bisher nicht bedient werden konnten.
Kolossale Posten sollen um total zu räumen
zu jedem annehmbaren Preis veräußert werden.
schon mehr als 2/3 des Wertes ermäßigt!!

Reichhaltige u. prächtige Auswahl v. einfachsten bis elegantesten Genre in allen Größen, selbst für allerstärkste Figuren.
Kostüme, Paletots, Seiden-, Gebirgs-, Staub- und Uebergangs-Mäntel, Capes, Röcke, Jacketts, Lift-boys, Blusen, Jupons usw.
Tägl. Eingang von reizenden hochelegant. Herbst-Neuheiten.

Serie	1	2	3	4	5	6	7	8 usw.
früher bis	M. 19	27	34	48	59	84	118	152
jetzt	M. 6.50	9.50	12	15	19.50	25	36	48

Hauptgesch.: W. Mohrenstr. 37a an den Kolonnaden.
FIL: O. Gr. Frankfurterstr. 115 an der Androasstr.

Engroshaus Westmann

Sehr großes Trauermagazin.

Am 15. August, früh 6 1/2 Uhr, verstarb plötzlich unser geliebter Gatte, Vater und Sohn, der Restaurateur

Franz Seidel
Mittendammerstr. 16.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Frau Anna Seidel und Kinder
nebst Mutter.
57072

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am 15. August, früh 6 1/2 Uhr, verstarb plötzlich unser treues Mitglied und Abteilungsleiter in der 8. Abteilung, der Restaurateur

Franz Seidel
Mittendammerstr. 16. Bezirk 120.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes (Mariendorf) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
239/16 Der Vorstand.

„Kreuzberger Harmonie“

Am 15. August starb unser altes Mitglied

Franz Seidel.
Sein stilles, ruhiges Wesen sowie seine Anteilnahme an der Arbeiterbewegung sichern ihm ein ehrendes Andenken.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem Kreuz-Kirchhofe in Mariendorf statt.
Treffpunkt der Sänger: 3 1/2 Uhr bei Reichardt, Chausseestraße 16.

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands Ortsverwaltung Berlin.

Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Gastwirt

Franz Seidel
am 15. August im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/12 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Arbeiter

Karl Seelbinder
am 14. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Berlin-Strasse, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/7 Die Ortsverwaltung.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 54372* Haut- und Nervenleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schillingstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Friedrich Puder,
Gastwirt, Hofmannstr. 33, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Simon-Kirchhofe in Brig statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Gastwirt

Friedrich Puder
am 15. August im Alter von 40 Jahren nach langem Krankenlager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses nach dem Kirchhof der Simon-Gemeinde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/13 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer

Franz Baumbach
am 15. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, von der Wohnung Ulrichsstraße 6 aus nach dem Nazareth-Kirchhof in Reinickendorf W. statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zuleger

Eduard Grell
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
123/18 Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 15. d. M., verstarb unser lieber Kollege, der Former

Otto Schnabel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes, Wilhelmberg, aus statt.
Die Kollegen der Eisengießerei C. Spatzier.

Bekanntmachung.
Orts-Frankenkasse der Dachdecker.
Die fünfte Wandlung des Statuts, Artikel I § 52, tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.
Berlin, den 16. August 1907.
A. Salzmann, Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 15. d. M. verstarb unser Mitglied, der Gastwirt

Gustav Rotheiler
Goldmühlstraße 28.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Pauls-Kirchhofes in der Seestraße (Blöcher) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
265/16 Der Vorstand.

Statt besonderer Meldung.

Bekanntlich, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder

Paul Bieberstein
im Alter von 20 Jahren am 15. d. M., mittags 1 1/2 Uhr, nach langem schweren Leiden (mit entlassenen) 23075
Dieses zeigen tiefbetruert an
August Bieberstein und Frau
nebst Kindern.
Waldbergstraße 59.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Mariendorf, Hermannstr. 101/103, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter

Thomas Dutka
am 15. d. M. im Alter von 29 Jahren nach kurzer Krankheit an Bauchfellentzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Wils-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt.
74/15 Die Verwaltung II.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 14. August, morgens 4 Uhr, meine liebe Frau

Karoline Rabe
nach langem Leiden entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Ober-Schöneweide.
Der trauernde Gatte,
Fritz Rabe.



Eine Mark
wöchentliche Zeitschrift Heft 12
Eigentlich fertig 12023

Herren-Garderoben
Ordnung für Maß.
Anfertigung nach Maass.
Zubehör Anfertigung.

Julius Fabian,
Schneidmeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Strahlenberger Weg.

Schluss des Total-Räumungs-Verkaufs

wegen

Uebergabe und Umwandlung meines Geschäfts

in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Strasse • Frankfurter Allee 109-110 • Ecke Königsberger Strasse

Von Sonnabend, den 17. bis Dienstag, den 20. August incl.

Lebensmittel-Abteilung

Fleischwaren

Table listing various meats and prices: Rotwurst, Zwiebelleberwurst, Harte Mettwurst, Fleischwurst, Feine Leberwurst, Thüringer Kümmelwurst, Thüringer Blockwurst, Thüringer Cervelatwurst, Thüringer Salamiwurst, Westf. Cervelatwurst, Pökelrippchen, Liesen, Cassler Rippespeer, Pomm. Schinkenspeck, Braten-Schmalz.

Wild und Geflügel

Table listing game and poultry: Rehblätter, Junge Bratgänse.

Kolonialwaren

Table listing colonial goods: Blütenhonig, Gebrannte Kaffees, Neue Linsen.

Obst und Gemüse

Table listing fruits and vegetables: Aepfel, Salatgurken, Blumenkohl.

Seifen

Table listing various soaps: Milda-Seife, Mandelblüten-Seife, Weisse Flieder-Seife, Harzkern-Seife, Beste Palm-Oel-Oberschale, Vaseline-Seife, Lanolin-Seife, Stein's Waschkraft.

Blitz-Schnell advertisement for clothing and accessories, mentioning '1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider'.

ZARIG 28 Cigarette advertisement featuring a graphic of a cigarette and the text 'Unerreicht an Wohlgeschmack'.

Weltrevolution in Sicht! advertisement discussing social and economic issues, mentioning 'Berechtigtes Ansehen in allen Gesellschaftskreisen'.

Jedes Wort 10 Pfennig advertisement for a dictionary or word book.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN advertisement for classified ads, mentioning 'für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen'.

Verkäufe advertisement listing various items for sale, including clothing, furniture, and household goods.

Wandtafelhaus! advertisement for a shop selling various goods, including clothing and accessories.

Wandtafelhaus! advertisement for a shop selling various goods, including clothing and accessories.

Wandtafelhaus! advertisement for a shop selling various goods, including clothing and accessories.

Wandtafelhaus! advertisement for a shop selling various goods, including clothing and accessories.

Wandtafelhaus! advertisement for a shop selling various goods, including clothing and accessories.